

THEORIE UND PRAXIS IN DEN INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

In kaum einem anderen Bereich hat es in den letzten Jahrzehnten derart gewaltige Umwälzungen gegeben wie im Bereich der internationalen Beziehungen. Ging die herrschende Lehre vor wenigen Jahren noch davon aus, dass die Staaten die alleinigen Akteure sind und dass Außenpolitik als „Domaine réservé“ des Staatsoberhauptes angesehen werden musste, so gibt es heute eine Vielzahl von Akteuren, die das internationale Geschehen gestalten; eherne Gesetze von einst wurden in ihr Gegenteil verkehrt.

Die Staaten galten seit dem Westfälischen Frieden (1648) als souverän, sowohl im Inneren, als auch nach außen. Der Soldat und der Diplomat bestimmten das internationale Geschehen. In diesem Sinne heißt es noch in Art. 2, Paragraph eins der Satzung der Vereinten Nationen: „Die Organisation baut auf dem Prinzip der souveränen Gleichheit aller Staaten auf“. Dabei zeigt gerade diese Bestimmung, dass im Bereich der internationalen Beziehungen immer wieder mit Fiktionen gearbeitet wird, sind doch etwa die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates wesentlich „gleicher“ als die anderen.

Darüber hinaus hat sich, im Gegensatz zu den Bestimmungen der „Souveränität der Staaten“ und der „Unverletzlichkeit der Grenzen“, nach dem Ende des Kalten Krieges in Form von „Democracy-building“, „Nation-building“ oder einer „Responsibility to protect“ eine Praxis herausgebildet, die manche Großmächte bereits als Interventionsrecht erachten. Dies geschah im Zusammenhang mit dem Sieg des Westens über die Sowjetunion. Die entscheidende Frage dabei war, ob die neue Weltordnung unipolar im Sinne einer alleinigen amerikanischen Vorherrschaft oder multipolar gestaltet würde.

Was sind weitere wesentlichen Veränderungen? Insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg haben die internationalen Organisationen, deren Zahl heute auf 3000 geschätzt wird, sehr an Bedeutung gewonnen. Internationale Gerichtshöfe wurden errichtet. Manche multinationalen Konzerne erreichten einen größeren Finanzrahmen und wurden mächtiger als viele Staaten. Nach einem Bericht von „Fortune 2024“ waren unter den 500 weltweit größten Konzernen 139 amerikanische und 128 chinesische.

Im Gegensatz zu den Staaten, deren Regierungen das Allgemeinwohl im Auge haben sollten, werden die Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) von Personen geführt, die gesellschaftspolitische, rechtliche, religiöse oder humanitäre Partikularinteressen vertreten. Einige NGOs haben einen weltweiten Aktionsradius erreicht: Amnesty International ist in 60 Ländern präsent; Greenpeace beschäftigt 2500 Leute in 27 nationalen Niederlassungen und verfügt über eine eigene Flotte von mehreren Schiffen. Ärzte ohne Grenzen wiederum beschäftigen 4000 Personen und sind in 70 Ländern aktiv.

NGOs haben immer wieder, oft mithilfe großer Medien, einen entscheidenden Einfluss auf die öffentliche Diskussion ausgeübt. So ist es 1997 einer Vereinigung von 1500 NGOs gelungen, ein Verbot von Anti-Personen-Minen durchzusetzen. Auch die Gründung des

Internationalen Strafgerichtshof 1998 geht auf Initiativen von NGOs zurück. Die katholische St. Ägidius Gemeinde hat im Bürgerkrieg von Mosambik vermittelt.

Eine äußerst interessante Entwicklung besteht auch darin, dass in den letzten Jahren selbst einzelne Personen wie Julian Assange, Edward Snowden oder Bill Gates, das internationale Geschehen nicht unerheblich beeinflusst haben. Die Gates- Stiftung verfügte bereits 2023 über ein Vermögen von \$ 75 Milliarden. Zu den großen Akteuren im internationalen Geschehen kamen auch die sozialen Medien, die einen gewaltigen Druck ausüben können. Über nationale Grenzen hinweg können sie die öffentliche Meinung beeinflussen. Damit wurde auch der Desinformation, den „Fake News“, neue Möglichkeiten eröffnet. Dies in einer Zeit, in der gerade bei Mainstream- Medien aus Journalisten Aktivisten geworden sind.

Wie rasant diese Veränderungen waren, ersieht man daraus, dass all diese Entwicklungen stattgefunden haben, seit die großen Vordenker der internationalen Beziehungen vor wenigen Jahren ihre Theorien entwickelt haben. Sowohl Hans Morgenthau in seinem Buch „Politics among Nations“ als auch Raymond Aron in „Paix et Guerres entre les Nations“ gehen davon aus, dass die internationalen Beziehungen von Staaten geprägt werden. Die entscheidenden Akteure waren die Nationalstaaten.⁽²⁾

In den folgenden Kapiteln soll aufgezeigt werden, wie sich in den letzten Jahren die Diskussion betreffend die internationalen Beziehungen entwickelt hat und wie diese tatsächlich gestaltet wurde.

ANMERKUNGEN

- (1) Pascal Boniface; Comprendre le Monde; Armand Colin 2025
- (2) Wendelin Ettmayer ; Alte Staaten- neue Welt, Stabilität und Wandel in den internationalen Beziehungen; Trauner- Verlag 2008

I. STRATEGIEN FÜR EINE AMERIKANISCHE VORHERRSCHAFT

HENRY KISSINGER-ZBIGNIEW BRZEZINSKI-GRAHAM ALLISON

Darüber, dass die USA eine auserwählte Nation sind, sind sich alle Amerikaner einig, zumindest jene, die in ihrem Amt bestätigt werden wollen. Selbst politische Feinde wie Joe Biden und Donald Trump stimmen darin überein, beide glauben an den „American Exceptionalism“. Für Joe Biden sind die Vereinigten Staaten „The finest and most unique Nation in the World“, wo es nicht auf Religion oder ethnische Zugehörigkeit ankommt, wo nur das Ideal der Gleichheit aller Menschen zählt. Ähnlich sieht Donald Trump sein Land: „America is the greatest and most exceptional Nation in the History of the World“⁽¹⁾.

George W. Bush erklärte schon während seiner Kandidatur für die Präsidentschaft: „Der allmächtige Gott und die Geschichte haben Amerika als Vorbild für die Welt auserwählt“. Er hat dies dann als Auftrag dafür verstanden, anderen Ländern auch mit militärischem Druck amerikanische Werte näher zu bringen. Immer wieder haben sich Patrioten auf den Puritaner

und Gouverneur von Massachusetts John Winthrop berufen, der von Amerika, in Anlehnung an die Bibel, als „Shining City on the Hill“ sprach.

Nur Präsident Jimmy Carter wollte seine Mitbürger wachrütteln, als er in einer groß angelegten Rede eine „Crisis of Confidence“ ausrief. Allerdings hatte er dann keine Chance mehr, wieder gewählt zu werden: Sein Gegner Ronald Reagan trat nämlich bei den Wahlen 1980 mit dem Motto an, dass „die Vorsehung Amerika zum größten Land auf der Welt bestimmt hat“.

Auch die Wissenschaft hat die Identität Amerikas immer wieder im „American Exceptionalism“ gesehen. So etwa Abram Van Engen in seinem Werk „City on a Hill: A History of American Exceptionalism“. Zwar gibt es auch hier Ausnahmen, wie etwa den Soziologen Daniel Bell. Dieser hat 1975 über „The End of the American Exceptionalism“ geschrieben. Allerdings hat sein Sohn David A. Bell, Professor in Princeton, mehr als eine Generation später festgestellt, dass der Glaube an ihre besondere Sendung seine Landsleute immer wieder inspiriert hat. Andere, wie Seymour Martin Lipset, haben sogar Versuche unternommen, die besonderen Vorzüge Amerikas empirisch aufzuzeigen. 2008 hat dann Andrew Bacevich, ein Historiker, der aus dem Militär kommt, sein Buch über „The Limits of Power: The End of American Exceptionalism“ geschrieben. Aber auch er anerkannte sehr wohl die außerordentliche Macht der USA, warnte aber davor, dass der Glaube an die Vorsehung nicht zu Hybris und Imperialismus führen dürfe.

In dieser Abhandlung geht es darum, wie führende Vordenker der amerikanischen Außenpolitik die besondere Stellung ihres Landes in einer sich wandelnden Welt, insbesondere angesichts neuer Gegebenheiten, bewahren bzw. ausbauen wollen. Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski waren dabei vor allem auf die Sowjetunion fixiert, Graham Allison stellt die Frage, ob es mit China zu einem Krieg um die Vorherrschaft in der Welt kommen wird

1. Henry Kissinger-der Realist

In seiner Habilitationsschrift „A World restored- Politics of Conservatism in a revolutionary Age“ ⁽²⁾ hat sich Kissinger damit auseinandergesetzt, dass das revolutionäre Frankreich und Napoleon die Legitimität der bestehenden internationalen Ordnung nicht mehr anerkannten; wie das Gleichgewicht der Mächte dadurch zerstört wurde; und was die Grundzüge einer neuen Ordnung in der Welt sein sollten. Unter der Herrschaft Napoleons war es den europäischen Staaten nicht mehr möglich, ihre nationalen Interessen geltend zu machen. Sicher waren nur jene, die sich dem Willen Napoleons unterwarfen. Nach seiner Niederlage in Russland war klar, dass auch ihm Grenzen gesetzt waren, Europa konnte nicht mehr mit Gewalt alleine regiert werden. Nach dem endgültigen Sieg über die Grande Armée sollte ein neues Gleichgewicht der Mächte neue Aggressoren abschrecken. Es ging darum, nach dem Chaos der Napoleonischen Kriege wieder Stabilität in Europa zu schaffen.

Kissinger schildert sehr klar, wie es darum ging, die unterschiedlichen Vorstellungen der Protagonisten auf einen neuen Nenner zu bringen: Napoleon wollte eine Neuordnung mit einer starken Armee schaffen. Der russische Zar Alexander wiederum glaubte an seine göttliche Sendung. Beide waren auf ihre Weise Revolutionäre, weil sie die bestehende Ordnung überwinden und ein neues internationales System schaffen wollten, das ihren

eigenen Vorstellungen entsprach. Kissinger hat diese Entwicklung sehr realistisch beurteilt und ist auch später der „Schule der Realisten“ sein Leben lang treu geblieben: Ein Staatsmann soll weder ein Eroberer, noch ein Prophet sein. Kein Land will auf Dauer von einem anderen abhängig sein. Andererseits erheben Ideologien, die sich selbst als moralisch besser betrachten, den Anspruch der absoluten Vorherrschaft. Staatsmänner wie der englische Außenminister Castelreagh und Metternich andererseits suchen Sicherheit und Stabilität im Gleichgewicht der Mächte. Die neue internationale Ordnung sollte ausgewogen sein zwischen Macht und Moral, zwischen Sicherheit und Legitimität.

Anlässlich seines Todes hat Heinz Gärtner das Leben von Henry Kissinger in „International“ eingehend gewürdigt ⁽³⁾. Hier geht es darum, wie weit Kissinger als Gestalter der amerikanischen Außenpolitik sowie als Berater verschiedener Präsidenten seiner Linie als akademischer Lehrer treu geblieben ist.

Wie schon in seiner Habilitationsschrift vertrat Kissinger dann als akademischer Lehrer die Ansicht, Politik und Diplomatie sollten als Kunst und nicht als exakte Wissenschaft verstanden werden. Verstand, Kreativität und Intuition sollten dabei in realistischer Weise verbunden werden. Es geht bei der Diplomatie also nicht um eine exakte Wissenschaft, bei der Theorien in berechenbarer Weise angewandt werden können. Eine erfolgreiche Außenpolitik müsse darauf ausgerichtet sein, bei verschiedenen Verhandlungen unterschiedliche Möglichkeiten einzusetzen. Letztlich geht es immer wieder darum, ein Gleichgewicht der Mächte als Grundlage der Stabilität herzustellen.

Der Wiener Kongress kann dabei als Vorbild dienen. In diesem Sinne können auch Allianzen gewechselt werden, wenn es das Interesse des eigenen Landes erfordert ⁽⁴⁾. Aufgrund solcher Überlegungen kritisierte Kissinger schon 1955 in seinem Buch „Nuclear Weapons and Foreign Policy“ die damals herrschende US-Atom-Doktrin der „massive retaliation“, weil sie auf „alles oder nichts“ ausgerichtet war. Seine Meinung war, dass es zwischen einem Atomkrieg einerseits und einer totalen Zurückhaltung andererseits Zwischenstufen geben müsse. Auch wenn dieses Buch auf Widerstand stieß, Kissinger hatte damit seinen Ruf als Intellektueller ausgebaut, der darum bemüht war, flexible Lösungen zu finden.

Dass es auch zwischen Harvard-Professoren Eifersüchteleien geben konnte, zeigte sich, als Präsident John F. Kennedy 1961 Kissinger als Berater ins Weiße Haus holen wollte. Sein damaliger Berater für Fragen der nationalen Sicherheit, McGeorge Bundy, der ebenfalls aus Harvard kam, sorgte dafür, dass Kissinger nur eine untergeordnete Rolle blieb. Außerdem kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Kissinger und Kennedy, als dieser glaubte, der Bau der Berliner Mauer würde Spannungen zwischen Ost und West abbauen, während Kissinger der Meinung war, ein härteres Vorgehen würde Chruschtschow zum Einlenken zwingen. Kissinger war überzeugt, eine härtere Haltung würde der Glaubwürdigkeit Amerikas und der Sicherheit Europas eher dienen. Wenn Kissinger großen Einfluss auf Nelson Rockefeller hatte und diesen grundsätzlich für eine moderate Haltung in der Außenpolitik gewinnen konnte, so konnte er durchaus auch für eine härtere Vorgangsweise eintreten, wenn er diese als zweckmäßig erachtete. Auch in seiner persönlichen Haltung konnte er immer wieder differenzieren: so unterstützte er öffentlich den Krieg in Vietnam, während er dem amerikanischen Botschafter in Saigon erklärte, „dass wir diesen Krieg weder gewinnen noch beenden können“ ⁽⁵⁾.

Als Kissinger dann unter Präsident Richard Nixon zunächst als Sicherheitsberater, dann als Außenminister ein entscheidender Gestalter der amerikanischen Außenpolitik wurde, behielt er seine realistische Haltung hinsichtlich der Neugestaltung einer internationalen Ordnung bei. Auch Nixon hatte sehr realistische Vorstellungen, wie eine künftige Welt aussehen sollte: Es ging darum, die durch den Vietnam-Krieg angeschlagene führende Stellung Amerikas wieder herzustellen. Mitten im Kalten Krieg sollte die Grundlage der internationalen Beziehungen ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West sein. Gleichzeitig ging es aber auch darum, darauf zu achten, dass der Einfluss Moskaus in der Welt nicht wächst, ohne dadurch neue Spannungen zu erzeugen. Vor allem bedeutete die Öffnung hin zu einem damals von Mao Tsetung beherrschten China eine Neuorientierung der amerikanischen Sicherheitspolitik.

Dabei war Kissinger der richtige Mann zur richtigen Zeit, der es in besonderer Weise verstand, alle diese Herausforderungen in einer Gesamtstrategie so miteinander zu verbinden, dass es den amerikanischen Interessen entsprach. Als Nationaler Sicherheitsberater hatte er zunächst die Aufgabe, das State Departement, das Pentagon und die Geheimdienste in diese Richtung zu koordinieren. Das war schon deshalb nicht einfach, weil Nixon selbst größte Vorbehalte gegenüber diesen riesigen bürokratischen Institutionen hatte, die schon von ihrem Selbstverständnis her ihre eigene Politik verfolgten. Jedenfalls fand Nixon in Kissinger einen „intellektuellen Partner und ein alter Ego“ bei der Gestaltung der neuen amerikanischen Außenpolitik ⁽⁶⁾.

Kissinger und Nixon waren Realisten. Macht sollte als Basis der eigenen Außenpolitik dienen. Dies im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten, also nicht in einem überzogenen Ausmaß, wie unter Kennedy und Johnson in Vietnam; und auch nicht aus moralischen Gründen, wie es den idealen von Woodrow Wilson entsprechen würde. Verbunden damit war eine gewisse Skepsis gegenüber einer öffentlichen Meinung, die nur allzu leicht manipuliert werden konnte. Kissinger war diesbezüglich wohl auch geprägt von seiner Jugend in der Weimarer Republik, wo Wahlen letztlich zu einem totalitären System führen konnten.

Auf dieser Basis konnten Kissinger und Nixon entscheidende Durchbrüche erzielen, wie etwa die Anerkennung der Volksrepublik China. Dies bedeutete einen doppelten Erfolg in einer Zeit, in der starke Spannungen zwischen Peking und Moskau entstanden. Die eigene Position wurde gestärkt, während die der Sowjetunion geschwächt wurde. Diese Stärkung der eigenen Position war aus der Sicht Kissinger auch notwendig, weil die USA zwar die eigenen wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten weiter steigern konnten, aber das Wachstum anderer Länder, die sich zunehmend vom Zweiten Weltkrieg erholten, noch größer waren. Das ergab letztlich eine relative Schwächung der USA, die dieser Entwicklung Rechnung tragen mussten. Dabei betonte Kissinger immer wieder die Notwendigkeit, mit Gegnern Amerikas zu verhandeln. Mächtige Staaten zu ignorieren wäre „reckless and pointless“, wobei ein starkes Militär durchaus dazu beitragen sollte, die Glaubwürdigkeit Amerikas zu stärken.

In diesem Sinne hat Kissinger regelmäßig, oft wöchentlich, den sowjetischen Botschafter Dobrynin getroffen. Diese Gespräche gewannen wohl auch deshalb eine besondere Bedeutung, weil beide von sich davon überzeugt waren, dass sie die wirklichen Gestalter der Außenpolitik ihres Landes sind. Tatsächlich konnten in dieser Zeit wesentliche Abkommen

zwischen Washington und Moskau unterzeichnet werden: Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin; der Vertrag über die Nicht-Verbreitung von Atomwaffen; Abrüstungsverträge und vor allem der erfolgreiche Abschluss der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) im August 1975. Dabei waren die offiziellen Verhandlungen (in Wien oder Genf) oft nur eine „Sideshow“, die Entscheidungen wurden eben bei den Gesprächen zwischen Kissinger und Dobrynin getroffen.

Wie sehr Realpolitik die amerikanische Außenpolitik leitete, ist etwa daraus ersichtlich, dass Kissinger gegenüber dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai einmal betonte, dass auch in den Beziehungen zu den kommunistischen Ländern für die USA das jeweilige Land zählt, nicht die Ideologie. Als Zhou darauf erwiderte, für China ist die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes wichtig, während das Sendungsbewusstsein der USA immer wieder zu Konflikten führt, gab ihm Kissinger recht und sagte: „Wir haben die Hegemonie in der Welt nicht gesucht, das hat sich so ergeben. Unser missionarischer Aktivismus hat immer wieder zu Schwierigkeiten geführt“ ⁽⁷⁾. Kissinger hat eben sehr klar die Grenzen der amerikanischen Macht gesehen, was dann auch die Grundlage der Nixon-Doktrin wurde: Ferne Länder sollten zunächst selbst Anstrengungen unternehmen, sich zu verteidigen. Damit gelang es auch, die amerikanische Außenpolitik wesentlich flexibler zu gestalten, weil es primär nicht mehr um ideologische Differenzen, sondern um nationale Interessen ging.

Das brachte Kissinger auch die Gegnerschaft der ersten Neokonservativen wie Senator Scoop Jackson ein. Kissinger lehnte übertriebenen Idealismus ab, weil er überzeugt war, dass in der realen Welt ein totaler Sieg nicht möglich war. Wenn man die Ideale Wilsons mit Waffengewalt durchsetzen will, vergisst man darauf, was die wirklichen Interessen des eigenen Landes sind, schreibt Kissinger in seinen Memoiren ⁽⁸⁾. In diesem Sinne hat sich Kissinger gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion ausgesprochen und Präsident Ford abgeraten, den prominenten Regimekritiker Solschenizyn zu empfangen. Wenn diese Politik dann zur KSZE führte und diese wiederum über die Anerkennung der Menschenrechte wesentlich zu den Umwälzungen in Osteuropa beitrug, kann das wohl als „List der Geschichte“ bezeichnet werden.

Aber trotz aller Anfeindungen, denen Kissinger ausgesetzt war, suchten auch Präsidenten nach seiner Zeit als Außenminister immer wieder seinen Rat. Dabei hat er stets betont, dass die Vorstellungen der Neokonservativen, man könnte die eigenen Werte anderen aufzwingen, genauso unrealistisch sind wie zu glauben, die eigene Macht hätte keine Grenzen ⁽⁹⁾. Die internationalen Beziehungen brauchen vielmehr Kompromisse und Koexistenz. In diesem Sinne hat Kissinger seine Meinung in unzähligen Publikationen dargelegt und den amerikanischen Präsidenten gegenüber geäußert, von George H.W. Bush bis Barack Obama: Eine Außenpolitik ist dann erfolgreich, wenn Verhandlungen so geführt werden, dass man auch anderen Rechte zugesteht und die bewaffnete Macht das letzte Mittel ist, das eingesetzt wird. Kissinger stand mit seinem Realismus für Kontinuität, eine pragmatische Politik, die Lehren der Geschichte und dafür, dass Ziele Zeit brauchen. Letztlich sind es diese Grundlagen, die unsere Welt vom Rande eines Atomkrieges, wo wir jetzt stehen, zurückbringen könnten.

2. Zbigniew Brzezinski-ein Gleichgewicht der Kräfte genügt nicht

Dass Zbigniew Brzezinski eine andere Vorstellung als Kissinger davon hatte, wie die amerikanische Vorherrschaft in der Welt abgesichert werden kann, hat er insbesondere in seiner Abhandlung „The Balance of Power Delusion“ im Jahre 1972 dargelegt. Während Kissinger im „Gleichgewicht der Kräfte“ die Grundlage seiner Außenpolitik sah, war diese für Brzezinskis eine Illusion. Seine Überlegungen sind dann als Buch in verschiedenen Ländern erschienen, in Frankreich etwa unter dem Titel „Illusions dans l'équilibre des puissances“ ⁽¹⁰⁾.

Die Kritik Brzezinskis zielte einmal darauf, dass die Verhältnisse während des Kalten Krieges nicht jenen nach dem Wiener Kongress entsprachen und die USA daher bemüht sein sollten, eine Vorherrschaft zu erreichen, nicht ein Gleichgewicht. Nach dem Wiener Kongress hat es eine wirkliche Multipolarität als Grundlage des europäischen Gleichgewichts gegeben. Deshalb konnte dieses System auch als stabil angesehen werden. Das während der 1970er Jahre bestehende „Gleichgewicht des Schreckens“ hingegen wurde alleine von den USA und der Sowjetunion dominiert. Nur sie bestimmten das politische, wirtschaftliche und militärische Geschehen. Sie waren allen anderen Staaten machtpolitisch und wirtschaftlich überlegen und waren auf deren Zustimmung oder Ablehnung nicht angewiesen.

Außerdem waren die europäischen Eliten zurzeit und nach dem Wiener Kongress homogen, getragen von einer in sich geschlossenen Aristokratie und einer gemeinsamen Ideologie. Französisch als gemeinsame Sprache der Diplomaten war auch ein Symbol für eine Wertegemeinschaft. Der Kalte Krieg hingegen war geprägt von einer harten ideologischen Auseinandersetzung, die auch von unterschiedlichen Wirtschaftssystemen und feindlichen militärischen Allianzen bestimmt war. Der Kalte Krieg war eben eine weltweite Auseinandersetzung, bei der es keine gemeinsame Grundlage gab.

Darüber hinaus ortete Brzezinski in der Zeit des Wiener Kongresses und danach eine soziale Harmonie, die es erlaubte, wesentliche gesellschaftliche Probleme gemeinsam zu lösen. Im Gegensatz dazu war die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt von einem raschen Wandel in den verschiedensten Bereichen, den ein statisches Internationales System nicht mehr bewältigen konnte. Darauf ist Brzezinski auch in seinem Buch „Out of Control: Global Turmoil on the Eve of the 21th Century“ näher eingegangen ⁽¹¹⁾.

Selbst wenn man diese Auseinandersetzungen zwischen Brzezinski und Kissinger einem intellektuellen Wettbewerb zuordnet, so ergibt sich daraus doch eine nicht unerhebliche Schlussfolgerung: Brzezinski wirft Kissinger vor, dass seine Außenpolitik nicht auf der Höhe der Zeit ist und nicht mit der notwendigen Härte gegen die Sowjetunion vorgeht. Deshalb hätte Kissinger auch mit seiner Vietnam-Politik versagt und den Aufstieg Japans nicht richtig eingeordnet. Amerika müsse vielmehr seiner Sendung gerecht werden und „die Fackel der Freiheit in die Welt tragen“. Tatsächlich aber hätten sich die USA zunehmend der Welt entfremdet, insbesondere gegenüber den gerade unabhängig gewordenen Staaten der Dritten Welt. In diesem Zusammenhang findet Brzezinski harte Worte gegen die außenpolitische Elite der USA, wie etwa die Außenminister Dean Acheson und John Forster Dulles. Diese hätten den stattfindenden Wandel nicht verstanden und waren vielmehr bemüht, der ganzen Welt ihre eigenen Werte aufdrängen zu wollen.

Jedenfalls sollten die USA härter gegen die Sowjetunion vorgehen. Zwar sprach sich auch Brzezinski in Zeiten der atomaren Hochrüstung für einen Dialog mit Moskau aus, den er als Überlebensfrage erachtete. Aber die Detente, die Entspannungspolitik, dürfte nicht einseitig zulasten des Westens gehen, während Moskau gleichzeitig in der Dritten Welt interveniert und erhebliche Gebietsgewinne erzielt. Brzezinskis Ziele waren also sehr ehrgeizig: In den Zeiten nach Vietnam und Watergate wollte er die volle Hegemonie der Vereinigten Staaten wieder herstellen. Diese Vorstellungen sind bei jenen auf Widerstand gestoßen, die, wie der Großmeister der amerikanischen Außenpolitik, Averell Harriman, für bessere Beziehungen zu Moskau eintraten, aber auch dort, wo sich die Regierung von Präsident Carter für Verhandlungen exponierte.

Harriman, der an den Konferenzen zur Neugestaltung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg aktiv beteiligt war, sagte ganz offen, dass jemand wie Brzezinski, von polnischer Herkunft, die russisch-amerikanischen Beziehungen nicht objektiv beurteilen könne. Brzezinski antwortete darauf trocken, dass er die Sowjet-Kommunisten mindestens so gut versteht wie der Kapitalist und Millionär Harriman. Tatsächlich hat Brzezinski immer wieder eine harte Haltung gegenüber Moskau gefordert und auch eingenommen, sowie auf eine entscheidende Schwächung Russlands hingearbeitet ⁽¹²⁾.

So hat Brzezinski aktiv daran mitgewirkt, dass die Oppositionsbewegungen dort gestärkt wurden, wo es darum ging, den sowjetischen Einfluss zu schwächen. Später hat er die These vertreten, die Vorherrschaft Russlands in Eurasien würde dadurch massiv geschwächt, wenn es den Einfluss über die Ukraine verliert. Auf jeden Fall sollte Russland ständig unter Druck gesetzt werden.

Als Ende der 1970er Jahre der sowjetische Einfluss in Afghanistan sehr stark wurde, betrieb Brzezinski die Unterstützung der oppositionellen Mudschaheddin, zunächst mit Geld, dann mit Waffen. Nach einem Interview Brzezinskis im *Nouvel Observateur* wurde sogar die Vermutung aufgestellt, diese Unterstützung hätte die Russen erst in die „Afghanistan Falle“ gelockt. Jedenfalls wurde der Sowjetunion in Afghanistan eine ganz entscheidende Niederlage zugefügt, die wesentlich zur Auflösung des Staates beigetragen hat. Später musste sich Brzezinski gegen Anschuldigungen verteidigen, er hätte durch seine Politik zur Stärkung des islamischen Fundamentalismus beigetragen. Dabei ist die Beurteilung seiner Politik nicht immer einfach: So war er einmal gleichzeitig gegen offizielle diplomatische Gespräche mit dem Moskauer Außenministerium; sehr wohl aber für Geheimverhandlungen, die über ihn geführt wurden. Jedenfalls war er es, der Präsident Jimmy Carter stets eine härtere Gangart gegenüber Moskau empfohlen hat.

Diese härtere Haltung zeigte sich, wie gesagt, insbesondere auch in der Unterstützung der Opposition in den kommunistischen Ländern, wie etwa in Polen. Das Ziel war eine Destabilisierung des kommunistischen Blocks. Schon bei den kommunistischen Welt-Jugend- Festspielen in Wien 1959 hat Brzezinski verdeckte Störaktionen geleitet. Nun sollten im Rahmen einer gezielten Strategie entsprechende Aktionen im ganzen Ostblock stattfinden. Diese Politik wurde auch dadurch angetrieben, dass Neokonservative und Republikaner wie Ronald Reagan kritisierten, die USA wären hinter die Sowjetunion als Nummer Zwei zurückgefallen.

Als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Polen Ende der 1970er Jahren zu Arbeiterprotesten und zur Gründung der Solidarnosc-Gewerkschaft führten, tat Brzezinski alles, um Druck auf den Kreml auszuüben. Ein sowjetischer Einmarsch wie 1968 in die Tschechoslowakei sollte auf jeden Fall verhindert werden. Brzezinski war in ständigem Kontakt mit der Führung der Solidarnosc, die amerikanischen Gewerkschaften (AFL-CIO) wurden eingeladen, diese zu unterstützen; und auch mit der katholischen Kirche in Danzig wurden enge Kontakte aufgenommen.

Einige der harten Maßnahmen, die Präsident Jimmy Carter veranlasst hat, wurden dann vielfach seinem Nachfolger Ronald Reagan zugeschrieben. Warum? Weil Carter in seiner Außenpolitik gespalten war: Sicherheitsberater Brzezinski stand für eine harte Linie, Außenminister Cyrus Vance für Verhandlungen. In diesem Sinne schrieb auch Anatoly Dobrynin in seinen Memoiren: „Zwischen den Mitarbeitern Carters gab es einen ständigen Wettstreit um die Gunst des Präsidenten, gerade was die Sowjetunion betraf. Während sich die amerikanische Regierung offensichtlich darüber einig war, dass Entente sowohl Rivalität als auch Kooperation bedeutete, war man sich nicht einig, welcher Schwerpunkt gesetzt werden sollte. Für den Sicherheitsberater stand stets die globale Auseinandersetzung im Vordergrund, während Vance die grundsätzliche Zusammenarbeit im Auge hatte“ ⁽¹³⁾. Diese Auffassung wurde auch von Vance in seinen Memoiren bestätigt, wobei er dem Sicherheitsberater auch vorwarf, sich zu sehr in die Medien und in die Öffentlichkeit gedrängt zu haben. Letztlich ist der Außenminister auch vorzeitig von seinem Amt zurückgetreten ⁽¹⁴⁾.

Tatsächlich hatte Brzezinski immer die weltweite Entwicklung und die damit verbundenen Strategien im Auge. So prognostizierte er den wichtigsten Schauplatz für die Auseinandersetzungen der nächsten Jahrzehnte eben in Eurasien, also im Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok. Dort würde sich entscheiden, welches Land in Zukunft die Welt führen wird, wobei er der Oberhoheit über die Ukraine eine ganz entscheidende Bedeutung beigemessen hat. Für ihn war die Vormachtstellung über die Ukraine die grundsätzliche Voraussetzung für die Hegemonie in Eurasien. Deshalb müsse alles getan werden, um die Dominanz einer gegnerischen Macht über die Ukraine zu verhindern. Brzezinski kann also durchaus als ein Vordenker für den Krieg in der Ukraine erachtet werden ⁽¹⁵⁾. Er hat es immer wieder ganz offen gesagt: Ohne die Ukraine ist Russland keine Vormacht mehr.

In diesem Sinne hat Brzezinski die NATO-Osterweiterung als entscheidenden Schritt zur Vorherrschaft in Eurasien gesehen. Das Ende der NATO-Osterweiterung wäre das Ende einer umfassenden amerikanischen Politik für ganz Europa, wobei natürlich auch die Ukraine in die Verhandlungen sowohl mit der Europäischen Union, als auch mit der NATO mit einbezogen werden sollte. Eine Loslösung der Ukraine von Russland wäre schon deshalb ein Erfolg, weil damit dem russischen Sendungsbewusstsein widersprochen wird, Bannerträger der gesamten panslawischen Identität zu sein. Ohne die Ukraine hat Russland keinerlei Chance, das eurasische Reich wiederherzustellen. Darüber hinaus sei Russland nunmehr zu schwach, um den neuen, nach dem Zerfall der Sowjetunion unabhängig gewordenen Staaten, seinen Willen aufzuzwingen ⁽¹⁶⁾. In späteren Publikationen konnte sich Brzezinski durchaus auch in den weiteren Zerfall Russlands vorstellen.

Der gebürtige Pole ging in seiner Gegnerschaft zu Moskau jedenfalls wesentlich weiter als Kissinger. Wenn dieser stets darauf bedacht war, „ein Gleichgewicht der Mächte“ herzustellen, so wollte Brzezinski zunächst das Sowjetsystem unterminieren und nach

dessen Zerfall Russland weiter schwächen. Dessen ungeachtet war auch er immer darauf bedacht, mit Moskau eine Gesprächsbasis zu erhalten. Auch er wusste, dass eine Gegnerschaft ohne diese Kontakte eine Eigendynamik entwickeln könnte, die letztlich zum Schaden aller führen würde.

3. Graham Allison und der kommende Krieg gegen China

2017, im ersten Regierungsjahr von Donald Trump, veröffentlichte Graham Allison sein Buch „Destined for War-Can America and China escape the Thucydides Trap?“. Was ist die Kern-Theorie dieses Buches? Vor 2500 Jahren war Sparta die führende Macht in Griechenland. Der rasche Aufstieg von Athen zum neuen Hegemon sollte mit allen Mitteln verhindert werden. Diese Politik führte zum Peloponnesischen Krieg. Die „Thukydides-Falle“ besteht also darin, dass die Furcht einer führenden Macht vor einem neuen Konkurrenten praktisch zwangsläufig zum Krieg führt, wobei drei Faktoren entscheidend sind: Interessen, Furcht und Ehrgefühl ⁽¹⁷⁾.

Allison analysiert dann 16 Fälle aus den letzten 500 Jahren, in denen eine aufstrebende Macht die herrschende herausforderte; in zwölf davon kam es zum Krieg. Lediglich der Übergang der Führungsrolle von Portugal auf Spanien im späten 15. Jahrhundert und jene von England auf die Vereinigten Staaten zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist friedlich über die Bühne gegangen. Auch während des Kalten Krieges ist es zu keiner großen militärischen Auseinandersetzung gekommen; und auch der Kampf um die Vorherrschaft in Europa zwischen England, Frankreich und Deutschland in den letzten Jahrzehnten ist friedlich verlaufen.

Jetzt kann man natürlich die Frage stellen, wie weit die These von Graham Allison der tatsächlichen Entwicklung des Geschehens entspricht oder doch eher mehr eine schematische Darstellung ist. Hans-Joachim Diesner schildert die Ursprünge des Peloponnesischen Krieges durchaus anders: Nach dem Sieg über die Perser hatten sich Sparta und Athen verbündet, was zu einem Dualismus der beiden griechischen Großmächte führte. Die brüske Zurückweisung der bei der Niederschlagung des Heloten-Aufstandes angebotene Hilfe Athens durch Sparta, führte zur Auflösung des seit 482 v. Chr. bestehenden Bündnisses und zu wachsenden Spannungen zwischen den beiden Mächten. Also gesteigerte Rivalität wegen verletzter Eitelkeit?

Jedenfalls gab es dann zwei große Allianzen in Griechenland: Den Delisch-Attischen Seebund unter der Führung Athens, wobei seine Hegemonie mit der Zeit eine Zwangsherrschaft wurde. Sparta wiederum hatte die Vorherrschaft im Peloponnesischen Bund. Die Gegnerschaft zwischen diesen Bündnissen, so Diesner, hatte auch wesentliche wirtschaftliche Gründe. Griechenland war zu eng geworden, um mehreren expandierenden Mächten zugleich den nötigen Machtzuwachs über Menschen und Räume zu ermöglichen ⁽¹⁸⁾. Der Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte wurde intensiviert. Um bei diesem Prozess zu überleben, baute Athen seine Flotte und den Seebund aus. Ökonomische und handelspolitische Überlegungen gingen damit Hand in Hand mit militärischen. Dabei entlud sich der Gegensatz zwischen Athen und Sparta schon in mehreren Kriegen mit begrenztem Umfang nach 460 v. Chr., die zunächst über Bündnispartner ausgetragen wurden.

Ein von Perikles vorgeschlagenes panhellenisches Friedensprojekt scheiterte am Einspruch Spartas, das seine Hegemonie über Süd- Griechenland gefährdet sah. Athen blieb die entscheidende griechische Seemacht, während Sparta die meisten Territorien Süd- und Mittelgriechenlands beherrschte. Schließlich waren es dann auch die Verbündeten auf beiden Seiten, die auf einen Krieg drängten

Wenn nun Hans-Joachim Diesner eine durchaus andere Erklärung für die Ursachen des Peloponnesischen Krieges hat, der schließlich 431 v. Chr. ausbrach und bis 404 dauerte, ist das für die Erklärung eines künftigen Krieges zwischen den USA und China deshalb nicht entscheidend, weil die These von Graham Allison in führenden Kreisen der USA große Akzeptanz gefunden hat. Tatsächlich präsentiert Allison zahlreiche Fakten für seine Theorie, dass eine aufstrebende Macht eine Gefahr für den herrschenden Hegemon darstellt am Beispiel Chinas. So betrug das chinesische BIP 1980 lediglich \$ 300 Milliarden (7 % des amerikanischen), 2015 jedoch bereits 11 000 Milliarden Dollar (61 % des amerikanischen). Chinas Welthandel stieg im selben Zeitraum von \$ 40 Milliarden auf 4000 Milliarden Dollar; die chinesischen Exporte betrugen dann bereits 151 % der amerikanischen.

Denn in den Jahrzehnten nach 1980 wuchs die chinesische Wirtschaft jährlich um 10 %, was eine Verdoppelung der gesamten Wirtschaftsleistungen alle sieben Jahre bedeutete. In wesentlichen Bereichen hat China bereits die USA überholt: Beim Schiffsbau, bei der Produktion von Stahl und Aluminium, bei Textilien, Mobiltelefonen und Computern. In den letzten Jahren sind dazu noch die „neuen Energien“, die Elektroautos, sowie die Künstliche Intelligenz gekommen. Sollte es China gelingen, seine Arbeitsproduktivität in den nächsten Jahren zu steigern, würde das zu einem BIP führen, dass doppelt so hoch ist wie das amerikanische. Dieser Aufstieg Chinas kann durchaus als furchterregend bezeichnet werden. Aber werden damit jene Voraussetzungen geschaffen, die der „Thukydides Falle“ entsprechen? Es geht nämlich heute meines Erachtens nicht darum, dass China die USA als führende Macht in der Welt ablöst. Die Vereinigten Staaten werden wohl auch in der vorhersehbaren Zukunft die politisch, wirtschaftlich, militärisch und kulturell weltweit führende Macht bleiben. Das „amerikanische Modell“ übt nach wie vor eine große Anziehungskraft aus. Es geht also nicht um eine Ablöse in der weltweiten Hegemonie, sondern vielmehr darum, wie weit China aufgrund seiner gestiegenen Stärke im internationalen Geschehen einen bedeutenderen Platz einnimmt als früher.

So sehr dieser dramatische Aufschwung Chinas zunächst auch durch riesige westliche Investitionen ermöglicht wurde, so wurden doch sehr bald auch Befürchtungen dahingehend laut, dass eine neue wirtschaftliche Supermacht China auch eine militärische Bedrohung darstellen könnte. Bereits 2012, als das chinesische Verteidigungsbudget gerade ein Viertel des amerikanischen ausmachte, warnte der Economist davor, dass Peking in 20 Jahren die größte Militärmacht der Welt sein könnte. Diese würde sich dann nicht nur auf die Defensive konzentrieren, sondern etwa im Zusammenhang mit Taiwan auch offensiv vorgehen ⁽¹⁹⁾.

Präsident Donald Trump hat dann 2018 den Handelskrieg erklärt und Zölle über chinesische Einfuhren in Milliardenhöhe verhängt. Der chinesische Präsident Xi hat den USA vorgeworfen, einen „Boxkampf ohne Regeln“ zu führen. Joe Biden hat dann den Wirtschaftskrieg nicht nur intensiviert, sondern auch dem Konflikt um Taiwan eine neue Dimension gegeben. Hatte man sich anlässlich der Normalisierung der Beziehungen mit Peking darauf geeinigt, dass Taiwan ein Teil Chinas ist, so hat Biden nunmehr eine

militärische Unterstützung für ein unabhängiges Taiwan nicht mehr ausgeschlossen. Jedenfalls haben die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bemühungen der Biden-Administration, den Aufstieg Chinas einzudämmen, zugenommen.

Der Westen versucht auch, auf China dadurch ständig Druck auszuüben, dass Peking Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang und Tibet, sowie die Verminderung der politischen Rechte in Hongkong vorgeworfen werden. China sollte vielmehr die „westlichen Werte“ übernehmen und sich der nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA etablierte Ordnung unterwerfen. Peking wiederum erachte es als Zynismus, wenn die holländische oder die japanische Regierung von Washington angehalten werden, den Verkauf von Halbleitern an China „wegen der Verletzung universeller Werte“ einzustellen.

Tatsächlich ist der Versuch, dem „Reich der Mitte“ westliche Werte aufzuzwingen, schon einmal schief gegangen. Als Jesuiten im 16. und 17. Jahrhundert den Versuch unternahmen, China zu missionieren, fanden ihre Bemühungen auch deshalb Akzeptanz, weil sie versuchten, chinesische Traditionen wie den Ahnenkult oder die Lehre von Konfuzius mit dem christlichen Glauben in Einklang zu bringen. Kaiser Kangxi war von den Jesuiten beeindruckt und erließ 1692 sogar ein Toleranzedikt, das die Anwesenheit der christlichen Europäer durchaus begrüßte. Als dann allerdings von Rom angeordnet wurde, den christlichen Glauben nur in seiner reinen, westlichen Form zu verbreiten, scheiterte das Projekt kläglich. Heute wird dem Westen von Kritikern vorgeworfen, eine Doppelmoral anzuwenden. China sollte an seinen Leistungen und nicht an seinem politischen System gemessen werden.

Am Beispiel des Peloponnesischen Krieges kann man sehr deutlich sehen, dass verschiedene Ursachen zu einem Krieg führen können: Politische, wie sie Graham Allison hervorhebt, oder wirtschaftliche, wie sie Hans-Joachim Diesner darstellt. Aber Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski haben gezeigt, dass es auch einer harten, aber realistischen Politik gelingen kann, einen großen Krieg zu vermeiden, selbst wenn erhebliche politische und wirtschaftliche Gegensätze bestehen. Wie weit eine absolute amerikanische weltweite Vorherrschaft in einer Zeit bestehen kann, in der sich die Kräfteverhältnisse entscheidend geändert haben, kann natürlich infrage gestellt werden. Als die neue internationale Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg unter Führung der USA aufgebaut wurde, war China in keinem Bereich ein internationaler Player, heute schon. Man kann davon ausgehen, dass diese Entwicklung mit einem steigenden Nationalbewusstsein in China selbst verbunden ist. Dabei kann die Übertragung nationaler Strömungen in die Außenpolitik sowohl als Zeichen einer neuen Stärke gewertet werden, aber auch als der Versuch, innere Schwierigkeiten und Unsicherheiten zu überdecken.

Nun hat der Krieg in der Ukraine sehr deutlich gezeigt, dass sich international ein neues System von Allianzen abzeichnet. Auf der einen Seite besteht der Westen unter Führung der USA darauf, dass die ganze Welt die vom Westen festgesetzten Regeln anerkennt. Auf der anderen Seite sind jene Staaten, die es Russland ermöglicht haben, den Krieg wesentlich länger und intensiver zu führen, als ursprünglich angenommen wurde. Der französische Finanzminister war nicht der Einzige, der mit Nachdruck erklärt hat, Moskau habe keine Chance, den schärfsten Wirtschaftssanktionen zu widerstehen, die die Welt je gesehen hat. Die Länder der neuen Allianz, bei der China eine entscheidende Rolle spielt, können wohl für sich als Erfolg reklamieren, dass es ihnen gelungen ist, einem gewaltigen politischen,

wirtschaftlichen und militärischen Druck des Westens standzuhalten. In diesem Sinne hat Peking durch den Krieg in der Ukraine bereits gewonnen, weil die USA nunmehr nicht mehr die alleinige Führungsmacht in der Welt sind.

Somit wäre der ganzen Welt sicherlich geholfen, wenn in den nächsten Jahren nicht die Konfrontation, sondern die Kooperation zwischen China und Amerika intensiviert werden könnte. Also die Zusammenarbeit dabei, die Weltwirtschaft möglichst stabil zu halten; das Klima zu schützen und die weitere Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Der Kampf gegen Terrorismus und die internationale Kriminalität bietet sich genauso als Bereiche der Zusammenarbeit an. Schließlich sollte es darum gehen, die Welt zu retten und nicht darum, sie zu zerstören.

ANMERKUNGEN

- (1) New York Times July 13/14 2024; Is America a City on the Hill or a Nation on the Precipice
- (2) Henry A. Kissinger; A World restored-The Politics of Conservatism in a Revolutionary Age; New York 1964
- (3) Heinz Gärtner; Zum Ableben von Henry Kissinger: Weitsichtiger strategischer Denker mit dunklen kurzsichtigen Flecken; International I/2024
- (4) David Milne; Worldmaking-The Art and Science of American Diplomacy; New York 2015
- (5) Martin Griffiths; Fifty Key Thinkers in International Relations; London 1999
- (6) Elizabeth Borgwart u.a.; Rethinking American Grand Strategy; Oxford 2021
- (7) Memorandum for Henry Kissinger; July 29th 1971
- (8) Henry Kissinger; Years of Renewal ; New York 1999
- (9) Barry Gewen; The Inevitability of Tragedy-Henry Kissinger and his World; New York 2020
- (10) Zbigniew Brzezinski; Illusions dans l'équilibre des puissances ; Paris 1977
- (11) Zbigniew Brzezinski ; Out of Control-Global Turmoil on the Eve of the 21th Century; New York 1993
- (12) Justin Vaisse; Zbigniew Brzezinski-America's grand Strategist; Cambridge 2018
- (13) Anatoly Dobrynin; In Confidence-Moscow's Ambassador to America's six Cold War Presidents
- (14) Cyrus Vance; David S. McLellan ; New York 1985
- (15) Justin Vaisse; Zbigniew Brzezinski-America's grand Strategist; Cambridge 2018
- (16) Zbigniew Brzezinski; The Grand Chessboard: American Primacy and Its Goestrategic Imperatives; New York 1997
- (17) Graham Allison; Destined for War; London 2017
- (18) Hans-Joachim Diesner; Kriege des Altertums; Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik; Berlin 1989
- (19) The Economist; China's military rise, April 7th 201

II. VISIONEN FÜR EINE NEUE WELT- WAS IST DARAUS GEWORDEN?

In Kunst und Kultur, Wissenschaft und Forschung, gibt es immer wieder Ideen und Werke, Analysen und Visionen, die den Zeitgeist beeinflussen und intensive Diskussionen auslösen. Was die internationalen Beziehungen betrifft, so haben in den letzten Jahrzehnten Paul Kennedy mit seiner Analyse über den „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ ⁽¹⁾; Francis Fukuyama mit seiner Theorie über „The End of History and the Last Man“ ⁽²⁾; sowie Samuel Huntington mit seinem Buch über „The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order“ ⁽³⁾ weltweite Diskussionen ausgelöst. Es ist wohl Zeit, einmal den Versuch zu unternehmen, um zu beurteilen, wie weit diese, meist in die Zukunft gerichteten Aussagen eingetroffen sind oder nicht.

1. Paul Kennedy und die Zukunft der USA

So sehr das Werk von Paul Kennedy im Erscheinungsjahr 1988 weltweite Aufmerksamkeit erfuhr, so wurden seine Thesen sehr bald äußerst kritisch beurteilt. Dies deshalb, weil man seine Kernaussage auf den „Niedergang der USA“ reduzierte, während doch ein Jahr nach Veröffentlichung des Buches die Berliner Mauer fiel und sich die Sowjetunion wenige Jahre später auflöste. Die Vereinigten Staaten gingen als die großen Sieger im Kalten Krieg hervor.

Tatsächlich waren die Aussagen von Paul Kennedy wesentlich differenzierter als sie später dargestellt wurden. Nach einer umfassenden Darstellung, wie zunächst die Habsburger ihre weltweite Macht an Frankreich abgeben mussten, wird dann dargelegt, wie nach den Napoleonischen Kriegen England die weltweite Vorherrschaft übernehmen konnte. Dabei zeigt Paul Kennedy im Detail auf, welchen Einfluss Kriege, die wirtschaftliche Entwicklung oder die industrielle Revolution auf diese Macht-verschiebungen hatten. Die größte Machtentfaltung des Britischen Empire sieht er um 1900, wo aber auch schon Ursachen für den späteren Niedergang festgestellt werden konnten: Überdehnung des militärischen Engagements, verglichen mit der tatsächlichen wirtschaftlichen Stärke des Landes.

In diesem Sinne setzt Kennedy auch seine Kritik an einem möglichen relativen Niedergang der USA an. Wir sind noch im Kalten Krieg und der Autor verweist auch auf gravierende Schwächen der Sowjetunion: wenn auch der Anteil Amerikas an der weltweiten Macht relativ zurückgegangen ist, so sind die Probleme der UdSSR wesentlich größer als jene der Vereinigten Staaten. Vor allem sind die USA der Sowjetunion wirtschaftlich und in Bereichen der Technologie weit überlegen. Darüber hinaus ist die amerikanische Gesellschaft von ihrer Dynamik her wesentlich besser in der Lage, sich neuen Herausforderungen anzupassen, als das autoritäre Regime in Moskau.

Während also Paul Kennedy feststellt, dass die USA nach wie vor wirtschaftlich und militärisch eine Klasse für sich sind, verweist er auch darauf, dass es langfristig entscheidend ist, wie weit die militärischen Möglichkeiten mit den weltweit eingegangenen Verpflichtungen im Einklang stehen. Dies insbesondere auch deshalb, weil sich die wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Welt ständig verschieben. Dabei zeigt Kennedy auf, wie zunächst Spanien und später das Britische Empire im Laufe der Zeit immer mehr strategische Verpflichtungen eingegangen sind, die dann insgesamt kaum mehr zu

bewältigen waren. Es kam also zu einem „imperial overstretch“: die Gesamtheit der Zusagen und Verpflichtungen konnten kaum mehr gleichzeitig wahrgenommen und verteidigt werden.

Außerdem ging es bei den führenden Mächten in der Vergangenheit oft nicht um die Sicherheit des eigenen Landes, sondern um Verpflichtungen, die irgendwo in der Welt eingegangen wurden, auch wenn das seinerzeitige Engagement durchaus sinnvoll war. Dabei vergleicht Paul Kennedy die Flottenstützpunkte, die Großbritannien am Höhepunkt seiner Macht weltweit hatte, mit den 800 Militärbasen, die die USA heute auf allen Kontinenten unterhalten. Während das militärische Engagement im Laufe der Jahre ständig gestiegen ist, ist der amerikanische Anteil an der Weltwirtschaft deutlich zurückgegangen: von 60 % nach dem Zweiten Weltkrieg auf 24 % im Jahre 1990.

Damit kann eine Kluft zwischen den politischen Interessen und den Möglichkeiten entstehen, diese militärisch durchzusetzen. Damit verbunden kann sehr leicht ein weiteres Problem entstehen: hohe Budgetdefizite und eine hohe Staatsverschuldung. In diesem Zusammenhang verweist Kennedy darauf, dass das US- Budget- Defizit alleine von 1980 bis 1985 von \$ 59,6 Milliarden auf \$ 202,8 Milliarden gestiegen ist; die Staatsverschuldung im selben Zeitraum von \$ 914,3 Milliarden auf 1823 \$ Milliarden. (2022 betrug das Budgetdefizit der USA 1400 \$ Milliarden; die Staatsverschuldung war auf 30 899 \$ Milliarden gestiegen). Paul Kennedy verglich bereits die Entwicklung der 1980er Jahre mit jener Frankreichs in den 1780er Jahren, die bekanntlich zur Französischen Revolution führte.

Dabei unterstreicht der Autor durchaus auch die positive Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft: die Gründung von tausenden von Unternehmen jährlich; die hohen Investitionen und die gewaltigen Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Dennoch stellte sich die Frage, ob all das genügt, um die weltweiten Verpflichtungen abzudecken, die die USA seit 1945 eingegangen sind. Bedenklich erschien dabei vor allem der, auch durch die Globalisierung verursachte, Rückgang der Industrieproduktion. Jedenfalls war die amerikanische Wirtschaft nach 1945, als viele Engagements eingegangen wurden, wesentlich gesünder als vier Jahrzehnte später.

Eine weitere Kernthese Kennedys: Die Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft kann insbesondere auch dadurch geschwächt werden, dass ein Rüstungswettlauf die Gefahr mit sich bringt, dass zu viel Geld für unproduktive Waffensysteme ausgegeben wird. Deshalb hat in der Vergangenheit keine Weltmacht die führende Position auf ewig behalten können. Und so könnte es auch den Vereinigten Staaten ergehen. Aufgrund ihrer Stärke werden aber die USA nicht das Schicksal der Niederlande oder Spaniens erleiden, die weitgehend aus der Geschichte ausgetreten sind, oder auseinanderbrechen wie Österreich-Ungarn, sondern werden sehr wohl ein entscheidender Machtfaktor in einer multipolaren Welt bleiben. Der Machtverlust der USA ist deshalb nur relativ und es wird vom Geschick Washingtons abhängen, wie sich das Land in die neue Weltordnung einfügt, ob es seine Möglichkeiten und Grenzen richtig erkennt.

Diese Sätze hat Paul Kennedy vor etwas mehr als einer Generation geschrieben. Mögen sie damals für einige vielleicht zu pessimistisch geklungen haben, auf die heutigen internationalen Beziehungen treffen sie sehr gut zu.

2. Francis Fukuyama - ein großer Optimist

Ausgesprochen optimistisch wurde die Zukunft von Francis Fukuyama gesehen, sprach er doch vom „Ende der Geschichte“, weil sich die liberalen Ideen von Demokratie und Marktwirtschaft endgültig und überall durchgesetzt hätten. So wie ein anderer bedeutender Schüler Hegels, Karl Marx, glaubte auch Francis Fukuyama, dass sich die Geschichte fast wie ein Naturgesetz in bestimmten Perioden abspielt: Während aber Karl Marx glaubte, das letzte Stadium wäre, nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, eine kommunistische Gesellschaftsordnung, war Fukuyama davon überzeugt, dass sich nach dem Sieg des Westens im Kalten Krieg der Liberalismus durchgesetzt hätte: im politischen Bereich als Demokratie, im Bereich der Wirtschaft als Kapitalismus.

Hegel hat schon vom Ende der Geschichte gesprochen, als er glaubte, mit dem Sieg Napoleons über Preußen in der Schlacht von Jena (1806) würden nun die Ideen der Französischen Revolution verwirklicht werden. Der russisch-französische Philosoph Alexandre Kojève (1902- 1968) hat dann entscheidend zur Wiederentdeckung Hegels beigetragen. Wie dieser sieht er das Ende der Geschichte in Europa, nachdem sich die Ideen von Freiheit und Gleichheit durchgesetzt hatten, auf denen moderne Staaten aufbauen konnten. Fukuyama übernahm auch die Theorie von Kojève, dass für jeden Menschen Selbstbewusstsein und das Bedürfnis nach Anerkennung wichtig sind. Fukuyama sagt nun, dass es diese Charaktereigenschaften sind, die dem Streben des Menschen nach Liberalität und nach Freiheit in Politik und Wirtschaft zu Grunde liegen. Damit sind die wesentlichen Triebkräfte für den Lauf der Geschichte gegeben.

Fukuyama konnte dann darauf verweisen, dass nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Europa frühere kommunistische Staaten Demokratien wurden, also Länder, in denen die Bevölkerung das Recht bekam, die eigene Regierung zu wählen. Gleichzeitig setzte sich weltweit, vorangetrieben durch Ronald Reagan und Margaret Thatcher, eine Liberalisierung der Wirtschaft durch. Dabei glaubte Fukuyama weitgehend an einen Gleichschritt von liberaler Demokratie und Liberalismus in der Wirtschaft. Die philosophische Frage dabei ist, ob diese Entwicklung als „Universalgeschichte“ gesehen werden kann, die letztlich am Höhepunkt und Ende der Geschichte in einem „Reich der Freiheit“ endet.

Diese, von Francis Fukuyama aufgestellten Thesen, wurden mit Begeisterung von den Neokonservativen aufgenommen, die sich in Washington als bestimmende Kraft in der Außenpolitik durchgesetzt hatten. Sie sahen darin eine Bestätigung des „amerikanischen Exzeptionalismus“, also des Glaubens, dass die Vereinigten Staaten eine auserwählte Nation sind, dazu bestimmt, die Welt zu führen. Dieser Glaube war schon tief verwurzelt im Denken der amerikanischen Gründungsväter und geht zurück auf das puritanische, calvinistische Denken. Schon Oliver Cromwell hat 1656 von einer „Achse des Bösen“ gesprochen, gegen die England im Namen Gottes kämpfen müsse. Das Gute dabei war, dass der Wille Gottes und englische Interessen deckungsgleich waren.

Wenn nun, wie Francis Fukuyama aufzeigte, der Lauf der Weltgeschichte wie ein Naturgesetz zu mehr Freiheit und Demokratie führt, dann können Kriege, die diese Entwicklung unterstützen, nur gerechte Kriege sein. Daraus konnte man sogar den Auftrag für die USA ableiten, überall auf der Welt „humanitäre Interventionen“ durchzuführen;

„Democracy building“ und „Nation building“ als besondere Ziele der Außenpolitik festlegen. „Regime change“ und „Farben-Revolutionen“ konnten als Mittel gerechtfertigt werden, um diese Ziele zu erreichen. Somit konnte auch das eigene Recht über die Landesgrenzen hinaus als Waffe eingesetzt werden, Konkurrenten in der Wirtschaft mussten sich den eigenen Gesetzen beugen, wenn es darum ging, amerikanische Interessen durchzusetzen. In diesem Sinne hat der erste Außenminister von Bill Clintons, Warren Christopher erklärt: „Gesegnet von Gott hat die amerikanische Nation die Verpflichtung, überall auf der Welt die Werte der Demokratie zu verankern“ ⁽⁴⁾. Der Sieg im Kalten Krieg hat die Überzeugung gestärkt, die Verankerung amerikanischer Werte und Interessen überall auf der Welt könne nur zu mehr Frieden und Sicherheit führen.

Damit in Verbindung steht eine andere These von Francis Fukuyama, nämlich die, dass Demokratien untereinander keine Kriege führen. Darauf hat sich insbesondere George W. Bush berufen, um seine Kriege zu rechtfertigen ⁽⁵⁾. Damit lohnt es sich, überall auf der Welt für Freiheit und Demokratie zu kämpfen, wenn das die Grundlage für eine friedliche Welt in der Zukunft werden kann. Damit entstehen aber zumindest zwei Probleme: Auch eine bewaffnete Auseinandersetzung einer Demokratie mit einem autoritären Staat ist ein Krieg. Und: wenn ständig Kriege geführt werden, bis das letzte Land demokratisch ist, wird es auch zwischendurch keine langen Friedensperioden geben.

Der von Francis Fukuyama aufgezeigte Optimismus hat ein weiteres Projekt beflügelt, das die USA immer wieder verfolgt haben: Die Schaffung einer Allianz der Demokratien. Präsident Joe Biden hat diese Idee wieder aufgegriffen und den „Kampf gegen Autokraten“ zu einem Schwerpunkt seiner Außenpolitik gemacht. Ziel dieser Allianz ist es wohl, die amerikanische Vorherrschaft in der Welt zu unterstützen, vor allem auch, den Einsatz militärischer Gewalt dort zu legitimieren, wo die Vereinten Nationen dazu nicht bereit sind. Konkret geht es darum, Russland und China zu isolieren, Wirtschaftssanktionen der USA gegen diese und andere Länder zu unterstützen. Wenn Präsident Biden dazu erklärt, es geht darum, China als aufsteigende Macht einzudämmen, „weil seine Politik darauf abzielt, überall auf der Welt liberale Demokratien durch autoritäre Diktaturen zu ersetzen“, stellt sich die Frage, ob das tatsächlich stimmt. Immerhin sind es gerade diese Leitsätze, die dazu dienen, gegen andere Länder aufzurüsten. Aber bildet Peking tatsächlich subversive Kräfte aus, die in anderen Ländern „Regime change“ planen oder geht es China vor allem darum, Geschäfte zu machen?

Das ist eine ernste Frage, weil man durch die Einführung einer ideologischen Dimension in die internationalen Beziehungen auch bewaffnete Auseinandersetzungen rechtfertigen will.

Die These vom „Ende der Geschichte“ hatte jedenfalls gewaltigen Einfluss auf die Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik. Wie aber kann man heute die These vom ewigen Frieden in Einklang bringen mit den Kriegen in der Ukraine, im Nahen Osten und mit den Spannungen im Fernen Osten? Tatsächlich ist es wohl so, dass auch nach dem Sieg des Westens im Kalten Krieg machtpolitische Bestrebungen der Großmächte einen starken Einfluss auf ihre Außenpolitik ausüben. Und wenn Fukuyama ausgeführt hat, das Selbstbewusstsein eine Antriebskraft für menschliches Handeln ist, dann gilt dies wohl nicht nur für einzelne Personen, sondern auch für Nationen. Wenn Marktwirtschaft zu mehr Wohlstand führt, dann kann das sicherlich mehr Entscheidungsfreiheit für den einzelnen

Bürger bedeuten, aber auch mehr Selbstbewusstsein, das zu einem stärkeren Nationalismus führt.

Darüber hinaus hat auch Francis Fukuyama im Kapitel „Empires of Resentment, Empires of Deference“ dargelegt, wie sich Menschen aus anderen Kulturen und mit anderen Lebensweisen dagegen wehren und wehren könnten, das westliche Modell von Demokratie und Kapitalismus zu übernehmen. Insbesondere beschreibt er die Reaktion des islamischen Fundamentalismus und der Länder Asiens gegen die vom Westen getragene Modernität.

Was die islamische Welt betrifft, so hat diese das westliche Modell nie in derselben Gründlichkeit übernommen wie etwa Japan seinerzeit die Meiji-Restauration. Auch die unter Atatürk in der Türkei und unter Nasser in Ägypten übernommenen westlichen Ideologien wurden weitgehend nur von bestimmten Eliten getragen. Mit der iranischen Revolution von 1979 haben sich dann aber revolutionäre Fundamentalisten durchgesetzt, die die Vergangenheit verklärten und als Modell für die Zukunft propagierten. Fukuyama sieht darin eine Ähnlichkeit mit dem Faschismus in Europa. Der Erfolg dieser Bewegung lässt sich seines Erachtens damit erklären, dass islamische Länder in der Vergangenheit gedemütigt wurden, ihnen es aber auch nicht gelang, mit der modernen Entwicklung erfolgreich Schritt zu halten.

Was Asien betrifft, so schreibt Fukuyama, dass es dort Gesellschaften durchaus gelingt, Marktwirtschaft mit einer politisch autoritären Tradition zu verbinden, wobei er vor allem an Japan oder Singapur denkt. Das dort vorhandene starke Arbeitsethos ist die Grundlage dafür, dass sich deren Wirtschaft im modernen Wettbewerb bewähren konnte. Die in den Lehren von Konfuzius begründete Anerkennung von Autorität fördert das Leistungsbewusstsein in der Wirtschaft, nicht aber das individuelle, persönliche Engagement in der Politik. Das Ergebnis sind dann Systeme wie die Jahrzehnte lange Herrschaft einer einzigen Partei in Japan oder das präsidentiale System von Lee Kuan Yew in Singapur.

Fukuyama war sich sehr wohl der Problematik bewusst, wie weit westliche Werte gleichzeitig universelle Werte sein können. Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping hat in seiner „Global Civilization Initiative“ vom März 2023 diesen Einklang klar abgelehnt, wenn er forderte, „Regierungen sollen anderen Ländern nicht ihre Werte und Institutionen aufzwingen“. Aber auch „The Economist“, der durchaus für die Vorherrschaft des Westens in der Welt eintritt, hat in einer längeren Abhandlung zum Thema „Western values are steadily diverging from the rest of the world’s“ eine ähnliche Meinung vertreten ⁽⁶⁾. Dabei wird ausgeführt, dass die Haltung zu Religion, Autorität, Familie, Individualität, zu sexuellen Minderheiten und zur Demokratie durchaus von der jeweiligen Kultur geprägt ist und demnach sehr unterschiedlich sein kann. Jedenfalls hat sich Francis Fukuyama im allgemeinen Bewusstsein als „Künder einer besseren Welt“ eingeprägt, während er selber die Gegebenheiten durchaus auch differenzierter gesehen hat. Sein politischer Einfluss ist dennoch sehr stark darauf begründet, dass die offizielle amerikanische Außenpolitik gerade in seinen Thesen eine Rechtfertigung für ihre Vorgangsweise gefunden hat.

3. Samuel Huntington und die Kriege der Zukunft

Im Gegensatz zu seinem Schüler Fukuyama glaubte Samuel P. Huntington, dass die Zukunft der internationalen Beziehungen von einem „Clash of Civilizations“ geprägt sein wird, der die

Grundlage für eine neue Weltordnung sein wird. Seitdem Westfälischen Frieden sind sich, so Huntington, Kaiser und Könige in Kriegen gegenübergestanden. Durch die Französische Revolution, in der der französische König enthauptet wurde, wurden die Nationen der Souverän und haben sich in erbitterten Kriegen bekämpft. Im 20. Jahrhundert haben diese Kriege auch eine ideologische Grundlage bekommen.

Nunmehr, so schreibt er im Kapitel „The Cultural Reconfiguration of Global Politics“, werden, angetrieben von der Modernisierung, die kulturellen Gegensätze die Weltpolitik der Zukunft bestimmen. Menschen und Länder mit ähnlichen Kulturen werden sich zusammenfinden. Menschen und Länder mit unterschiedlichen Kulturen werden auseinanderrücken.

Während in der Zeit des Kalten Krieges Ideologien und damit verbundene Beziehungen zu einer Supermacht die außenpolitische Ausrichtung eines Landes bestimmt haben, werden in Zukunft Kultur und Zivilisation bestimmend sein. Politische Grenzen werden zunehmend mit kulturellen Grenzen zusammenfallen: ethnische Zugehörigkeit, Religion und Zivilisation werden bestimmend sein. Kulturelle Gemeinschaften werden das Blocksystem des Kalten Krieges ersetzen. Deshalb werden die Bruchlinien zwischen den Zivilisationen in Zukunft die entscheidenden Trennungslinien zwischen den Konflikten sein. So wird etwa die Zugehörigkeit zum Islam die Identität eines Landes stärker bestimmen als westliche Institutionen, die ein Staat oft nur oberflächlich übernommen hat.

Wenn es bei den „internationalen Beziehungen“ oder der „internationalen Ordnung“ in unserer Geschichte fast ausschließlich um die Beziehungen der westlichen Staaten untereinander gegangen ist, so werden wir in der Zukunft in einer multipolaren Welt leben, in der auch andere Zivilisationen bestimmend sind. Dabei muss Modernisierung nicht gleichbedeutend mit Verwestlichung sein. Es wird weder zu einer universellen Einheitskultur kommen, noch werden alle nicht- westlichen Gesellschaften das westliche Modell übernehmen.

Die Machtverhältnisse zwischen den Zivilisationen werden sich verändern, der Einfluss des Westens wird relativ zurückgehen. Andererseits werden die Zivilisationen Asiens ihre wirtschaftliche, militärische und politische Stärke erhöhen. In den islamischen Ländern wird das Bevölkerungswachstum explodieren, was sowohl die eigenen Staaten als auch die Nachbarländer destabilisieren könnte. Dabei können sich nicht-westliche Zivilisationen stärker auf ihre eigenen Werte besinnen.

Die neue Weltordnung wird durch die Zugehörigkeit der einzelnen Länder zu einer bestimmten Zivilisation geprägt sein. Gesellschaften werden aufgrund ihrer gemeinsamen kulturellen Zugehörigkeit verstärkt zusammenarbeiten. Bemühungen, Gesellschaften in einer anderen als ihrer traditionellen Zivilisation zu verankern, werden wenig Erfolg haben. Denn die Staaten werden sich um die führende Nation in ihrer jeweiligen Zivilisation gruppieren.

Jedenfalls, so sagt Huntington voraus, kommt der Westen zunehmend mit anderen Zivilisationen wie der chinesischen oder der islamischen in Konflikt, wenn er weiter weltweit die alleine bestimmende Kraft sein will. An den Bruchstellen zwischen den Zivilisationen kann es zu regionalen Kriegen kommen, wobei eine Zivilisation unter denen, die sich dazu bekennen, eine Art „verwandtschaftliche Bande“ herstellen kann. Diese besteht dann über

nationale Grenzen hinweg, etwa wenn ein Land als Schutzmacht für „seine Bürger“ im Ausland auftritt.

Dabei muss der Westen zur Kenntnis nehmen, dass seine Kultur nicht universell von allen anderen Zivilisationen übernommen wird. Denn der Glaube des Westens an die Allgemeingültigkeit seiner Kultur ist falsch, unmoralisch und gefährlich. Es gibt auf der Welt eine kulturelle Diversität und zu glauben, die „anglo-sächsischen Werte“ müssen sich global durchsetzen, stimmt einfach nicht. Der Glaube, dass nicht-westliche Völker westliche Werte und Institutionen übernehmen müssen, ist unmoralisch, weil das nur ein Ergebnis eines westlichen Imperialismus sein kann. Dieser steht im Widerspruch zum Recht auf Selbstbestimmung und ist somit zutiefst undemokratisch, erklärt uns Huntington.

Wie weit treffen nun die Analysen der drei Autoren auf das internationale Geschehen von heute zu, etwa auf die Theorie von Paul Kennedy, dass „global overstretch“ und große Verschuldung zum Niedergang einer Großmacht führen? Alleine in der Ausgabe der New York Times vom 16. Mai 2024 kann man folgende Artikel lesen: „The U.S. is building a military arc in the Pacific“. Demnach bauen die Vereinigten Staaten die Streitkräfte in Japan, auf den Philippinen und in Australien aus. Unter der Überschrift „To aid Ukraine, West eyes Russian assets“ wird ausgeführt, wie geplant wird, mit russischen Guthaben die Ukraine stärker zu unterstützen. Nimmt man das amerikanische Engagement im Nahen Osten und in Afrika dazu, könnte es das sein, was Paul Kennedy mit „military overstretch“, also mit der „Überdehnung der eigenen militärischen Kapazitäten“, gemeint haben könnte. Jedenfalls hat der stellvertretende Außenminister Kurt Campbell festgestellt: „Wir haben unsere Allianzen in Übersee in einer Weise ausgebaut, wie es vor einigen Jahren noch unvorstellbar gewesen wäre“ ⁽⁷⁾.

Gleichzeitig erfährt man auch aus befreundeten Medien, dass die Finanzen der USA „ein Desaster“ sind ⁽⁸⁾. So ist die Staatsverschuldung auf 96 % des BIP gestiegen (2023), während sie 1992 noch bei 46 % lag. Und das Budgetdefizit der letzten Jahre belief sich auf 9 % des BIP. Selbst der Internationale Währungsfonds hat gewarnt, dass „die Verschuldung der USA die Stabilität der Währungen weltweit gefährden könnte“. Hat sich also Paul Kennedy wieder verschätzt? Nur die Zukunft wird darauf eine Antwort geben können.

Nun ist auch das „Goldene Zeitalter“, an das Francis Fukuyama geglaubt hat, nicht ausgebrochen. Er hat zwar insofern weitgehend Recht behalten, als sich die ganze Welt der einen oder anderen Form des Kapitalismus verschrieben hat. Aber die Einführung der Marktwirtschaft bedeutet noch lange nicht, dass damit die Errichtung demokratischer Institutionen verbunden ist. Im Gegenteil; durch die Einführung kapitalistischer Strukturelemente in ihr Wirtschaftssystem wurden auch Autokraten gestärkt. Das führte zu neuen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen für die Vereinigten Staaten in einer multipolaren Welt.

Dennoch gibt es innerhalb der außenpolitischen Elite der USA nach wie vor sehr starke Kräfte, die an der absoluten Führungsrolle ihres Landes in der Welt festhalten wollen. So argumentierte Fareed Zakaria erst unlängst in seinem Artikel „The self-doubting Superpower“ ⁽⁹⁾, dass es 1945 die USA waren, die eine neue internationale Ordnung eingerichtet haben, die vielen in der Welt Frieden und Wohlstand gebracht hat. Und: Die USA nehmen nach wie vor in wesentlichen Bereichen die führende Position in der Welt ein, wobei der Autor

folgende Beispiele anführt: Das amerikanische pro Kopf- Einkommen ist 54 % höher als das Japans und 32 % höher als jenes der West-Europäer. Die amerikanische Wirtschaft ist fast doppelt so stark wie jene der Euro- Zone. Neun der zehn bedeutendsten Konzerne der Welt sind amerikanisch. Die Schlussfolgerung für Fareed Zakaria ist, dass die USA an ihrer führenden Rolle in der Welt und an der internationalen Ordnung auch weiter festhalten sollten.

Aber so sehr der amerikanische Führungsanspruch nach dem Zweiten Weltkrieg unbestritten war, die Welt ist nicht mehr jene von 1945. Damals war Indien noch Teil des British Empire und Afrika noch zwischen den Kolonialmächten aufgeteilt. Es geht nicht darum, dass die USA in einer multipolaren Welt ihren Führungsanspruch aufgeben, sondern darum, dass das neue System den machtpolitischen Verschiebungen angepasst wird. Im Interesse aller sollte es dabei liegen, dass diese Anpassung nicht durch Kriege, sondern am Verhandlungstisch vollzogen wird.

Was die Theorien von Samuel Huntington über den „Clash of Civilizations“ betrifft, so wurden ganze Bibliotheken darübergeschrieben, wie weit diese stimmen oder nicht. Dabei kann man wohl sagen, dass er in seinem Absolutheitsanspruch vielleicht zu rigoros argumentiert hat, wenn er sagte, in einer künftigen Welt wären globale Machtansprüche überholt. Die neue Weltordnung wäre demnach nur mehr innerhalb bzw. zwischen den Zivilisationen von einem herrschende Faktor bestimmt.

Bei dieser Argumentation werden traditionelle machtpolitische Bestrebungen unterschätzt. Diese sind nach wie vor bestimmende Kräfte in der Politik der Großmächte.

Richtig vorhergesehen hat Huntington, dass wir in eine multipolare Weltordnung eintreten, also in eine Welt mit mehreren Machtzentren. Sehr richtig ist auch, dass die „internationalen Beziehungen“ heute die ganze Welt umfassen und nicht nur den Westen. Wenn sich heute westliche Politiker treffen und von sich als „internationale Gemeinschaft“ sprechen, dann vertreten sie gerade noch 10 % der Weltbevölkerung. Der „Globale Süden“, so heterogen seine Zusammensetzung auch sein mag, hat sehr wohl immer wieder politische Relevanz demonstriert. Ohne die Unterstützung dieser Länder wäre es für Russland wohl kaum möglich gewesen, die äußerst rigorosen westlichen Sanktionen zu überstehen.

Sowohl im Krieg in der Ukraine als auch im Nahen Osten zeichnet sich immer wieder ein Bild ab, das an eine Konstellation „The West against the Rest“ erinnert. Gerade wenn der Westen jetzt demonstrativ versucht, schwindende Macht durch moralische Überlegenheit auszugleichen, stößt auch diese Argumentation bei anderen auf Widerstand. Zu oft haben westliche Mächte in der Vergangenheit die Moral für sich in Anspruch genommen, wo es um Machtpolitik gegangen ist, und tun dies auch heute. Kein Wunder, dass manche im Globalen Süden deshalb auf eine Doppelmoral hinweisen. In diesem Sinne ist auch Samuel Huntington durchaus lesenswert, so wie die beiden anderen Autoren, die versucht haben, Visionen für eine neue Welt zu entwerfen.

ANMERKUNGEN

- (1) Paul Kennedy; The Rise and Fall of the Great Powers-Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000; Lexington Books 1988
- (2) Francis Fukuyama; The End of History and the Last Man; Pinguin Books 1992
- (3) Samuel P. Huntington; The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order; Simon & Schuster 1997
- (4) Alexandre Del Valle & Jaques Soppelsa ; Vers un choc global ?; Paris 2023
- (5) Stephanie Lawson ; International Relations ; Cambridge 2003
- (6) The Economist August 3rd 2023
- (7) The New York Times May 16th 2024
- (8) The Economist May 4th 2024 "America's fiscal outlook is disastrous"
- (9) Fareed Zakaria; Foreign Affairs January/February 2023

III. DIE WELTMÄCHTE IN DER GESCHICHTE - WIRD CHINA DIE NEUE FÜHRUNGSMACHT?

1. Das Staatensystem zu Beginn der Neuzeit

Seit Beginn der Neuzeit haben sich die Weltmächte, die die internationale Ordnung bestimmt haben, einander immer wieder abgelöst. Alle jene Fragen, die innerstaatlich durch eine Verfassung geregelt werden, werden international im Rahmen einer Weltordnung festgelegt; also wer welche Kompetenzen hat; wie die Macht aufgeteilt wird; welche Regeln es gibt; und wer diese Regeln bestimmt. Dass dabei die Großmächte die Ziele vorgegeben, liegt auf der Hand. Interessant ist auch, dass grundlegende Entscheidungen meist nicht entsprechend dem Völkerrecht getroffen wurden, sondern dass vielmehr machtpolitische Ergebnisse entscheidend dafür waren, was als Völkerrechts angesehen wird.

Dabei haben immer wieder Kriege in einem ganz entscheidenden Ausmaß die Stellung der Staaten, auch die jeweilige Weltmachtstellung, bestimmt. Außenpolitik war Machtpolitik. Macht war vor allem militärische Macht. Diese wiederum stand im Zusammenhang mit der Zahl der Bevölkerung eines Landes, seiner wirtschaftlichen Stärke, seinen Ressourcen und dem Stand der Technik. In diesem Sinne schrieb Wolfgang Windelband, dass die Selbstständigkeit der Staaten, der Kampf zwischen ihnen, die Grundlage war, auf der das europäische Staatensystem entstanden ist ⁽¹⁾

Vom Anfang an kann man verfolgen, durch wen und für wen das Völkerrecht geschaffen wurde und geschaffen wird. Wenn ein jedes Gesetz bis zu einem gewissen Grad ein Interessensausgleich ist, dann ist das Völkerrecht in einem ganz entscheidenden Ausmaß ein Ausdruck der Machtverhältnisse, von der Herausbildung der „Souveränität der Staaten“ bis zu den Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Immer wieder haben mächtige Staaten für sich selbst neue Regeln aufgestellt. In diesem Sinne hat auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres vor der letzten Generalversammlung der Organisation erklärt: „Das internationale Finanzsystem wurde von den Reichen für ihre eigenen Interessen geschaffen“⁽²⁾. Institutionen des Völkerrechts haben

sich meist erst dann durchgesetzt, wenn die realpolitischen Tatsachen bereits geschaffen waren.

Im Mittelalter glaubte die europäische Christenheit an die Universalmonarchie. Der Kaiser und der Papst waren die Stellvertreter Gottes auf Erden und mussten als solche von Fürsten und Untertanen anerkannt werden. In diesem Sinne sah sich noch Karl V (gestorben 1558) als universeller Herrscher. Tatsächlich schuf er ein Reich, „in dem die Sonne nie unterging“, aber seine Herrschaft wurde schon in zahlreichen Kriegen angefochten, insbesondere vom französischen König Franz I.

Diese Entwicklung nahm Jean Bodin (gestorben 1596) als Grundlage für seine Lehre von der „Souveränität der Staaten“. Demnach konnte ein jeder Herrscher innerhalb seiner Grenzen die höchste Macht ausüben. Auch sind alle Staaten gleich und keiner übergeordneten Macht mehr unterworfen. Das war ein ganz wesentlicher Unterschied zum Mittelalter, als nur der Kaiser und der Papst die höchste Autorität darstellten.

Im Westfälischen Frieden, der 1648 den 30-jährigen Krieg beendet hat, wurde diese Entwicklung auch rechtlich verankert. Innerhalb des Heiligen Römischen Reiches wurde eine Unzahl von souveränen Fürstentümern geschaffen, die von sich aus Allianzen schließen und Kriege führen konnten. Der Krieg war damit, im Sinne von Carl von Clausewitz, „die Verlängerung der Politik mit anderen Mitteln“.

Im 30-jährigen Krieg kamen noch andere Wesensmerkmale der internationalen Beziehungen deutlich zum Tragen, wie Realpolitik und Staatsräson. Obwohl dieser Krieg in einem ganz entscheidenden Ausmaß ein Kampf der Protestanten gegen die Katholiken unter Führung des habsburgischen Kaisers war, kämpfte Frankreich, regiert vom katholischen Kardinal Richelieu, auf der Seite der Protestanten. Im Sinne der Staatsräson bestimmten eben nationale Interessen die Außenpolitik, nicht der Glaube. Und wenn es um Interessen des Staates ging, galten eigene Gesetze: töten wurde zu einer Heldentat und zerstören ein wesentlicher Teil eines Sieges. Im Bereich der Realpolitik findet eben eine Umkehrung der Werte statt: Verhaltensweisen, die im privaten Bereich auf das schärfste verurteilt werden, gelangen zur höchsten Ehre, wenn sie der Macht des Staates dienen. Auch wenn diese Verhaltensweisen schon in den Heldenepen der Antike aufschienen, das sich nun herausbildende Völkerrecht hat sie zu Beginn der Neuzeit festgeschrieben.

Auch ein anderer Grundsatz des Völkerrechts, der sich damals herausbildete, ist machtpolitisch begründet: das Recht der „freien Seefahrt“, welches Hugo Grotius in seinem Buch „Mare Liberum“ 1609 verankert hat. Demnach war das Meer ein internationales Territorium, das jeder Nation offenstand. Engländer und Holländer sollte nunmehr freien Zugang zum Handel auf den Ozeanen haben, nicht nur Spanier und Portugiesen, zwischen denen vorher der Papst im Vertrag von Tordesillas (1494) die Welt aufgeteilt hatte.

2. Sieben große Kriege schaffen jeweils eine neue Weltordnung

In den letzten 300 Jahren gab es sieben entscheidende Kriege, die zum Teil schon als Weltkriege auf drei oder mehreren Kontinenten ausgetragen wurden: Der Spanische Erbfolgekrieg; der Große Nordische Krieg; der Siebenjährige Krieg; die Napoleonischen Kriege; der Erste Weltkrieg; der Zweite Weltkrieg sowie der Kalte Krieg.

Dabei gab es verschiedene Gründe für diese Kriege: Wenn der Machtanspruch eines Staates auf diplomatischem Wege nicht mehr durchgesetzt werden konnte; wenn ein Herrscher versuchte, die Vorherrschaft in der Region oder über die ganze Staatengemeinschaft zu übernehmen; wenn sich revisionistische Kräfte gegen das bestehende Gleichgewicht erhoben. Nach den Kriegen folgten Friedenskonferenzen. Eine neue internationale Ordnung verankerte ein neues Kräfteverhältnis zwischen den Staaten. Soldaten und Diplomaten lösten einander in der Gestaltung der Machtverhältnisse ab.

Solange Realpolitik und Gleichgewichtsdenken die Kriege und die darauffolgenden Konferenzen prägten, wurde ein Ausgleich zwischen den Parteien, zwischen Siegern und Besiegten gesucht. Kriege waren eben auch das „Spiel der Könige“. Durch die Französische Revolution wurde der König durch das Volk als souverän abgelöst. Damit bekamen die nunmehr vom Nationalismus getragenen Kriege eine ideologische Dimension. Jetzt unternahm jede kriegsführende Nation die größten Anstrengungen, den Gegner zu vernichten. Es wurde wesentlich schwerer, nach einem Krieg einen Ausgleich zu finden. Mit dem Todfeind, dem absolut Bösen, ist ein Kompromiss nicht mehr möglich.

Der Spanische Erbfolgekrieg (1701-1714) war das Modell eines Krieges zur Erhaltung des Gleichgewichts in Europa. Während dieses Gleichgewicht auf dem Kontinent hergestellt wurde, erfolgte der Ausbau Englands zur Seemacht und zu seiner Weltmachtstellung. Worum ging es? Mit dem Tod von Karl II im Jahre 1700 ist die spanische Linie der Habsburger ausgestorben. Der Kaiser in Wien, Leopold I, wollte nun, dass sein Sohn Karl das spanische Erbe antritt, während sein Sohn Josef das österreichische übernehmen sollte. Ludwig XIV trat für seinen Enkel Philipp von Anjou als neuen spanischen König ein.

England und Holland unterstützten zunächst die Habsburger gegen Frankreich, wobei die Mittel für den Krieg im englischen Parlament ausdrücklich „zur Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts“ bewilligt wurden. Es ging darum, den weiteren Ausbau der Vormachtstellung Frankreichs auf dem Kontinent zu verhindern.

Dann geschah aber folgendes: Leopold I ist 1705 gestorben, wie geplant tritt sein Sohn Joseph I sein österreichisches Erbe an. Als dieser aber dann 1711 starb, entstand eine völlig neue Situation. Nunmehr wären Spanien und die österreichischen Erblande unter Karl in einer Hand gewesen. Diese neue Situation war für England unakzeptabel, das nunmehr die Seiten wechselte und Frankreich unterstützte. Mit dem Frieden von Utrecht (1713) wurde der französische Kandidat Philipp V König von Spanien; Spanien war allerdings keine Großmacht mehr und musste die Vorherrschaft auf den Ozeanen England abtreten. Ein Wesenszug der englischen Außenpolitik wurde deutlich: Gekämpft wurde immer für Werte und Ideale. Nach der Schlacht von Höchstädt (1704), erklärte der siegreiche englische Feldherr, John Churchill, 1. Duke of Malborough, „We did it for the Liberty of Europe“. Nach dem Krieg erhielten die Engländer aber auch das Monopol über den transatlantischen Sklavenhandel.

Durch den Großen Nordischen Krieg (1700-1721) wurde Schweden von Russland als Großmacht in Osteuropa und im Baltikum abgelöst. Der Krieg war auch eine persönliche Auseinandersetzung zwischen dem Schwedenkönig Karl XII und Zar Peter I. Nach anfänglichen russischen Verlusten siegte der Zar 1709 in der Entscheidungsschlacht von

Poltawa. Welche Zwitterstellung dabei die Ukraine einnahm, war noch in den 1990er Jahren ersichtlich. Vor dem auf dem Schlachtfeld errichteten Museum dominierte das überlebensgroße Standbild des Zaren, der die Schlacht gewonnen hatte. Bei der Führung im Museum war aber dann Mazeppa der Held, der Anführer der Kosaken, der mit seinen Mannen auf der Seite der Schweden gekämpft hatte. Wie stark dieser Krieg die Lebensverhältnisse in Russland prägte, ist daraus ersichtlich, dass damals 82 % der Staatseinnahmen für den Krieg ausgegeben wurden. Vom Zaren durchgeführte Reformen zielten entscheidend darauf ab, die militärische Schlagkraft seines Landes zu erhöhen.

Im Siebenjährigen Krieg (1756-1763) kämpften Österreich und Frankreich auf der einen Seite gegen England und Preußen. Mit den Friedensverträgen von Hubertusburg und Paris kam es zu ganz entscheidenden Machtverschiebungen in Mitteleuropa und in Nordamerika. Preußen bekam Schlesien und stieg auf zur Großmacht; Frankreich hingegen verlor alle seine Besitzungen in Kanada. England verdankte seinen Sieg der Überlegenheit seiner Flotte auf den Meeren; Österreich verlor in diesem Krieg 303 000 Mann und 82 000 Pferde. Sowohl in Nordamerika als auch in Europa wurden die Weichen für eine neue Weltordnung gestellt.

Nach den Revolutionskriegen und den Kriegen Napoleons brachte der Wiener Kongress (1814/15) eine Neuordnung Europas. Zunächst hatte die Französische Revolution zu unerwarteten Siegen geführt. Das neue Selbstbewusstsein der Bürger hat das Nationalbewusstsein kräftig gestärkt und die französischen Armeen zu unerwarteten Siegen geführt. Aus den „Kriegen der Könige“ wurden die Kriege zwischen den Nationen. Dann hat Napoleon das europäische Gleichgewicht gründlich erschüttert. Ihm ist es gelungen, aus der französischen Armee, die 1789 lediglich aus 180 000 Mann bestand, ein Heer von über 1 Million Soldaten zu bilden.

Am Wiener Kongress kam man unter Führung des österreichischen Staatsmanns Clemens von Metternich überein, das europäische Gleichgewicht wieder herzustellen, das dann bis zum Krim-Krieg 1853, aber letztlich bis zum Ersten Weltkrieg bestand. Darüber hinaus gelang es Metternich, Österreich als führende Macht sowohl im Deutschen Bund als auch in Italien zu etablieren. Was ihm nicht gelang, war, mithilfe der „Heiligen Allianz“ die Welt zum Stillstand zu bringen. Demokratiebewegungen sollten, wo immer sie auftraten, niedergeschlagen werden. Die Revolutionen von 1848/49 demonstrierten, dass diese Bemühungen gescheitert waren.

Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, glaubten wohl die meisten Beteiligten, in alten Denkmustern verhaftet, der Krieg würde die anstehenden Probleme lösen. Die Mächte der Entente mobilisierten mit 40,7 Millionen Soldaten Massenheere, die Mittelmächte mit 25, 1 Millionen Soldaten. Auf beiden Seiten war die Kriegsführung, geprägt vom nationalistischen Zeitgeist, auf Vernichtung des Gegners ausgerichtet.

1916 führte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson seinen Wahlkampf noch unter dem Motto, er wolle die USA aus dem Krieg in Europa heraushalten. Als aber dann die Rückzahlung an England gewährten Kriegskrediten durch deutsche Siege gefährdet erschien, trat man doch 1917 auf der Seite der Alliierten in den Krieg ein. Dies allerdings offiziell nicht wegen der gefährdeten Darlehen, sondern „to end all wars“ und „to make the

world safe for democracy“. Engländer und Amerikaner kämpfen eben immer um Werte, für das Gute gegen das Böse.

Durch den Ersten Weltkrieg wurde die bis dahin bestehende Weltordnung erschüttert: Europa wurde stark geschwächt; die Mitte Europas wurde zerstört. Im Gegensatz zum Wiener Kongress wurden die Verlierer bei den Friedensverhandlungen nicht mehr eingebunden. Der Böse sollte eben bestraft werden und nicht am Verhandlungstisch sitzen. Damit konnte aber auch das im Rahmen des Völkerbundes errichtete System der kollektiven Sicherheit nicht funktionieren. Dieses hätte vorausgesetzt, dass alle daran teilnehmen und eine entsprechende Verantwortung tragen. John Maynard Keynes hat damals schon die kritische Frage gestellt, wie erfolgreich Konferenzen im Medienzeitalter sein können, wenn es vor allem um Propaganda, kurzfristige Interessen und die nächsten Wahlen geht.

Die derzeitige Weltordnung geht in wesentlichen Grundzügen auf das Ende des Zweiten Weltkrieges zurück, wo die Alliierten unter Führung der USA neue Ziele festsetzen konnten. In einer sehr inspirierenden Atmosphäre in Dumbarton Oaks, einem vornehmen Landsitz im Villenviertel Georgetown von Washington D.C., dachte man darüber nach, wie in Zukunft der Friede in der Welt gesichert werden könnte. Nach den Erfahrungen des „New Deal“, die zeigten, wie man eine Wirtschaftskrise überwinden kann, wurden mit den Vereinten Nationen nicht nur eine Organisation zur Sicherung des Friedens geschaffen, sondern mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank auch Institutionen, die der wirtschaftlichen Entwicklung dienen sollten. Darüber hinaus sollten mit dem GATT die internationalen Handelsbeziehungen geregelt werden. 1948 wurde, nach der moralischen Erschütterung durch die Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg, die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ von den Vereinten Nationen verabschiedet.

Die Vereinigten Staaten von Amerika erzeugten damals 60 % der Weltwirtschaftsproduktion; der Dollar wurde die Leit- und Reservewährung für die ganze Welt. Uns im Westen brachte dieses System Wohlstand und ermöglichte den Wiederaufbau; die USA hatten dadurch den Vorteil, das Geld drucken zu können, welches sie brauchten. Allerdings zeigte sich sehr bald, dass die in der Charta der Vereinten Nationen festgehaltenen Ideale in dieser Form nicht umgesetzt werden konnten. Es kam zum Kalten Krieg, die Aufteilung Europas in Ost und West; 1949 wurde die NATO gegründet.

3. Die neue Weltordnung nach dem Kalten Krieg

Die USA haben den Kalten Krieg total gewonnen: 1989 kam es zum Fall der Berliner Mauer; 1991 brach die Sowjetunion zusammen; der Sieg des Westens war absolut. Frances Fukuyama sprach vom Ende der Geschichte, weil sich westliche Werte von Demokratie und Marktwirtschaft überall durchgesetzt hätten. In diesem Sinne rief Präsident Bush (Vater) eine „neuen Weltordnung“ aus, in der die USA die Regeln festlegten und die Gesetze des Handelns bestimmten. Dabei ging es nicht nur um die Gestaltung der internationalen Beziehungen, sondern auch darum, wie die inneren Verhältnisse von Staaten gestaltet werden sollten. Mit verschiedenen Initiativen hinsichtlich „Regime change“ und „Nation building“ konnten nunmehr auch die inneren Angelegenheiten eines Landes zu militärischen Interventionen führen.

Dann kam es zu zwei entgegengesetzten Entwicklungen, die bis heute bestimmend sind: Mit der Globalisierung entstanden neue Machtzentren. Länder, die bisher nur eine untergeordnete Rolle spielten, wurden stärker. Brasilien, Russland, Indien China und Südafrika, eben die BRICS-Staaten, stehen für diese Entwicklung. Gleichzeitig setzten sich in den USA die Neo-Konservativen als bestimmende Kraft in der amerikanischen Außenpolitik durch. Ihre zentrale Forderung war und ist, dass die USA alles tun müssten, um die alleinige Führung in der Welt zu behaupten, auch mit militärischen Mitteln.

Aber warum sollten die neu aufstrebenden Staaten an einer Weltordnung festhalten, die, wie die Zusammensetzung des Sicherheitsrates zeigt, in einer Zeit gebildet wurde, als Indien noch eine britische Kolonie und ganz Nordafrika von Frankreich besetzt war? Damals erzeugte China gerade 2 % der Weltwirtschaftsproduktion, heute 20 %. Und Ende 2022 war die Wirtschaftsleistung der BRICS- Staaten mit 32,7 % der Weltproduktion bereits höher als jene der G7, also der sieben größten westlichen Industrieländer. Und während nach dem Zweiten Weltkrieg New York, London und Paris die größten Metropolen der Welt waren, scheint heute keine amerikanische oder europäische Stadt unter den 10 größten Millionen Städten der Welt auf.

4. Wird China die neue Führungsmacht?

In der Ausgabe vom 12. Mai 2023 stellt der „Economist“ die Frage, ob China bereits am Höhepunkt seiner Entwicklung angekommen ist und revidiert gleichzeitig Vorhersagen vergangener Jahre, wonach das „Reich der Mitte“ die USA vor allem wirtschaftlich bereits in den nächsten Jahren überholen würden. Wie immer man auch diese neue Beurteilung Chinas bewertet, Tatsache ist, dass das Land während der letzten vier Jahrzehnte einen eindrucksvollen Aufschwung genommen hat. Auch wenn die USA und Europa im gleichen Zeitraum wirtschaftlich ebenfalls stark zugenommen haben, sind sie gegenüber China relativ zurückgefallen. Dieser dramatische Aufstieg hat als Grundlage die wirtschaftliche Entwicklung, wirkt sich aber auch auf die militärische Stärke und auf die Fortschritte in den Bereichen Forschung und Entwicklung aus.

Im Jahre 1978 hat Deng Xiaoping begonnen, das Land zu modernisieren, wobei er durchaus westliche Vorbilder vor Augen hatte. Er proklamierte die Erneuerung Chinas in fünf Bereichen: Industrie und Landwirtschaft; Wissenschaft und Technik; sowie die Stärkung der Landesverteidigung. Deng proklamierte die Öffnung nach außen, anstelle der unter Mao praktizierten Autarkie. In Erinnerung an die Demütigungen, die das Land in früheren Zeiten durch den Westen erleiden musste, sollte eine Beziehung auf Augenhöhe mit anderen Großmächten treten. Diese Reformen haben bewirkt, dass in China ein Mittelstand und eine Zivilgesellschaft entstanden sind, ohne dass das Land jene demokratischen Institutionen übernommen hätte, wie manche im Westen geglaubt haben. Insgesamt kann man sagen, dass China selbstbewusster und nationalistischer geworden ist.

Von Bedeutung dabei ist, dass Peking mit Xi Jinping heute einen ausgesprochen machtbewussten Präsidenten hat, der gleichzeitig Generalsekretär der Kommunistischen Partei und auch Vorsitzender der Zentralen Militärkommission ist. Sein Machtbewusstsein kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass die bisherige Regelung, ein Präsident könne nur einmal wieder gewählt werden, aufgehoben wurde. Xi erklärte am 20. Parteitag der KP, China solle bis 2049 die führende Macht in der Welt werden.

Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas lässt sich mit Zahlen leicht belegen: Vor nur 20 Jahren lag sein Anteil an der Weltproduktion bei lediglich 3,6 %, heute bei 20 %. Entsprechend dramatisch war die Entwicklung der Exporte. Im Jahr 2000 betrugen diese \$ 253 Milliarden, 2021 bereits \$ 3553 Milliarden und 2024 3960 Milliarden \$. Das Handelsbilanz- Defizit zwischen den Vereinigten Staaten und China erreichte 2018 die Rekordsumme von \$ 419 Milliarden und ist dann bis 2024 auf \$ 296 Milliarden zurückgegangen. In diesem Jahr machten die chinesischen Exporte 20,7 % seines Bruttoinlandsproduktes aus. Damit wurde China für 128 Länder in der Welt der wichtigste Handelspartner. Im Jahre 2000 machten die Dollar- Reserven der chinesischen Nationalbank lediglich \$ 200 Milliarden aus, 2024 hingegen 3200 Milliarden \$. China hat Deutschland und die USA als Exportweltmeister abgelöst und wurde 2021 auch wichtigster Handelspartner der Europäischen Union.

Dramatisch waren auch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb Chinas. Hunderte Millionen von Menschen konnten aus der Armut geführt werden; im Jahre 2000 betrug das jährliche Durchschnittseinkommen eines Chinesen bei einem internationalen Konzern 3 % von dem eines Amerikaners auf einem vergleichbaren Arbeitsplatz; 2019 waren es 16 %. Heute leben 473 Milliardäre in China, was ein Fünftel dieser Einkommensgruppe weltweit bedeutet. Ihr gemeinsames Vermögen entspricht immerhin dem BIP von Südkorea.

Chinesische Unternehmen sind heute bereits Marktführer in wesentlichen Bereichen wie e-Commerce, bei der Solarenergie, bei Elektroautos; und sind sehr stark bei Robotern oder im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Ausdruck findet diese neue wirtschaftliche Stärke Chinas im gigantischen Projekt der „Neuen Seidenstraße“, der „One Belt, One Road Initiative“. Durch gigantische Investitionen in die Infrastruktur, in Eisenbahnen und Straßen, in den Ausbau von Häfen, soll China über Seewege und Straßen mit weiten Teilen der Welt verbunden werden. Dabei geht es auch um eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit mehr als 100 Ländern, um einen Abbau der Zollschränken und um eine Koordination der Wirtschaftspolitik. Manche sehen in diesem Projekt sogar den Versuch Pekings, ein eigenes Weltreich aufzubauen. Auch wenn ein derart gigantisches Projekt mit Rückschlägen verbunden sein muss, etwa dann, wenn eingebundene Länder ihre Schulden nicht bezahlen können, muss man doch damit rechnen, dass die durch die „Neue Seidenstraße“ ausgelöste Dynamik für China eine neue Dimension der internationalen Wirtschaftsbeziehungen eröffnet.

Was die militärische Stärke des Landes betrifft, so hat China in den letzten Jahren stark aufgerüstet. Liegen die Militärausgaben mit \$ 300 Milliarden im Jahr 2025 noch weit unter den \$ 900 Milliarden des amerikanischen Militärbudgets, so demonstrieren sie doch den Willen, militärische Herausforderungen anzunehmen. Und davon gibt es einige. Dass das Festland und Taiwan eine staatliche Einheit bilden, ist keine kommunistische Erfindung. Nach seiner Niederlage im Bürgerkrieg ist Tschiang Kai Tschek auf die Insel geflohen und hat darauf bestanden, dass nach wie vor das ganze Land im Parlament in Taipeh vertreten wird. Auch der Sitz bei den Vereinten Nationen war mit dem Anspruch, dass Taiwan ganz China vertritt, verbunden.

China ist seit 1964 eine Atommacht. Im Jänner 2014 hat die Volks- Befreiungsarmee die ersten über Schall- Raketen getestet und in den letzten Jahren wurden auch Flugzeugträger

gebaut. Peking beteiligt sich am Wettrüsten im Weltall und hat 2021 mehr Raketen ins All gestartet als die USA.

Seit Washington 1971 die Regierung in Peking anerkannt hat, ist es zu mehreren Entwicklungen gekommen: Taiwan entwickelte sich zunehmend zu einem Land mit größerer Selbstständigkeit, mehr Nationalbewusstsein und einer beeindruckenden wirtschaftlichen Stärke. Die USA fördern diese Entwicklung. Aber gleichzeitig betont der chinesische Präsident Xi, dass er die volle Wiedervereinigung anstrebt, ja dass die volle Eingliederung von Taiwan eine nationale Priorität darstellt. Unklar ist, wie weit die militärische Unterstützung der USA geht; sehr klar hingegen ist, dass die Auseinandersetzung um Taiwan ein ganz entscheidendes Ereignis bei der Entwicklung hin zu einer neuen Weltordnung ist.

Bei der Auseinandersetzung im Südchinesischen Meer geht es einmal um die Benützung von Inseln als Militärbasen, vor allem aber auch um die Souveränität über das eine Insel umgebende Meer. Ein vor einigen Jahren gefällter Schiedsspruch ist gegen Peking entschieden worden, und zwar mit der Begründung, dass die umstrittenen Spratley Inseln gar keine Inseln sind. Somit stellt sich die Frage, ab wann kann ein Streifen Land als Insel bezeichnet werden? Ein Völkerrechtler erklärte dazu, diese Frage könne ganz einfach beantwortet werden: „Mein Felsen im Wasser ist eine Insel, Deiner nur ein Steinehaufen“. Für Rechtsstreit in der Region und damit verbundenen Spannungen ist also auch in Zukunft gesorgt.

Seit Präsident Barack Obama seine „Hinwendung zu Asien-Politik“ ausgerufen hat, hat das politische und militärische Interesse für den gesamten Indo-pazifischen Raum enorm zugenommen. Betrug die Militärausgaben in Asien und im Pazifik im Jahr 2000 gerade 17,5 % der weltweiten Militärausgaben, so waren sie bis 2021 auf 27,7 % angestiegen, und das ohne die Einbeziehung Nordkoreas. Die USA haben ihrerseits mit Militärbündnissen zusammen mit den Quad-Staaten und im Rahmen von AUKUS geantwortet. Jedenfalls wird sich die Neuordnung der Welt in einem ganz entscheidenden Ausmaß auch im Indo-pazifischen Raum abspielen.

Wie hart der Technologiekrieg geführt wird, konnte man unlängst in der New York Times unter der Überschrift „The tech cold war is upending wireless carriers“ ⁽³⁾. Da konnte man lesen, dass in den USA ein „rip and replace“ Programm beschlossen wurde, wonach der „Federal Communication Commission“ die Aufgabe übertragen wurde zu überwachen, dass Mobilfunkanbieter im Telekommunikationsbereich überall chinesische Erzeugnisse herausnehmen und durch andere ersetzen. Die dafür zur Verfügung gestellten \$ 1,9 Milliarden reichen aber bei weitem nicht aus, wodurch sich diese Operation erheblich verzögert. Es ist vielleicht Zufall, dass auf derselben Seite unter der Überschrift „In China, another consulting firm raided“ berichtet wird, dass die chinesische Regierung es ausländischen Firmen erschwert, Daten zu speichern. Das natürlich auch aus Sicherheitsgründen.

Insgesamt kann man sagen, dass die USA heute nach wie vor politisch, militärisch und wirtschaftlich die stärkste Macht der Welt sind. Ohne Amerika können die Probleme der Welt nicht entschieden und nicht gelöst werden. Aber andererseits sind die USA in unserer multipolaren Welt nicht mehr in der Lage, alleine alle Probleme zu lösen. Dennoch hat man

immer wieder den Eindruck, dass sie auf diesem alleinigen Führungsanspruch bestehen. Das kommt auch immer wieder durch die Sprache zum Ausdruck, wenn von der „internationalen Gemeinschaft“ die Rede ist, wo Amerikaner und Europäer Entscheidungen treffen. Tatsächlich machet der Westen aber nur mehr 10 % der Weltbevölkerung aus. Die entscheidende Frage ist nun, wie lange andere Staaten diese Vorherrschaft noch akzeptieren.

Auf jeden Fall hat China, gestützt auf die neue wirtschaftliche Stärke, seinen Einfluss weltweit sehr stark ausgebaut. Peking verfügt über das größte Netz diplomatischer Vertretungen und hat sowohl in Afrika, als auch in Lateinamerika eine führende Rolle übernommen.

Betrug der Handel mit den Ländern Afrikas im Jahre 2000 lediglich \$ 12 Milliarden, so ist er bis 2023 auf \$ 282 Milliarden angestiegen. Damit wurde China für die meisten Länder des Kontinents der größte Handelspartner. Seit 2009 hat Peking in Afrika 6000 km Straße und Eisenbahnlinie gebaut; 20 Häfen; 80 Elektrizitätswerke; 130 Spitäler und 45 Stadien. Der große Unterschied zu westlichen Investoren: Die Nicht- Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Während die Europäer großen Wert auf „good governance“ legen und die Amerikaner vor Trump mit ihrer Entwicklungshilfe auch gesellschaftspolitische Vorstellungen verbunden haben, betont China, lediglich an den wirtschaftlichen Aspekten der Zusammenarbeit interessiert zu sein. Dass dabei, in Anbetracht des starken chinesischen Übergewichts, auch Bedenken hinsichtlich eines Neo- Kolonialismus geäußert werden, liegt auf der Hand.

Wie stark der chinesische Einfluss ist, sieht man vielfach auch in Lateinamerika. Ein Drittel der brasilianischen Exporte gehen nach China, das in Brasilien auch für ein Drittel der Direktinvestitionen aufkommt.

Eine wesentliche Rolle spielt auch, dass Peking die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten ausnutzen kann, um die politische Zusammenarbeit mit dem „Globalen Süden“ zu stärken. Dem Westen werden dabei „doppelte Standards“ vorgeworfen. Gegen Russland werden massive Sanktionen verhängt, Moskau wird für ein Vorgehen kritisiert, dass gegenüber Israel durchaus toleriert und in vielen Fällen auch unterstützt wird. Die Zukunft wird zeigen, wie sich die von Präsident Donald Trump gegen Länder auf der ganzen Welt verhängten Sanktionen und Strafzölle politisch auswirken. Wenn es das Ziel dieser Maßnahmen ist, die amerikanische Vorherrschaft weltweit zu sichern, dann könnte das Ergebnis durchaus auch ein anderes sein.

Dabei haben sich die sino-amerikanischen Beziehungen nach der Öffnung Pekings für beide Seiten zunächst sehr vorteilhaft entwickelt: das chinesische Wirtschaftswachstum konnte darauf aufbauen, dass chinesische Waren in den USA in riesigen Mengen verkauft wurden; China wiederum kaufte US- Schatzscheine, was wiederum den Dollar stützte. George Bush (Vater) schrieb Deng Xiaoping, dass er die Unterschiede der politischen Systeme anerkannte. Sein Nachfolger Bill Clinton sprach sogar von einer „konstruktiven strategischen Partnerschaft“. Unter der Präsidentschaft von Barack Obama gab es bereits Berichte von einer G2-Herrschaft, also von einer gemeinsamen chinesisch- amerikanischen Führung in der Welt.

Eine Änderung trat ein, als Obama begann, von einer „Neuorientierung nach Asien“ („Pivot to Asia“) zu sprechen. Manche gewannen den Eindruck, man wolle die amerikanische Öffentlichkeit auf eine Konfrontation mit China vorbereiten. Tatsächlich hat dann China bereits unter der ersten Präsidentschaft Trump den Terrorismus als größte Gefahr für die USA abgelöst. Trump gab Peking die Schuld dafür, dass die chinesischen Exporte in die USA dreimal so groß waren wie die amerikanischen nach China. Auch gab er dem „Reich der Mitte“ die Schuld für die Ent-Industrialisierung des eigenen Landes.

Donald Trump hat bei dieser Auseinandersetzung weite Teile der amerikanischen Öffentlichkeit hinter sich. Marco Rubio erklärte 2018 als Senator, dass die Vereinigten Staaten in ihrer ganzen Geschichte nie einen so mächtigen Gegner hatten wie es China heute darstellt. Und William Burns pflichtete als CIA- Direktor bei, wenn er sagte, China wolle in allen Bereichen eine neue internationale Ordnung etablieren. Bei dem nunmehr entfachten Wirtschaftskrieg ist, wie bei den meisten Kriegen, der Ausgang offen.

Der Kampf um die Zukunft hat jedenfalls schon begonnen, etwa im Bereich der Energiepolitik. Dazu brachten die New York Times einen Vergleich, in dem sie darstellten, wie stark China auf erneuerbare Energien ausgerichtet ist, während Donald Trump weiter auf Öl, Gas und Kohle setzt. Die USA sind die größten Ölproduzenten der Welt und exportieren auch die größten Mengen an Erdgas.

China hat im Jahre 2024 mehr Windräder und Solaranlagen erzeugt als der Rest der Welt zusammen. Chinesische Firmen bauen Elektroautos und Fabriken für Batterien in Brasilien, Thailand, Marokko, Ungarn und darüber hinaus. Gleichzeitig hat Präsident Trump erheblichen Druck auf Japan und Südkorea ausgeübt, um amerikanisches Erdgas nach Asien verkaufen zu können. Und General Motors hat einen Plan aufgegeben, in Buffalo E-Autos zu bauen und wird stattdessen um \$ 888 Millionen Dieselmotoren erzeugen. Insgesamt hat China um \$ 65 Milliarden Ionen- Batterien und um \$ 40 Milliarden Solaranlagen in andere Länder verkauft. Im selben Jahr beliefen sich die amerikanischen Erdölexporte auf \$ 117 Milliarden und jene vom Erdgas auf \$ 42 Milliarden ⁽⁴⁾.

China setzt also auf Elektrizität aus Sonne und Wind, einmal wohl, weil die Luftverschmutzung im Lande unerträglich wurde, aber auch, weil es in der Energieversorgung nicht nur vom Ausland abhängig sein will. Dabei verbrennt China immer noch mehr Kohle als der Rest der Welt und verschmutzt die Luft mehr als Amerika und Europa gemeinsam. Auch aus diesem Grund ist die Geschwindigkeit verständlich, mit der neue Energiequellen erschlossen werden. Auch für die Trump- Administration hat die Energiepolitik eine starke sicherheitspolitische Dimension. Dabei spielt auch eine Rolle, dass man sich von der unter Präsident Biden gemachten Politik deutlich unterscheiden will. Dass sich die weltweite Energieversorgung heute immer noch zu 80 % auf fossile Materialien stützt und es selbst 2050 noch 60 % sein werden, kann man wohl davon ausgehen, dass der Wettbewerb in diesem Bereich noch länger dauern wird.

Für Europa stellt sich die Frage, wie weit sich unsere Länder am Krieg der USA gegen China beteiligen sollen. Nachdem Amerika durch den Krieg in der Ukraine lange angestrebte Ziele verwirklichen konnte, wie etwa die Unterbindung der Energieimporte aus Russland nach Europa, werden bereits Stimmen laut, dieselbe Vorgangsweise gegenüber China anzuwenden. Taiwan wird aufgerüstet, die Militärbasen rund um China werden verstärkt, und

gleichzeitig wird den Europäern dringend geraten, die Wirtschaftsbeziehungen zu China „aus Sicherheitsgründen“ zu verringern. Professor Stephen Kotkin von der Princeton University ist einer der Wortführer dieser Politik, die in den USA zunehmend an Unterstützung gewinnt. Tatsächlich war in der Vergangenheit der Übergang von einer Weltordnung zur anderen stets durch Kriege und Konflikte geprägt. Die entscheidende Frage ist daher, ob uns auch jetzt ein großer Krieg bevorsteht.

ANMERKUNGEN

- (1) Wolfgang Windelband; Die auswärtige Politik der Großmächte in der Neuzeit (1494-1919) Berlin 1925
- (2) Le Monde diplomatique; Qui fabrique le droit international?; Mai 2023
- (3) The New York Times ; Mai 11th 2023
- (4) The New York Times; July 10th 2025

IV. DIE BEDEUTUNG VON RELIGION UND KULTUR IN DEN INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

Religion und Kultur haben in den internationalen Beziehungen immer eine wesentliche Rolle gespielt und diese in ganzen Epochen auch entscheidend geprägt. Von den Kreuzzügen bis zu den Religionskriegen war die Religion eine treibende Kraft der Auseinandersetzungen. Von den Perserkriegen in der Antike bis zum Kampf der Habsburger gegen die Türken haben Kriege entschieden, welchem Kulturkreis einzelne Völker angehören werden.

Auch im Kalten Krieg haben Religion und Kultur das Denken geprägt. Heute weiß man, dass etwa die „Documenta“ ganz bewusst in Kassel, nahe der DDR- Grenze angesiedelt wurde, damit die hier dokumentierte Freiheit der Kunst in den Osten ausstrahlt. Der US-Außenminister John Forster Dulles hat in den 1950er Jahren die Bedeutung des christlichen Glaubens im Kampf gegen die Sowjetunion hervorgehoben. Der Kampf gegen den Kommunismus wurde bis zum Ende des Kalten Krieges immer wieder als „Kreuzzug gegen das Böse“ dargestellt. Hier soll aufgezeigt werden, wie weit Religion und Kultur durch die Globalisierung eine neue Dimension erhalten haben.

Im September 2024 ist Papst Franziskus in vier Länder Südostasiens gereist. Das Ziel der Reise war, die katholische Gemeinde zu motivieren, für das Verständnis zwischen den Religionen sowie für den Frieden in der Welt einzutreten. So hat der Papst in der größten Moschee Jakartas einen „Tunnel der Brüderlichkeit“ besichtigt und dazu aufgerufen, dass sich Muslime gemeinsam mit Christen weltweit für Frieden und Dialog einsetzen. Tatsächlich haben Vertreter verschiedener Religionen immer wieder zusammengearbeitet, wie etwa bei einer Konferenz, die zum Thema Klimaschutz im Oktober 2021 unter dem Motto „Glaube und Wissenschaft“ im Vatikan abgehalten wurde.

1. Die Radikalisierung im Islam

Andererseits konnte man gerade während der letzten Jahrzehnte feststellen, dass viele Menschen die Globalisierung als eine vom Westen vorangetriebene Bedrohung erachteten und sich deshalb verstärkt auf die eigene Kultur und die eigene Tradition, und damit auch auf die Religion, besonnen haben. Deshalb kann man in den verschiedensten Regionen der Welt sehen, dass der Einfluss der Religion in Politik und Gesellschaft einzelner Länder gewachsen ist, sowohl was die Innenpolitik betrifft, als auch hinsichtlich der Beziehungen zu anderen Ländern.

Eine entscheidende Rolle dabei hat wohl gespielt, dass sich fundamentalistische Kräfte in den verschiedensten Strömungen des Islam durchgesetzt haben: 1979 wurde im Iran das korrupte und autoritäre, vom Westen unterstützte Regime des Schah gestürzt. Unter der Führung von Ajatollah Ruhollah Komeini wurde der Iran eine „Islamische Republik“. Diese Revolution hatte eine starke Ausstrahlung im ganzen Nahen Osten und darüber hinaus. Im selben Jahr hat der religiöse Fanatiker Dschuhaiman al-Utaibi den Überfall auf die Große Moschee in Mekka ausgeführt. Diese Revolte wurde blutig niedergeschlagen, wobei mehrere Hundert Menschen getötet wurden. 1981 wurde der ägyptische Präsident Anwar Sadat im Rahmen einer Militärparade von Moslembrüdern erschossen.

Nach der israelischen Invasion im Libanon 1982 hat der schiitische Milizverband Hisbullah an Stärke gewonnen und einen Dschihad gegen Israel und den Westen geführt. Dabei wurden 1983 eine Kaserne der US-Marins bombardiert, ein TWA Flugzeug entführt und in Beirut wurden westliche Geiseln genommen. Die religiös fundierte Auseinandersetzung erreicht einen neuen Höhepunkt im Konflikt über das Buch „Satanische Verse“ von Salman Rushdie. Auf Rushdie wurde ein Kopfgeld ausgesetzt und Ayatollah Komeini hat über ihn in einer Fatwa das Todesurteil verhängt. Nachdem die FIS (Front Islamique du Salut)-Partei 1991 in Algerien die allgemeinen Wahlen gewonnen hatte, schritt die Armee ein und es kam zu einem blutigen Bürgerkrieg. Anschläge in Ägypten waren nicht nur gegen das Regime von Husni Mubarak gerichtet, sondern auch gegen ausländische Touristen.

Mit der Intifadah von 1987 erreichte die Konfrontation mit Israel einen neuen Höhepunkt, als die Hamas und der Islamische Jihad in die Kämpfe eingegriffen. In Afghanistan wiederum wurden islamische Kämpfer gegen die Sowjetunion von den USA unterstützt. Nach dem Sieg der Taliban musste das ganze Land die strikten Regeln islamischer Gesetze befolgen. Auch in Bosnien kämpften militante Moslems gegen Serben, NATO-Bombardements erreichten 1999 die Unabhängigkeit des Kosovo. Ebenfalls 1999 führte die Invasion militanter Islamisten im indischen Teil von Kaschmir zu einem Krieg zwischen Indien und Pakistan. In Saudi-Arabien, Ägypten und Nordafrika versuchten militante Islamisten immer wieder, die jeweiligen Regime zu destabilisieren, wobei die von Osama bin Laden geführten Truppen immer wieder in Erscheinung traten. Die Bestrebungen von Moslems, von Nigeria bis zu den Philippinen islamische Gesetze durchzusetzen, führte zu Spannungen sowohl mit Christen als auch mit Regierungen, die diesen Kurs nicht unterstützten.

Diese Liste könnte man weiter fortsetzen. Seit den Hamas- Anschlägen vom 7. Oktober 2023 haben die Kriege im Nahen Osten eine neue Dimension erhalten. Dabei spielen neben der Religion zweifellos auch machtpolitische und geopolitische Komponenten eine Rolle. Aber

gerade deshalb, weil manche glauben, „im Namen Gottes“ zu kämpfen, haben die Auseinandersetzungen eine neue Radikalität erreicht.

2. Wie kam es zu dieser neuen Radikalität?

Schon der große Dichter Alexander Puschkin hat die Meinung geäußert, Gewalt sei dringend notwendig, um dem Westen ähnlich zu werden. Genauso gibt es die Überzeugung, man müsse Gewalt anwenden, um nicht wie der Westen zu werden. Nach der Entkolonialisierung wurde den „Entwicklungsländern“ das westliche Modell der wirtschaftlichen Entwicklung als goldene Regel präsentiert. In wenigen Entwicklungsdekaden, so die Meinung vieler Experten, sollte ein weltweit einheitliches Niveau erreicht werden. Dabei wurde wenig bedacht, dass dieser Fortschritt oft mit schmerzhaften Veränderungen, mit der Aufgabe traditioneller Gewohnheiten, ja mit Entwurzelung verbunden sein konnte. Im Zuge der Urbanisierung zogen Massen von Menschen aus ihrer ländlichen Heimat in die Großstädte, „wo sie ihre Wut letztlich auf den modernisierenden Westen und seine Vertreter in den muslimischen Ländern richteten“ ⁽¹⁾. Als Beispiel dafür führt Pankaj Mishra einen jungen Mann aus der Kairoer unteren Mittelschicht, Mohammed Atta, an. Für ihn wurde die Zerstörung der Wolkenkratzer in New York eine Mission, die dazu dienen sollte, die Macht des Islam zu demonstrieren.

Die noch in der Zeit des Kalten Krieges entworfenen Modelle der Entwicklungshilfe haben jedenfalls bei weitem nicht den Erfolg gebracht, den sich Experten erhofft hatten. In seinem Roman „Westoxification“ hat der iranische Intellektuelle Jalal al-e Ahmad dargelegt, dass die Nachahmung des Westens zum Nachteil des Islam und zu einem Verlust der islamischen Kultur führt. Nun war die Religion oft die einzige Möglichkeit für die Opposition in einem autoritären Land, sich gegen die eigenen Autokraten und gegen die Einflüsse des Westens zu stellen.

Das war zweifellos im Iran der Fall. Im Gegensatz zu der vom Schah propagierten Modernisierung, war das Leben der Menschen in den Slums von Teheran von Entwurzelung und Armut geprägt. Aus den verschiedenen Berichten der Vereinten Nationen über „Human Development“ wissen wir, dass die Lebensqualität in den islamischen, vor allem in den arabischen Ländern, in den verschiedensten Bereichen starke Mängel aufweist. Max Weber wiederum hat den Zusammenhang zwischen Religion einerseits, Industrialisierung und wirtschaftlicher Entwicklung andererseits, aufgezeigt. Jedenfalls stellt Francis Fukuyama, der einmal das Ende der Geschichte ausgerufen hat, die Frage, ob etwas am Islam ist, dass die muslimische Gesellschaft besonders resistent für die moderne macht ⁽²⁾.

Seit Montesquieu seine „Perserbriefe“ geschrieben hat, haben sich zahlreiche Denker damit befasst, worin sich der weitgehend islamischen Orient vom christlichen Abendland unterscheidet, unsere Gesellschaft, unsere Denkweise. Interessant ist, dass viele Menschen gerade in einer Zeit der Globalisierung bestrebt sind, zu den eigenen Wurzeln (auf Latein „radix“) zurückzukehren. Eine wesentliche Rolle dabei spielten wohl die Kriege, die im Nahen Osten mit der Gründung Israels 1948 ausgebrochen sind. War die Politik ursprünglich auf beiden Seiten von nationalistischen Ideen geprägt, so ist eine weitere Radikalisierung dadurch eingetreten, dass auf beiden Seiten Entscheidungsträger die Politik bestimmten, die sich immer mehr auf ihre Religion berufen haben. Dort, wo sie alle dem „Wort Gottes“ folgen, ist der Einsatz von Gewalt gerechtfertigt, sind Kompromisse nur schwer möglich.

3. Die Religion als politische Kraft

Samuel Huntington hat mit seiner Theorie vom „Clash of Civilizations“ insofern Recht behalten, als die im Kalten Krieg dominierende Auseinandersetzung zwischen Ideologien in verschiedenen Weltgegenden von einer Politik abgelöst wurde, die Religion mit Nationalismus und Machtpolitik vermischt. Man muss nicht weit zurückgehen in der Geschichte, um die Religion als treibende Kraft für politische Kämpfe auszumachen. In den 1960er Jahren unterstützten katholische Theologen die „Befreiungsideologie“ in Südamerika. Guerilla-Kämpfer in Kolumbien, Nicaragua und Salvador haben sich darauf berufen. Religion spielte auch eine Rolle bei den verschiedenen Krisen in buddhistischen Ländern, etwa in Sri Lanka, im Bürgerkrieg zwischen Buddhisten und separatistischen Tamil-Hinduisten. In Burma verteidigt eine Militärjunta einen buddhistischen Nationalismus gegen religiöse Minderheiten, insbesondere gegen Muslime.

In Indien ist es das Ziel von Ministerpräsident Narendra Modi, mit den mächtigsten Ländern gleichzuziehen und für sein Land international eine besondere Stellung zu erlangen. Indiens Macht und Größe soll anerkannt werden. Dabei stützt er sich auf einen Hindu-Nationalismus, der sich auf Großtaten in der Vergangenheit beruft und Indien heute als „Lehrmeister der Welt“ präsentiert. Nach Jahrhunderten der Knechtschaft unter muslimischer und britischer Vorherrschaft hat Indien unter Berufung auf die eigene Tradition neues Selbstbewusstsein gefunden.

Aber warum sollte Indien zurückbleiben, wenn andere Großmächte mit religiösem Eifer ihre besondere Rolle hervorheben. In den Vereinigten Staaten geht der „American Exceptionalism“, also der Glaube daran, dass die Amerikaner ein von Gott auserwähltes Volk sind, zurück auf die Gründungsväter. Moskau hat sich immer wieder als „Drittes Rom“ gesehen, um den eigenen Machtanspruch zu untermauern. Nach Rom und Byzanz war es demnach an Moskau, ein universales Erbe anzutreten. Somit war es durchaus politisch motiviert, wenn in der Ukraine die an Moskau orientierte orthodoxe Kirche verboten wurde. Und wenn sich China als „Reich der Mitte“ bezeichnet, dann offensichtlich deshalb, weil sich das Land eben im Mittelpunkt der Welt sieht. Diese Vorstellungen sind entweder überhaupt religiös begründet oder vermitteln zunächst ein quasi-religiöses Sendungsbewusstsein.

Wenn Religionen also entscheidend dazu beitragen, die Identität von Nationen zu bestimmen und damit die Unterschiede zwischen Staaten hervorheben, so sollte man auch eine ganz andere Rolle, die sie einnehmen, erwähnen: ihr humanitäres Engagement. Zahlreiche christliche und jüdische Organisationen sind in karitativen Bereichen tätig oder versuchen, zwischen Streitparteien zu vermitteln. Islamische Hilfsorganisationen sind aktiv bemüht, die Lebensbedingungen von Gläubigen zu verbessern, manchmal in Verbindung mit der Durchsetzung politischer Programme⁽³⁾. Gemeinsam treten Vertreter verschiedener Religionen immer wieder gegen Krieg, Gewalt oder die Verbreitung von Atomwaffen auf. Aber insgesamt kann man wohl sagen, dass der Zustand der Welt, mit Kriegen und Krisen auf allen Kontinenten, nicht dem entspricht, was die verschiedenen Religionen als ihr Ideal anstreben.

4. Der politische Einfluss der Evangelikalen

In der Geschichte der christlichen Kirchen hat es immer wieder Perioden gegeben, in denen Menschen eine besondere persönliche Beziehung zu Gott gesucht und gefunden haben. In diesem Sinne sind in den letzten Jahrzehnten auch die evangelikalen in Erscheinung getreten. Diese besondere Begegnung mit Jesus, oft als Bekehrung gesehen, war dann die Grundlage für ein besonderes, messianisches Sendungsbewusstsein. Die Bibel wurde wörtlich ausgelegt, der religiöse Eifer zielte sowohl auf die Bekehrung anderer, aber auch auf die Durchsetzung gesellschaftspolitischer, selbst internationaler Ziele.

Manche Quellen zählen ein Viertel aller Christen auf der ganzen Welt, das wäre eine halbe Milliarde Menschen, zu den Evangelikalen ⁽⁴⁾. Tatsächlich findet man Evangelikale in verschiedenen Kirchen, bei den Presbyterianern genauso wie bei den Methodisten oder bei den Heiligen der Letzten Tage. Entscheidend ist das Engagement für den Glauben, auf die Ausrichtung der Politik. Dabei gibt es wieder die verschiedensten Strömungen. Während sich die einen auf die private Frömmigkeit konzentrieren, steht bei den anderen das politische Engagement im Vordergrund. Da die Evangelikalen über verschiedene Kontinente verstreut sind, hängt ihr Einfluss oft davon ab, von welcher Persönlichkeit die lokalen Kirchen angeführt werden.

In diesem Sinne fand etwa Billy Graham als „Erweckungsprediger“ in den USA, aber weit darüber hinaus, ein starkes Echo bei Millionen von Menschen. In Washington hat er mehrere amerikanische Präsidenten beraten, er galt als moralische Autorität. David Yonggi Cho hat in Südkorea eine „Megakirche“ gegründet, wobei er sich von den Gedanken der ersten Christen beeinflussen ließ. David Oyedipo hat in Nigeria vor Jahrzehnten eine „Megachurch“ gegründet, erwarb das „Dominion Publishing House“ und ist als Berater verschiedener afrikanischer Präsidenten aufgetreten.

Ganz entscheidend war in den letzten Jahrzehnten immer wieder der politische Einfluss der Evangelikalen in den USA. So glaubte George W. Bush, er wäre von Gott berufen, seit er seine Abhängigkeit von Alkohol überwunden hatte. Auf die Frage, ob er vor dem Einmarsch in den Irak seinen Vater George sen. um Rat gefragt hat, war die klare Antwort: „Ich frage nur meinen Vater im Himmel um Rat“. Sehr deutlich wurde der Einfluss der christlichen Zionisten während der gesamten Amtszeit von Donald Trump. Die Verlegung der israelischen Hauptstadt nach Jerusalem, die Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran, die Anerkennung der Siedlungspolitik, all diese Entscheidungen lagen auf dieser Linie. Die internationalen Beziehungen sind sicherlich dadurch nicht einfacher geworden, dass sich führende Politiker in ihren Entscheidungen auf den Willen Gottes berufen.

5. Der religiöse Nationalismus von Narendra Modi

Heute ist Indien mit über 1,4 Milliarden Einwohnern der bevölkerungsreichste Staat der Welt. 80 % der Einwohner sind Hinduisten, 13,4 % Moslems. Obwohl der Subkontinent anlässlich der Unabhängigkeit 1947 nach religiösen Kriterien geteilt wurde, sind die 170 Millionen Moslems in Indien immer noch die zweitgrößte islamische Gemeinschaft in der Welt, nach Indonesien. Nach blutigen Kämpfen, die 10 Millionen Flüchtlinge und 1 Million Opfer verursachten, errichteten Moslems in Pakistan eine „Islamische Republik“. Indien gilt seither als „bevölkerungsreichste Demokratie der Welt“. Die Unabhängigkeit von England wurde

einerseits vom Indian National Congress betrieben, andererseits von der All-Indian Moslem Ligue.

In einem 1923 veröffentlichten Buch prägte Vinayak Damodar Savarkar den Begriff „Hindutva“, wobei es ihm darum ging, dass alle Hindus unter demselben nationalistischen Banner vereinigt werden sollten. Savarkar kam wegen seiner radikalen Theorien zunächst mit dem Gesetz in Konflikt und ins Gefängnis, aber seine Lehren fanden über die Jahre immer mehr Anhänger. Indien sollte nur für gläubige Hindus eine Heimat sein, lautete die radikale Botschaft dieses religiös geprägten Nationalisten. Indien wurde dann während der ersten Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit von der Congress- Partei regiert, 1998 gewann die Bharatiya Janta Party (BJP) zum ersten Mal die Wahlen. Diese Partei hat „Hindutva“ in das offizielle Parteiprogramm aufgenommen.

Selbst 2014 führt Ministerpräsident Modi die indische Regierung auf der Basis dieses religiösen Nationalismus. Muslime und Christen werden, oft mit Gewalt, unterdrückt. Es gibt paramilitärische Vereinigungen, die im ganzen Land eine Gefolgschaft haben. Sie kämpfen für den Schutz der Heiligen Kühe, was die muslimische Gemeinschaft auch wirtschaftlich trifft. Die Milizen agieren auch als Sitten Polizei, die darauf achtet, dass sich alle den Hindu-Vorschriften entsprechend verhalten. Schließlich will man jene wieder für den Hinduismus gewinnen, deren Vorfahren, so nimmt man an, einmal diesen Glauben hatten ⁽⁵⁾. Jedenfalls hat Ministerpräsident Modi viele Wünsche seiner Anhänger erfüllt. Er hat einen Hindu- Tempel in Ayodhya dort gebaut, wo früher eine Moschee stand. Regionen mit einer muslimischen Mehrheit haben ihre Autonomie verloren. Dabei kann Indien weiter auf die volle Unterstützung des Westens zählen, da das Land im weltweiten Machtkampf als Gegenpol zu China gesehen wird.

6. Die Kulturen in einer globalen Welt

Wenn Menschen durch ihre Religion in ihrer Haltung zu den Auswirkungen der Globalisierung nicht unwesentlich beeinflusst werden, stellt sich auch die Frage, wie sich die Globalisierung auf die verschiedenen Kulturen ausgewirkt hat. Einerseits wurden Menschen näher zusammengebracht, Weltstars haben Anhänger in den verschiedensten Winkeln der Erde gefunden; andererseits sind dadurch neue Herausforderungen für hergebrachte Sitten und traditionelle Lebensweisen entstanden. Damit verbunden war die Frage, was in einer Kultur erhalten bleiben konnte, was verloren ging. Dazu kommt noch, dass die einen eine multikulturelle Gesellschaft anstreben, während die anderen in traditionelle Werte flüchten und Multikulturalität ablehnen. Wenn die westliche Kultur Jahrhunderte lang auch andere Kontinente dominierte, dann gibt es jetzt schon deswegen Gegenbewegungen, weil andere Kulturen durch den wirtschaftlichen Aufschwung in ihrem Land gestärkt wurden. Dabei kann Multikulturalität einmal bedeuten, dass mehrere Kulturen in einer Region nebeneinander existieren, aber auch, dass Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen an einem Ort zusammenleben.

In Kanada etwa ist der Multikulturalismus eine inoffizielle Staatsideologie. Das Land ist stolz darauf, dass etwa in Toronto Menschen aus über 100 Nationalitäten zusammenleben. Offiziell hat jeder auch das Recht, nach Kanada einzuwandern. Die kulturelle Vielfalt des Landes spiegelt sich auch in den politischen Institutionen wider. Tatsächlich gibt es diese Vielfalt in Kanada, wobei sich allerdings auch die Frage erhebt, wie weit Multikulturalität in

der Praxis über eine folkloristische Tradition hinausgeht. Denn nach den geltenden Gesetzen kann nur einwandern, wer den genau festgelegten Anforderungen entspricht und es ist selbstverständlich, dass ein jeder ab dem ersten Tag seines Aufenthaltes eine offizielle Sprache, also Englisch oder Französisch, lernt.

Weit über Kanada hinaus haben zahlreiche internationale Organisationen und unzählige NGOs dazu beigetragen, dass weltweit einheitliche Standards durchgesetzt wurden. Die Vereinten Nationen haben 1992 die „Declaration on the Rights of Persons belonging to National or Ethnic, Religious and Linguistic Minorities“ angenommen. Die UNESCO und die International Labour Organization haben für ihre Bereiche analoge Regelungen erlassen. Auch die Weltbank hat Bestimmungen zum Schutz von Minderheiten festgelegt. Regionale Organisationen, allen voran der Europarat, haben ebenfalls Richtlinien zum Schutz von Volksgruppen, Migranten, Frauen und Kindern erlassen. Auch wenn es umstritten ist, wie weit diesen Abkommen Gesetzeskraft zukommt, insgesamt haben sie dazu beigetragen, dass Regierungen dahingehend zur Verantwortung gezogen werden, wie weit sie festgelegte Normen einhalten. ⁽⁶⁾.

Die multikulturelle Lebensweise hat sich vor allem in den großen Metropolen, von New York bis Moskau und von London bis Berlin durchgesetzt. Dabei hat man bei den Unruhen in Großbritannien im Sommer 2024 gesehen, dass Zuwanderung selbst in traditionellen Demokratien ein Thema sein kann und dass lokale Zwischenfälle Unruhen im ganzen Land auslösen können. Aber angesichts der sehr unterschiedlichen demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt kann man davon ausgehen, dass die große Völkerwanderung weitergehen wird. Damit verbunden ist eine Ausbreitung der Kulturen, die Kontinente-übergreifend ist.

7. Regionale Kulturen mit einer weltweiten Ausstrahlung

Wenn manche geglaubt haben, die Globalisierung würde zu einer weltweiten Einheitskultur führen, dann hat sich diese Vorstellung als nicht richtig erwiesen. Richtig ist, dass ein Super-Star wie Taylor Swift bei einem Aufenthalt in Wien für ein Konzert mehrere Stadien füllen kann. Richtig ist aber auch, dass es regionalen, ja nationalen Kulturen, aufgrund der weltweiten Vernetzung gelungen ist, auf allen Kontinenten Anhänger zu finden. Künstler und Musiker, Schauspieler und Sänger haben plötzlich in den verschiedensten Teilen der Welt ihr Publikum gefunden.

Nur ein Beispiel dafür ist etwa der K-Pop, die südkoreanische Form der Pop-Musik. Aber auch der südkoreanische Gesundheitsroman hat die Welt im Sturm erobert. Das sind etwa Bücher über Burnout und wie man dieses Leiden überwinden kann. Durch die Covid-Epidemie sind diese Romane Bestseller im ganzen anglo-sächsischen Raum geworden. Aber auch Afrobeats, die westafrikanische Pop-Musik ist weit über den Kontinent hinaus nach Europa vorgedrungen. Aber auch die in Indien produzierten Film-Romanzen haben weltweite Fans gefunden. Die Pop-Kultur wurde multipolar.

In den verschiedensten Teilen der Welt haben sich kulturelle Zentren gebildet, die eine weltweite Ausstrahlung haben. Eine vom Economist durchgeführte Studie zeigt folgendes Bild: die Länder der OECD haben 2020 nur mehr 25 % ihrer Filme, Radio-und Fernseh-Sendungen aus den USA eingeführt, während es 2010 noch 40 % waren. Was die Songs

betrifft, die vom 2017-2021 über Spotify gestreamt wurden, so war eine Mehrzahl von 47 % noch auf Englisch. Aber in Ländern mit einer eigenen starken Musikindustrie, wie Indien, Indonesien oder Südkorea, ist der Anteil der englischsprachigen Lieder von 52 % auf 31 % gefallen. In Spanien und Südamerika gab es einen Rückgang von 25 % auf 14 %. Lokale Künstler und Musiker, die in spanischer Sprache auftraten, haben andere verdrängt ⁽⁷⁾.

Wie war das möglich? Länder konnten sich wirtschaftlich global durchsetzen und wurden reicher. In diesem Rahmen wurde auch mehr Geld für die lokale Kultur für Filme und Musik ausgegeben. Mehr Künstler haben sich engagiert und haben mehr Selbstbewusstsein gewonnen. Das Internet hat dazu beigetragen, dass durch die weltweite Vernetzung ganz neue Möglichkeiten entstanden sind, neue Interessenten zu erreichen. Weltweit agierende Medienunternehmen wie Netflix oder Spotify haben entscheidend dazu beigetragen, dass Grenzen ihre trennende Wirkung verloren haben.

8. Können sich westliche Werte weltweit durchsetzen?

Angesichts dieser Entwicklung, dass Religion und Kultur die Eigenständigkeit von Regierungen oder Nationen in manchen Teilen der Welt fördern können, erhebt sich die Frage, ob es möglich ist, „westliche Werte“ weltweit durchzusetzen. Damit verbunden ist eine weitere Frage: Kann man die Menschenrechte, die neue Religion des Westens, in der vom Westen gewünschten Form, etwa durch „humanitäre Interventionen“ überall verbreiten? In Asien etwa hat man immer wieder betont, dass die wirtschaftlichen Erfolge in Singapur, in Malaysia oder in anderen Ländern auf das auf „asiatischen Werten“ begründete Leistungsbewusstsein zurückzuführen sind.

Es hat sich auch immer wieder gezeigt, dass der Versuch, westliche Ideen „von oben“ in anderen Kulturen umzusetzen, nur ein beschränkter Erfolg beschieden war. Mustafa Kemal Atatürk ist es gelungen, die Türkei nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches nach dem Muster eines westlichen Staates auszurichten. Aber jetzt, bald 100 Jahre später, sieht man, dass auch in der Türkei eine „religiöse Wiederbelebung“ stattfindet. Gamal Abdel Nasser hat Ägypten im Sinne eines „arabischen Sozialismus“ aufbauen wollen und die Muslimbrüder verfolgt, manche sogar hinrichten lassen. Doch nach dem „Arabischen Frühling“ hat sehr wohl diese religiöse Gruppe bei den Parlamentswahlen die Mehrheit errungen. Auch die Versuche der Amerikaner in Afghanistan und im Irak durch „State-building“ oder „Democracy-building“ westliche Systeme zu etablieren, sind gescheitert.

Die Sicht des Westens von Demokratie, Trennung von Kirche und Staat, Individualismus und Pluralismus wird offensichtlich im chinesischen Kulturkreis, von Buddhisten, Hindus und Moslems nicht voll und ganz geteilt. Zweifellos gibt es auch in diesen Kulturkreisen Menschen, die sich zur westlichen Lebensweise bekennen. Aber, wie die Wahlerfolge von Fundamentalisten immer wieder zeigen, ist das oft nur eine Minderheit. Zu tief sind grundsätzliche Auffassungsunterschiede, die etwa das Diesseits und das Jenseits betreffen, die Rolle von Mann und Frau, von Staat und Gesellschaft, von Autorität und Familie. Verhaltensweisen, die sich über Jahrhunderte entwickelt haben, können eben nur sehr schwer geändert werden ⁽⁸⁾.

Die Bedeutung der Religionen in der Welt hängt heute und in der Zukunft auch von der demographischen Entwicklung ab. Diese geht dahin, dass der Anteil des Islam größer wird.

2020 machten die Christen 31 Prozent der Weltbevölkerung aus, der Islam 25 % und der Hinduismus 15 %. Bis 2050 wird sich das Stärkeverhältnis dahingehend verschieben, dass die Christen mit 31,4 % weiter die Mehrheit darstellen, die Moslime aber bereits 29,7 % ausmachen, die Hindu 15 %, obwohl ihre Zahl von 1161 Millionen im Jahr 2020 auf 1384 30 Jahre später ansteigt. 2050 werden also in der Welt 854 Millionen Muslime mehr leben als heute, was einen Anstieg von 45% bedeutet. Die Zahl der Christen wird im selben Zeitraum um 22 % steigern, was dem durchschnittlichen Zuwachs der Welt-Bevölkerung entspricht ⁽⁹⁾.

Was die Gestaltungskraft der Religionen betrifft, so spielen sowohl die Migration, als auch der sehr unterschiedliche Grad an Religionsfreiheit in einzelnen Ländern eine Rolle. Millionen von Muslime zogen in Länder mit traditionell christlicher Tradition. Dort können Sie nicht nur ihre Religion frei ausüben, sie gestalten ihr Leben weitgehend nach den eigenen Rechtsvorstellungen der Scharia. Umgekehrt kann aber für Christen die Ausübung ihres Glaubens in einem islamischen Land lebensgefährlich sein.

Das ist eine Entwicklung, die schon vor Jahrzehnten begonnen hat. Die christlichen Minderheiten im Nahen Osten wurden dezimiert; Juden aus den arabischen Ländern vertrieben; während die islamische Bevölkerung im Westen gleichzeitig stark angewachsen ist. Insgesamt kann man also sagen, dass der Islam dabei ist, aufgrund der demographischen Entwicklung einerseits, ergänzt durch die Migrationsbewegungen, geopolitisch an Einfluss zu gewinnen. Denn selbst wenn der Anteil der Christen weitgehend gleich bleibt, muss man feststellen, dass der Westen immer stärker säkularisiert wird.

Unter diesen Umständen stellt sich die Frage, wie weit westliche Werte von Menschen anderer Kulturkreise angenommen werden. Das wiederum hängt auch davon ab, ob der Westen entsprechend den selbst gesetzten Standards handelt oder nicht. Wenn zu oft mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen wird oder überhaupt je nach politischer Opportunität unterschiedliche Maßstäbe angelegt werden, dann darf man sich nicht wundern, dass „westliche Werte“ an Attraktivität verlieren. Jedenfalls sollten alle bemüht sein, durch eigenes Handeln zu überzeugen, wie es Europa mit seinem Friedensprojekt die längste Zeit gelungen ist. Es wäre angebracht, zu diesem Friedensprojekt zurückzufinden.

ANMERKUNGEN

- (1) Pankaj Mishra; Das Zeitalter des Zorns-Eine Geschichte der Gegenwart; Frankfurt am Main, 2024
- (2) Francis Fukuyama; Le Debut de L'Histoire, Paris 2012
- (3) DIPLOMATIE Avril-Mai 2024 ; Géopolitique der religions ; La place de la religion dans les relations internationales : un retour durable
- (4) Diplomatie Nr. 48 ; Janvier/ Février 2011 ; Les Soldats de Dieu Géopolitique des Evangeliques
- (5) Diplomatie Nr. 93 ; Juillet/Aout 2018 ; Guerres De Religions-Mythe ou Realite
- (6) Will Kymlicka ; Multicultural Odysseys ; Oxford 2007
- (7) The Economist; Capitals of Cool-How pop culture went multipolar; Octobre 8th 2022
- (8) John Baylis & Steve Smith; The Globalization of World Politics; Oxford 2001
- (9) DIPLOMATIE Avril-Mai 2024; Géopolitique des religions

V. WAS WURDE AUS DER GLOBALISIERUNG?

Von der Kooperation zur Konfrontation

Das entscheidende Ergebnis der Globalisierung, die nach Beendigung des Kalten Krieges einsetzte, ist wohl die neue Weltordnung, die nunmehr entstanden ist. Immer wieder hat es in der Geschichte Entwicklungen gegeben, die die Welt näher zusammengeführt haben, von den großen Entdeckungen um 1500 bis zur industriellen Revolution im 19. Jahrhundert. Aber als der Harvard- Professor Ted Levitt 1983 diesen Begriff „Globalisierung“ gebrauchte, dann nahm er Bezug auf die weltweite Öffnung der Finanzmärkte und den rasant steigenden internationalen Warenaustausch. Eine dramatische politische Veränderung, die Auflösung des kommunistischen Blocks, ging Hand in Hand mit gewaltigen technischen Neuerungen. Neue Technologien ermöglichten eine gänzlich neue Kommunikation, Transportkosten vielen dramatisch und ausländische Direktinvestitionen erreichten neue Höchstwerte, von \$ 310 Milliarden zu Beginn der 1990er Jahre auf 1003 \$ 100 Milliarden im Jahre 2023.

Durch diese Globalisierung zeigte die Welt der Staaten des 20. Jahrhunderts zunächst eine starke Tendenz zum Weltstaat, um dann nationalstaatlichen Tendenzen wieder einen starken Auftrieb zu geben. Man könnte fast von einer „Dialektik der Globalisierung „ sprechen. Durch die Globalisierung hatten einige Staaten einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung, gewannen eine neue Dynamik, und waren nicht mehr ohne weiteres gewillt, die bestehende, nach 1945 geschaffene, internationale Ordnung in gewohnter Weise hinzunehmen. Dadurch entstanden neue Konfrontationen.

Dies insbesondere auch deshalb, weil führende Kreise in den USA, etwa die Neokonservativen, nach dem Sieg im Kalten Krieg die amerikanische Weltherrschaft festigen und ausbauen wollten. Gleichzeitig wurde aber China eine wirtschaftliche Weltmacht, die damit auch politische Ambitionen verbunden hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die jetzige Weltordnung geschaffen wurde, produzierten die USA alleine 60 % der Welt - Wirtschaftsleistungen; China hingegen nur ein Prozent. Heute erreichen beide Länder um die 20 % des Welt-BIP. Noch im Jahr 2000 erwirtschaftete die USA und ihre Verbündeten etwa drei Viertel der Welt- Industrieproduktion; China hingegen nur 6 %. In der Zwischenzeit ist China die „Werkstatt der Welt“ geworden und wird im Jahre 2030 45 % der Welt- Industrieproduktion erzeugen, weit mehr als die USA und ihre Verbündeten zusammen. Ob man es will oder nicht, eine neue Welt- Wirtschaftsordnung gibt es bereits.

Auch andere Entwicklungen haben die Gegebenheiten in unserer Welt entscheidend geprägt: 1950 lebten noch 28,5 % der Menschen in Europa und Nordamerika, in Afrika hingegen nur 9 %. In einer Generation wird ein Viertel der Menschheit in Afrika leben, in Europa und den USA hingegen gerade noch 10 %.

Es gibt aber auch bereits eine neue politische Ordnung in der Welt. Während die 1945 geschaffenen Vereinten Nationen und die damit verbundenen Wirtschaftsorganisationen wie Weltbank und Währungsfonds noch ausschließlich vom Westen dominiert waren, ist es heute nicht mehr tragbar, dass das bevölkerungsreichste Land der Welt, Indien, keinen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO hat, genauso wenig wie irgendein afrikanischer Staat. Während der letzten Jahrzehnte haben die USA zwar versucht, inspiriert vom „american Exceptionalism“, durch „Regime change“, „Democracy building“ oder durch „humanitäre Interventionen“ ihr Wertesystem weltweit auszudehnen. Tatsächlich ist aber

immer stärker eine Situation entstanden, die eher als „The Rest against the West“ bezeichnet werden könnte. Ohne Unterstützung des „Globalen Südens“ hätte Russland jedenfalls die während der letzten Jahre gegen das Land verhängten Sanktionen kaum überstanden. Und wenn heute der Westen von sich als „internationale Gemeinschaft“ spricht, dann muss man sich der Tatsache bewusst sein, dass diese eben gerade noch 10 % der Weltbevölkerung vertritt.

Es ist auch eine neue kulturelle Ordnung in der Welt entstanden, die stark an die Theorie des „Clash of Civilizations“ von Samuel Huntington erinnert. Als die wirtschaftliche Globalisierung mit aller Macht einsetzte, haben manche geglaubt, die ganze Welt würde auch das westliche Wertesystem übernehmen, also die nach der Aufklärung entstandenen Vorstellungen von individuellen Rechten, von persönlicher Freiheit und der Rolle von Frau und Familie in der Gesellschaft. Tatsächlich haben an der Verfassung der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ nur Experten teilgenommen, die vom westlichen Kulturkreis geprägt waren.

Aber in dem Ausmaß, in dem Länder durch die Globalisierung wirtschaftlich stärker und politisch selbstbewusster wurden, haben sie auch verstärkt die eigene Tradition und das eigene Wertesystem wieder entdeckt. In China kam es zu einer Renaissance des Konfuzianismus; in Indien hat sich mit Ministerpräsident Modi eine Strömung durchgesetzt, die sehr stark auf der Hindu- Religion aufbaut. Der Islam wurde eine starke politische Kraft, die durch die Migration auch in westlichen Ländern zum Tragen kam. In Ländern des „Globalen Südens“ entdeckt man zunehmend die eigene Geschichte.

Als 1989 die „Berliner Mauer“ fiel, begann eine neue Epoche der internationalen Beziehungen. Der „Kalte Krieg“ wurde beendet, im Rahmen einer neuen Globalisierung kam es zu einer massiven Intensivierung der weltweiten Kontakte in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen, Technik und Kommunikation. Es entstand eine globale Informationsgesellschaft. Viele hofften, die Menschheit würde in Zukunft ihr Schicksal gemeinsam bewältigen.

Diese neue Entwicklung war häufig mit viel Optimismus verbunden. Francis Fukuyama sprach vom „Ende der Geschichte“, aber nicht nur er glaubte, dass sich nunmehr die westlichen Werte von Demokratie und Marktwirtschaft endgültig durchgesetzt hätten. Diese neue Entwicklung ging ganz entscheidend auf die Politik des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan zurück, die Wirtschaft zu privatisieren und die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu deregulieren. Das sollte natürlich aus Reagans Sicht unter amerikanischer Vorherrschaft geschehen.

Auch andere Länder haben von dieser Entwicklung profitiert. Der Anteil Chinas am Welthandel betrug 1985 lediglich 1,2 %; bis 2014 war er auf 12,3 % gestiegen. In absoluten Zahlen erhöhten sich die Exporte Chinas von \$ 18 Milliarden im Jahr 1980 auf 2200 Milliarden nur 33 Jahre später.

Der Optimismus betraf die wirtschaftliche Entwicklung genauso wie die politische. Die amerikanischen Konsumenten könnten, so die herrschende Meinung, mit billigen Produkten aus China ihren Lebensstandard steigern. In China selbst könnten dadurch Millionen von Menschen die Armut überwinden. Die Globalisierung stärkte in vielen Bereichen die Tendenz

zu einer globalen Vereinheitlichung. Die technische Entwicklung sollte die Menschen weltweit immer enger zusammenführen. Vielen Menschen brachte die Globalisierung neue Chancen ⁽¹⁾.

Eine Generation später muss man feststellen, dass die internationalen Beziehungen von Kriegen und Wirtschaftskriegen geprägt sind; von einem Kampf um die weltweite Vorherrschaft zwischen China und den USA; dass fundamentale Fragen wie Klimawandel oder die Migration vielleicht nicht einmal in Ansätzen gelöst sind. Wie ist es dazu gekommen?

1. Die Haltungsänderung der Amerikaner

Obwohl es immer Kritik an der Globalisierung gegeben hat, so wurde diese im Präsidentschaftswahlkampf 2016 besonders deutlich und führte schließlich zur Wahl von Donald Trump im Jahre 2016. Aber auch ein Bewerber aus den Reihen der Demokraten, Bernie Sanders, äußerte sich äußerst kritisch über die Entwicklung der Weltwirtschaft. Diese wird, so Sanders, von einer Elite geführt, die sich nicht um das Schicksal der Menschen kümmert. Das Ergebnis: die 62 reichsten Menschen auf unserem Planeten besitzen so viel wie die untere Hälfte der Menschheit, also 3,6 Milliarden Menschen zusammen. Dem reichsten ein Prozent gehört so viel wie den restlichen 99 %. „Die einen leben in unvorstellbarem Reichtum, während Milliarden von Menschen Armut und Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind und sich weder Wohnung, eine Ausbildung noch reines Trinkwasser leisten können“. ⁽²⁾

Mochten diese Zahlen, was die Entwicklung der Welt betraf, noch etwas abstrakt klingen, so wurden die negativen Auswirkungen der Globalisierung auf den amerikanischen Mittelstand immer deutlicher: Die niedrigen Löhne in China führten dazu, dass zahlreiche Betriebe ausgelagert wurden, dass die Löhne der amerikanischen Arbeiter stagnierten, während die Rohstoffpreise, wegen der starken Nachfrage aus China, erheblich anstiegen. China entwickelte sich rasch zum großen Produzenten von Solaranlagen und Elektroautos. Ein harter Konkurrenzkampf im Bereich der Hochtechnologie zeichnete sich ab.

Es war kein Zufall, dass bei den Wahlen 2016 viele von denen, die keinen College-Abschluss hatten, für Donald Trump stimmten. Wenn die Präsidenten Bill Clinton und Barack Obama betonten, sie werden mehr in Bildung investieren, um künftig mehr jungen Leuten einen beruflichen Aufstieg zu ermöglichen, so bedeutete das wenig Hilfe für jene, die bereits im Arbeitsprozess standen.

Außerdem wurde damit dem einzelnen Arbeiter die Schuld für seine schwierige Lage zugeschrieben, nicht dem System, der Globalisierung. Die politischen Eliten verlangten also zunächst, die Menschen sollten sich der globalen Entwicklung anpassen. Aber das war reine Theorie. Von 1979 bis 2016 ist die Zahl der Arbeitsplätze in der US- Industrie von 19,5 Millionen auf 12 Millionen zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die Spanne zwischen den Gehältern der Generaldirektoren in den größten Betrieben und den Durchschnittslöhnen drastisch erweitert; von einem Verhältnis von 1 zu 30 auf 1 zu 300. Betroffen von dieser Entwicklung war vor allem die Schicht der weißen Arbeiter, die sich ohnehin schon in der Defensive befand. 2010 machte die Zahl der weiß geborenen Babys in den USA zum ersten

Mal weniger als die Hälfte der gesamten Geburten aus. 1960 war der Anteil der weißen Bevölkerung noch 85 % der Gesamtbevölkerung, 2060 werden es nur mehr 45 % sein.

Die Opfer der Globalisierung in der Arbeitswelt erlitten aber nicht nur eine materielle Benachteiligung, sie verloren auch die Wertschätzung ihrer Umwelt, ihr Selbstwertgefühl (3). Es war dann Präsident Donald Trump, der im gewaltigen Handelsbilanzdefizit mit China die Hauptursache für diese Schwierigkeiten sah und daran ging, Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

2. Der Wirtschaftskrieg der USA gegen China

Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas in den letzten Jahrzehnten war fulminant. Betrug das chinesische BIP 1980 lediglich 7 % des amerikanischen, so lag es 2015 bereits bei 61 %. China wurde die Werkstatt der Welt, durchaus im Zusammenwirken mit großen westlichen Konzernen. Heute arbeiten in China in der Industrie mehr Arbeiter als in allen Ländern der OECD zusammen. Mit der „Belt and Road Initiative“ hat China ein Projekt gestartet, das darauf abzielt, weite Teile der Welt durch den Ausbau von Häfen und der Infrastruktur näher an China heran zu bringen. Immerhin umfasst dieses Projekt 65 Länder auf drei Kontinenten, mit 70 % der Weltbevölkerung und mit 75 % der Energiereserven der Welt. Noch etwas: Damit sind viele Regierungen nicht mehr darauf angewiesen, zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank zu pilgern, den Institutionen des Westens, wenn sie Geld brauchen, es gibt eine Alternative.

Damit ist jener klassische Fall in den internationalen Beziehungen eingetreten, wo eine aufstrebende Macht versucht, der herrschenden Vormacht diese streitig zu machen. So wird dies jedenfalls von weiten Teilen der USA empfunden, wobei insbesondere das riesige, gegenüber China bestehende Handelsbilanzdefizit für die eigenen Schwierigkeiten verantwortlich gemacht wird.

Somit ging Präsident Donald Trump, der ja mit dem Motto „America first“ angetreten war, daran, auf Importe aus China Zölle zu verhängen, was bald in einen richtigen Wirtschaftskrieg überging. So sehr Joe Biden im Wahlkampf 2020 diese Politik kritisierte, entwickelte er als Präsident sehr bald seine eigene China- Doktrin unter dem Motto „China ist unser Feind, ja eine Gefahr für die Zivilisation der ganzen Welt“ (4). Dies ist ein ganz entscheidender Bruch mit jener China-Politik, die Washington seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen unter Richard Nixon fast zwei Generationen vorher geführt hat. Damit war auch eine Komponente der Globalisierung, der damit verbundene Optimismus, schwer beeinträchtigt.

Dies insbesondere auch deshalb, weil Bidens China-Politik ein wesentlicher Teil seiner „Allianz der Demokratien“ ist, die ja gegen die Machthaber in Peking und Moskau gerichtet ist. Geht es dabei zunächst darum, China politisch zu isolieren, so wurden in Washington auch entscheidende Maßnahmen ergriffen, um die wirtschaftliche Entwicklung Chinas aufzuhalten, etwa bei den Halbleitern, bei den Batterien für Elektroautos oder bei den „seltenen Erden“, bei Mikroprozessoren und Speicherchips. Dabei geht es eben nicht nur darum, dass die USA durch eigene Anstrengungen mit der Entwicklung in China mithalten, vielmehr werden Freund und Feind unter Androhung von Sanktionen gezwungen, die amerikanische Politik zu unterstützen. Alliierte werden mit Nachdruck aufgefordert,

Handelsbeziehungen mit China abubrechen oder zumindest einzuschränken. Wenn es keine anderen Argumente gibt, werden dafür Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang gegen die Uiguren als Begründung angeführt. Letztlich geht es darum, Jobs in den USA zu sichern.

Somit ist die eigenartige Situation eingetreten, dass sich Peking für offene Handelsbeziehungen und die Einhaltung der WTO- Regeln ausspricht, während Washington eine protektionistische Schiene fährt. In diesem Sinne haben die USA bereits 2016 das Transpazifische Handelsabkommen (TPP) verlassen, während sich China nun um eine Mitgliedschaft bemüht.

Präsident Biden wird in seiner Politik von Wissenschaft und Think-Tanks unterstützt. So argumentiert etwa Rush Doshi, Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, in seinem Buch „The long Game: China’s Grand Strategy to displace American Order“, dass alles getan werden müsse, um China einzudämmen. War man also bisher bemüht, zusammen mit China, natürlich unter amerikanischer Führung, die Welt neu zu gestalten, so ist man nunmehr auf jene Strategie eingeschwenkt, die den Kalten Krieg geprägt hat, nämlich „containment“, China sollte nicht die Möglichkeit bekommen, seine Macht weiter auszudehnen. Obwohl es keine Anzeichen dafür gibt, dass China der Welt sein politisches System aufzwingen will, wollen die USA den Einfluss Chinas eindämmen, wo immer es möglich ist; durch Sanktionen und dadurch, dass Geschäftsverbindungen mit Konzernen wie Huawei unterbunden werden. Gleichzeitig ist man bemüht, die eigene Wettbewerbsfähigkeit, auch durch protektionistische Maßnahmen, zu fördern, wie etwa durch den 2021 beschlossenen „United States Innovation and Competition Act“. Dieser sieht Subventionen für die Halbleiter-Forschung in der Höhe von \$ 52 Milliarden vor und \$ 29 Milliarden für die Forschung im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Eine Unzahl weiterer Programme sind darauf ausgerichtet, China die Stirn zu bieten.

Wird es dadurch möglich sein, den weiteren Aufstieg Chinas aufzuhalten? Kann man China davon abhalten, mehr für Forschung und Entwicklung, für das Militär auszugeben? Deshalb die Forderung von Rush Doshi, schon jetzt China im Südchinesischen Meer, in Taiwan und überall dort entgegenzutreten, wo Peking Ansprüche stellt. Im wirtschaftlichen Bereich bedeutet das Exportkontrollen überall dort, wo amerikanische Produkte den Aufstieg Chinas fördern könnten. Im politischen Bereich geht es darum, China in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen entgegenzutreten.

Selbst wenn der Warenaustausch zwischen den USA und China 2022 immer noch \$ 690,6 Milliarden betrug (\$ 153,8 Milliarden US Exporte; 536,75 Milliarden Dollar Importe), Jake Sullivan, der Nationale Sicherheitsberater von Präsident Biden, hat sich schon früher dagegen ausgesprochen, „That more trade is always the answer“. Und die CIA hat im Jahresbericht 2023 festgelegt, „China ist die größte Bedrohung für die Vereinigten Staaten im Bereich der Hochtechnologie (5). Daran wird sich wohl in den nächsten Jahren kaum etwas ändern. Aber bisher haben die von Washington verhängten Maßnahmen wohl nicht die gewünschte Wirkung gezeigt: Im Jahre 2024 exportierte China Waren im Wert von € 3,5 Billionen, was eine Steigerung von 5,6 % gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Damit konnte ein Überschuss in der Handelsbilanz von € 992 Milliarden erzielt werden.

3. Die Covid-Pandemie und die Schwachstellen der Globalisierung:

Mangelnde Solidarität, Schwierigkeiten bei den Lieferketten und Ent-Industrialisierung wurden als Schwachstellen der Globalisierung nach Ausbruch der Covid-Pandemie sehr rasch sichtbar. Die Ende 2019 ausgebrochene Covid-Pandemie hat ganz entscheidend dazu beigetragen, dass sich Staaten darauf konzentrierten, die gegebenen Schwierigkeiten im nationalen Rahmen lösen zu wollen. Schon im Jahre 2007 habe ich im Rahmen der Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie eine Publikation mit dem Titel „Von der Welt der Staaten zum Weltstaat und zurück“ geschrieben (6). So sehr es also im Wesen der Globalisierung lag und liegt, dass es zu einem „Backlash“ kommt, so hat die Pandemie in einem ganz entscheidenden Ausmaß dazu beigetragen. Zunächst gab es nationale Alleingänge, dann hat die Europäische Union ein Hilfspaket von \$ 850 Milliarden beschlossen. Betriebe in Schwierigkeiten wurden genauso massiv unterstützt wie Künstler, die arbeitslos wurden, wobei sich Regierungen hoch verschuldeten. Wesentlich war aber auch etwas anderes: Um die Pandemie zu bekämpfen, brauchte man Masken, Impfstoff und medizinische Geräte. Plötzlich stellte man fest, dass im Rahmen der Globalisierung die Deindustrialisierung, auch in lebenswichtigen Bereichen wie bei Impfstoffen, sehr weit fortgeschritten war. Schwierigkeiten bei Lieferketten verstärkten das Bewusstsein, wie sehr gerade entwickelte Länder von China oder Indien abhängig waren (7).

Die Pandemie hat sich auch dahingehend ausgewirkt, dass sich der Welthandel verlangsamt hat. Gleichzeitig hat sich das Bewusstsein verstärkt, dass die internationale Interdependenz, die Abhängigkeit von China, zu weit gegangen ist. Darüber hinaus wurden die Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten weiter beeinträchtigt. Präsident Donald Trump sprach bewusst von einem „China-Virus“, um die Schuld der Chinesen für den Ursprung der Krankheit hervorzuheben. Peking wiederum wollte beweisen, dass das eigene politische System besser in der Lage ist, die mit der Pandemie verbundenen Herausforderungen zu meistern. Ein neuer Kalter Krieg nahm immer mehr Gestalt an. Jedenfalls wurde klar, dass auch in einer globalisierten Welt im Notfall nicht jene Solidarität vorhanden ist, die notwendig wäre, um einen Ausnahmezustand gemeinsam zu meistern.

Zwar hat der chinesische Präsident Xi Jinping den Weg einer „Masken- Diplomatie“ eingeschlagen und chinesischen Impfstoff nach Asien, Afrika und Lateinamerika geliefert, aber durch die Pandemie ist eine weltweite Wirtschaftskrise entstanden, die den bereits gegebenen Wirtschaftskrieg verstärkt hat. Dass große Konzerne wie Amazon, Microsoft oder Google durch die im Zusammenhang mit der Pandemie getroffenen Maßnahmen wie Lock-down oder Home-office massive zusätzliche Gewinne gemacht haben, hat bei vielen Menschen das Misstrauen in die treibenden Kräfte der Globalisierung gestärkt (8). Gleichzeitig hat die Pandemie einen gewaltigen Schub im Bereich der medizinischen Forschung ausgelöst, was zu einem neuen Kräfterennen zwischen China und den Vereinigten Staaten geführt hat. Insgesamt kann man sagen, dass Covid 19 den Idealen einer globalen Welt entgegengewirkt hat.

4. Exportkontrollen und staatliche Subventionen auf der ganzen Welt

Nicht nur die Covid-Pandemie hat dazu beigetragen, dass Länder nunmehr größere Anstrengungen unternommen haben, ihre Wirtschaftspolitik nach nationalen Prioritäten auszurichten. Viele Regierungen haben beschlossen, den Übergang zu erneuerbaren Energien großzügig zu subventionieren. Große Summen wurden ausgegeben, um die Produktion, Forschung und Entwicklung im Bereich der Hochtechnologie im eigenen Land zu fördern. Alleine die USA unterstützten „neue Energien“, Elektroautos und Halbleiter mit \$ 465 Milliarden. Eine Unterstützung wird unter der Bedingung gewährt, dass die Produktion in Amerika stattfindet. Gleichzeitig wurden für sensible Produkte Exportverbote erlassen. Damit sollte, so Präsident Biden, die Vorherrschaft der USA im Bereich der Hochtechnologie sichergestellt werden. Führende Politiker in Amerika und in Europa versprochen, die Industrie im eigenen Land wieder aufzubauen. „Re-Industrialisierung“ wurde das Schlagwort der Stunde.

Damit verbunden war natürlich die Gefahr einer „Spirale des Protektionismus“. Versprochen die einen direkte Hilfen, so lockten andere mit Steuerbegünstigungen. Indonesien hat die Ausfuhr von Nickel untersagt, andere Staaten gingen daran, die Produktion von Lithium in ihrem Land zu kontrollieren. Dabei spielten politische Überlegungen neben den wirtschaftlichen stets eine große Rolle. So fürchteten die USA, dass sie mit der Vorherrschaft Chinas im Bereich der Chip-Produktion auch bei der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz zurückfallen würden. Das wiederum könnte entscheidende Folgen für den militärischen Bereich der Zukunft haben.

Wenn die USA über Jahrzehnte an der Spitze von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik in der Welt standen, dann deshalb, weil die eigenen Leistungen auf diesen Gebieten besser waren als die der anderen. Jetzt wurde aber eine andere Politik verfolgt: Konkurrenten, insbesondere China, sollten daran gehindert werden, Amerika zu überholen. In diesem Sinne wurden zunächst Gesetze verabschiedet, wie der CHIPS-Act, der die Halbleiter-Industrie mit \$ 52 Milliarden unterstützt. So gab es auch den Inflation Reduction Act (IRA), der die eigene Umweltindustrie mit \$ 400 Milliarden fördert, um die Abhängigkeit von China in diesem Bereich zu vermindern.

Die Vereinten Nationen haben festgestellt, dass über 100 Länder, die 90 % der Welt-Wirtschaftsproduktion verkörpern, dabei sind, die heimische Industrie zu Lasten ausländischer Konkurrenten zu unterstützen. Alleine die G7 Länder haben zwischen 2016 und 2020 ihre Wirtschaftssubventionen verdreifacht (9). Die Erzeugung von Halbleitern wird genauso gefördert wie jene von Batterien für Elektrofahrzeuge. Australien und Kanada geben Milliarden von Dollar aus, um den eigenen Bergbau zu unterstützen. In den USA dürfen nurmehr Elektroautos verkauft werden, die dort erzeugt worden sind. Das hat natürlich jene Stimmen in der Europäischen Union gestärkt, die in Europa ähnliche Maßnahmen verlangen.

Neben den Subventionen wurde auch die Kontrolle ausländischer Investitionen verstärkt eingesetzt, um die eigene Wirtschaft zu fördern. Die UNCTAD hat festgestellt, dass 2022 bereits 63 % aller ausländischen Investitionen einer Überprüfung unterzogen wurden, eine gewaltige Steigerung im Vergleich zu früheren Jahren. Vor allem die USA zögern nicht, ausländische Investitionen, die eine ungewünschte Konkurrenz zur eigenen Wirtschaft

darstellen, als „Gefahr für die nationale Sicherheit“ zu untersagen. Heute können 60 % aller an amerikanischen Börsen notierte Unternehmen darunterfallen. Dabei gibt es in Washington eine breite Übereinstimmung dahingehend, dass „amerikanisches Kapital“ nicht dazu dienen darf, die technologischen Fähigkeiten von Konkurrenten zu stärken.

Im Gegensatz zu den ersten Jahren der Globalisierungs-Welle haben sich seit Ende der Obama- Präsidentschaft Subventionspolitik, Investitionskontrollen und Exportbeschränkungen in den entwickelten Volkswirtschaften durchgesetzt. Schon Präsident Biden, aber noch mehr Donald Trump, sahen die Vorteile mehr in einer geschützten nationalen Wirtschaft und nicht mehr in einem freien Weltmarkt ohne Grenzen.

Bereits die erste Amtszeit von Donald Trump, die unter dem Motto „Make America Great Again“ (MAGA) stand, war gegen die Globalisierung ausgerichtet. Der Präsident führte eben den Niedergang seines Landes darauf zurück, dass die globale Vernetzung seinem Land geschadet hat. Die Handelsbilanz- Defizite seien ein klares Zeichen dafür, dass die USA von anderen Ländern ausgenützt („ripped off“) werden. An der Südgrenze der USA wurde eine Mauer gebaut, um illegale Einwanderung zu stoppen; chinesische Produkte wurden mit Zöllen belegt; die Mitgliedschaft bei internationalen Organisationen wurde aufgekündigt.

Wenn Amerika wieder groß werden sollte, heißt das auch, dass es im Abstieg begriffen ist. Dieser wurde, so die MAGA- Bewegung, von den herrschenden Eliten unter Führung der Demokratischen Präsidenten verursacht. Schon unter der ersten Administration Trump traten die USA aus der UNESCO aus, aus der Welt- Gesundheitsorganisation (WHO) und zogen sich von dem in Wien abgeschlossenen Iran- Abkommen zurück. Die europäischen Verbündeten wurden aufgefordert, selber mehr für die eigene Sicherheit zu bezahlen.

In seiner zweiten Amtsperiode wurde Donald Trump noch deutlicher. Den 2. April 2025 erklärte er zum „Liberation Day“. An diesem „Tag der Befreiung“ verkündete Trump im Rose Garden des Weißen Hauses die Befreiung seines Landes, indem auf Importe von Dutzenden von Ländern massive Zölle verhängt wurden. Zölle wurden verhängt und auch wieder widerrufen, aber der Druck wirkte und mit Großbritannien, Indonesien, den Philippinen, Japan, der EU und anderen Ländern wurden für die USA vorteilhafte „Deals“ abgeschlossen. Diese Handelspartner akzeptierten oft einseitige Zölle, versprachen, aus Amerika riesige Mengen an Energie zu beziehen und in den USA zu investieren.

Wie auch immer sich diese Zollpolitik in Zukunft auswirken wird, das bisherige, unter Führung der USA nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtete System des Freihandels wurde auf den Kopf gestellt. Dass Trump aber Zölle als Waffe nicht nur aus handelspolitischen, sondern auch aus machtpolitischen Gründen einsetzt, zeigt die Vorgangsweise gegen Brasilien. Gegen dieses Land wurden Zölle in der Höhe von 50 % verhängt, weil der frühere Präsident Jair Bolsonaro, ein Freund Trumps, unter Anklage gestellt werden soll. Und gegen den Richter, der das Verfahren leitet, wurden Sanktionen verhängt.

Der brasilianische Präsident Luiz Inacio Lula da Silva hat lautstark verkündet, die amerikanische Vorgangsweise nicht einfach hinzunehmen. Auch andere Länder wie China und Indien sind nicht bereit, die amerikanische Politik ohne Gegenwehr zu akzeptieren. Die Folge kann nur sein, dass der schrankenlosen Globalisierung, wie sie jahrzehntelang

funktioniert hat, Grenzen gesetzt werden, die vom jeweiligen nationalen Interesse bestimmt werden. Der internationale Wettbewerb wird unter neuen Bedingungen weitergehen.

Dabei hat die Intervention in Brasilien auch eines sehr deutlich gezeigt: Donald Trump ist kein Isolationist. Er ist sehr wohl daran interessiert, die Geschicke der Welt und die Beziehungen zu den einzelnen Ländern nach seinen Vorstellungen zu gestalten, allerdings nicht mehr im traditionellen Sinn. Frühere amerikanische Administrationen wollten der ganzen Welt vorschreiben, wie man das Leben gestalten und auch die internen Verhältnisse ausrichten sollte. Democracy-building und Nation-building waren die Folge. Darüber sieht Donald Trump hinweg, solange unter dem Motto „Americ first“, die amerikanischen Interessen gewahrt werden.

5. Wie haben sich die Kriege auf die Globalisierung ausgewirkt?

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus hatten die USA die alleinige Vorherrschaft in der Welt. Sie beabsichtigten auch, diese zu behalten, insbesondere aufgrund ihrer militärischen Stärke. Eine „Defense Policy Guidance“ aus dem Jahre 1992 legte fest, dass die militärische Führung der USA durch kein anderes Land in der Welt infrage gestellt werden darf. Der Einsatz des Militärs wurde ein integraler Teil der amerikanischen Außenpolitik, nach dem Motto „Foreign policy without the backing of the Military is like a baseball-game without a baseball-bat“. Ganz offen war man auch bestrebt, durch „humanitäre Interventionen“, „Regime-change“ oder „Nation-building“ überall in der Welt Amerika- freundliche Regierungen einzusetzen. Der „weltweite Krieg gegen den Terror“ bot dafür eine weitere Handhabe.

Ohne das Ergebnis dieser Kriege in ihrer ganzen Breite zu analysieren, soll hier zunächst die Frage angeschnitten werden, wie sich diese Kriege auf die Globalisierung, auf den politischen Zusammenhang in der Welt und letztlich auf die Vormachtstellung der USA, auf eine neue Weltordnung ausgewirkt haben. Unübersehbar ist: Die Welt wurde weiter geteilt, Russland vom Rest Europas getrennt und in die Arme Chinas getrieben; der „Globale Süden“ hat Stellung gegen den Westen bezogen. Der politische Wille zur Konfrontation war stärker als die modernen Technologien, die die Grundlage der Globalisierung darstellen.

Am 24. März 1999 hat die NATO unter amerikanischer Führung begonnen, Serbien zu bombardieren. Ziel der Angriffe war es, die Unabhängigkeit des Kosovo zu erreichen, einer Provinz Serbiens, die großteils von Albanern bewohnt wurde, für die Serben aber aufgrund ihrer Geschichte eine besondere Bedeutung hatte. Die Angriffe waren insofern erfolgreich, als die Führung in Belgrad akzeptieren musste, die serbischen Truppen aus dem Kosovo abziehen. Diese wurden durch NATO-Friedenstruppen ersetzt. Äußerst negativ hat sich allerdings dieser, vom Westen geführte Krieg, auf die Beziehungen mit Russland ausgewirkt. In Moskau sah man, dass der Stärkere, auch gegen das Völkerrecht, seine Waffen einsetzen konnte, um politische Ziele zu erreichen. Und: der Sieger bestimmt die Regeln und kann, wenn er will, auch nationale Grenzen verändern.

Der Einmarsch der USA in Afghanistan im Jahre 2001 fand zunächst eine breite internationale Zustimmung, ging es doch darum, die für die Anschläge vom 11. September 2001 verantwortlichen Terroristen zu bestrafen. Der Krieg dauerte dann aber 20 Jahre, wobei es offensichtlich nicht gelang, die gesetzten politischen Ziele mit militärischen Mitteln

zu erreichen. Der überhastete Abzug der amerikanischen Truppen, der auch mit den Verbündeten nicht abgesprochen war, konnte in Peking und Moskau nur als Niederlage des Westens gesehen werden und somit als weiterer Schritt in Richtung einer multilateralen Weltordnung.

Auch der erste Irakkrieg 1990/91 fand noch die Zustimmung zahlreicher Länder. Ging es doch darum, den „Aggressor Saddam Hussein“ zu bestrafen. Der Krieg wurde sogar als Muster eines gerechten Krieges im Rahmen der neuen Weltordnung präsentiert. Anders verhielt es sich, als die USA 2003 wieder in den Irak einmarschierten, offiziell, um Saddam Hussein seine Massenvernichtungswaffen wegzunehmen. Dieser Krieg wurde ein Desaster für die USA und die ganze Region. Die einmarschierenden amerikanischen Truppen wurden nicht, wie von Exil-Irakern vorhergesagt, als Befreier begrüßt. Das Land entwickelte sich nicht zu einer „blühenden Demokratie“, wie der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld glaubte, sondern verfiel im Chaos. Das war der Nährboden dafür, dass sich dort der „Islamische Staat“ entwickeln konnte. Und durch den Sturz von Saddam Hussein und seiner sunnitischen Oberschicht wurde der Iran gestärkt, wo schiitische religiöse Fanatiker ihr Regime errichtet hatten.

Nach dem „arabischen Frühling“ wurden in der Region neue geopolitische Weichen gestellt. Im Rahmen des Bürgerkriegs in Syrien konnte sich Russland als Schutzmacht der offiziellen Regierung profilieren, auf derselben Seite wie der Iran. Auch die Türkei verfolgte in Syrien machtpolitische Interessen. 2024 musste Präsident Bashar al-Assad nach Moskau fliehen. Es werden neue Allianzen entstehen, wohl nicht im Sinne einer größeren globalen Geschlossenheit. Durch die Unterstützung von Aserbaidschan durch die Türkei im Krieg gegen Armenien konnte es aber auch später seine Waffensysteme und seine Macht demonstrieren. Nachdem in Ägypten 2011 die Muslimbrüder mit Mohammed Moisi die Wahlen gewonnen hatten, unterstützten die Saudis zwei Jahre später den Staatsstreich von General Al-Sissi, um einen „neuen Gottesstaat“ zu verhindern. In Libyen ist es nach dem Sturz des langjährigen Diktators Mohammed Gaddafi mithilfe der NATO zu Chaos und oft undurchsichtigen Koalitionen in einem Bürgerkrieg gekommen. So unterstützten Frankreich und Katar dort unterschiedliche Seiten, obwohl beide Länder in anderen Bereichen sehr gut kooperieren und gute Beziehungen unterhalten. Das Chaos in Libyen hat jedenfalls dazu geführt, dass die ganze Sahel-Zone mit Waffen überschwemmt wurde, Terroristen in der Region an Stärke gewonnen haben und neue Migrationswellen entstanden sind.

Eine große Auswirkung auf die künftige politische und wirtschaftliche Konstellation in der Welt hat der Stellvertreterkrieg, der in der Ukraine ausgetragen wird. Schon 2022 erklärte Präsident Joe Biden, mithilfe der Ukraine werde man Russland in die Knie zwingen und in Moskau einen „Regime-change“ herbeiführen. Andere sprachen sogar davon, nach einem Sieg der Ukraine ganz Russland aufzuteilen. Jedenfalls agierte der Westen aus einer Position der Stärke. Die Erweiterung der NATO wurde bis an die russische Grenze vorangetrieben. Russische Sicherheitsbedenken wurden „nicht einmal ignoriert“, wie NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg stolz verkündete. Gleichzeitig musste man aber auch feststellen, dass Russland den Krieg trotz massiver westlicher Sanktionen nur deshalb führen konnte, weil viele Teile des „Globalen Südens“ eigene Wege gingen, die wesentlich von den westlichen Vorstellungen abwichen.

Der Krieg zwischen Israel und der Hamas, der im Oktober 2023 begann, bedeutet zweifellos eine weitere Eskalation der im Nahen Osten anhaltenden Spannungen. Die Reaktionen von Regierungen, Manifestationen und die Abstimmungen in internationalen Gremien zeigen, dass es Unterstützer und Gegner für beide Seiten gibt, nicht nur unter den Staaten, sondern auch innerhalb einzelner Länder. So haben einerseits Parteien, Gewerkschaften Religionsgemeinschaften und NGOs zu Solidaritätskundgebungen mit Israel aufgerufen. Andererseits gab es gleichzeitig pro-palästinensische Kundgebungen, die in jenen Ländern am stärksten waren, in denen es eine starke muslimische Einwanderung gibt. Wenn die USA, mit gewissen Vorbehalten, Israel voll unterstützen, so kann man feststellen, dass der „Globale Süden“ Präferenzen für die Anliegen der Palästinenser zeigt. Jedenfalls wird auch dieser Krieg die politische Globalisierung der Welt mehr beeinträchtigen als fördern.

Offensichtlich ist die Welt nach all diesen Kriegen mehr gespalten als geeint. Die Kriege haben mehr Probleme geschaffen als gelöst. Stellt sich die Frage, warum es den USA mit ihren gewaltigen Streitkräften nicht besser gelungen ist, ihre Politik weltweit durchzusetzen. Dabei haben wir jene Generäle und Militärexperten vor Augen, die im Fernsehen und bei Talkshows immer wieder prophezeit haben, der Erfolg wäre „just around the corner“. Wie kommt es dazu? Eine Erklärung könnte sein, dass diese Generäle nicht als Soldaten sprechen, sondern als „Politiker in Uniform“. Außerdem spielt eine Rolle, für welche Rüstungsfirmen sie als Konsulenten arbeiten. Jedenfalls wollen sie Stimmen gewinnen oder Stimmung machen. Immer wieder werden Experten auch Opfer ihrer eigenen Propaganda. Wurde gesagt, man muss die Terroristen am Hindukusch bekämpfen, damit sie nicht zu uns kommen, so hat man gerade durch den Krieg in Afghanistan neue Terroristen geschaffen. Die Frage ist auch, ob es sinnvoll ist, ganz Russland so zu dämonisieren, dass es als richtig erscheint, dem Land keine eigenen Sicherheitsinteressen einzuräumen.

Offensichtlich gibt es Grenzen dafür, was man mit dem Einsatz von Waffen und durch Krieg, erreichen kann. Die Höhe der Militärausgaben kann nicht der einzige Gradmesser dafür sein, wie Sicherheit hergestellt werden kann. Mao Tsetung hat gesagt, „politische Macht kommt aus den Gewehrläufen“. Dabei hat gerade China durch den gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahrzehnte weltweit an Macht und Einfluss gewonnen. D.h. wohl, dass in den internationalen Beziehungen Diplomatie, vertrauensbildende Maßnahmen und gegenseitige Unterstützung eine äußerst wichtige Rolle spielen. Die Neutralität war für Österreich eine sehr positive Grundlage für unsere Außenpolitik. Das hätte doch wohl auch für die Ukraine gelten können. Diplomatie verbindet, Kriege teilen die Welt in feindliche Lager. Selbst wenn die technischen Errungenschaften, die zur Globalisierung geführt haben, weiter bestehen, die Kriege der letzten Jahre haben wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Weltordnung geändert hat.

Dass Politik immer wieder von Wunschdenken getragen wird, sieht man am Beispiel der Sanktionen, die gerade während der letzten Jahre von den USA gegen Freund und Feind und von der Europäischen Union gegen Russland verhängt wurden. Im folgenden Kapitel sollen die Auswirkungen dieser Politik näher erläutert werden (10).

6. Sanktionen-Wer isoliert wen?

Sanktionen können sehr brutal sein. Als die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright gefragt wurde, wie sie dazu steht, dass die US- Sanktionen gegen den Irak den Tod von 500 000 Kindern verursacht haben, sagte sie trocken: „Das ist eben der Preis, den man bezahlen muss“. Der französische Finanzminister Bruno Le Maire glaubte auch an die Wirkung von harten Sanktionen, als er im französischen Fernsehen erklärte: „Mit Wirtschaftssanktionen, wie sie die Welt noch nie gesehen hat, werden wir Russland in die Knie zwingen“. Genau dieses Konzept hat die RAND CORPORATION, ein amerikanischer Think Tank, schon 2019 in einer Studie empfohlen: Man müsse Russlands dazu bringen, in der Ukraine einzumarschieren. Dort würden dann seine Truppen verbluten. Massive Wirtschaftssanktionen, verbunden mit der erzwungenen Einstellung von NordStream1 und 2, verbunden mit Wirtschaftssanktionen, würden Russland zerstören. Eine erwünschte Nebenwirkung: Die Amerikaner könnten dann ihr Flüssiggas nach Europa verkaufen.

Von den Sanktionen, die die USA und die Europäische Union im März 2022 gegen Russland verhängt haben, erwartete man sich eine entscheidende Beeinträchtigung der militärischen Stärke Russlands. Außerdem sah man in den Sanktionen einen „Sieg des Multilateralismus“, weil Europa und die USA gemeinsam vorgingen (11). Darüber hinaus verlangten die USA, dass die von Washington festgelegten Maßnahmen von allen Staaten der Welt befolgt werden. In diesem Sinne wurde das Commerce Department beauftragt, deren weltweite Einhaltung sicherzustellen. Schon bald nach dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine konnte man lesen „US casting global net to cut off goods for Russia“ (12). Was man allerdings nicht bedacht hat: Der Westen bestimmt nicht mehr alleine die Spielregeln.

Schon im Jahre 2010 lebte ein Drittel der Menschheit unter US- Sanktionen (13), wie Nicholas Mulde in seinem Buch „Wirtschaft als Waffe“ schreibt. Darin wird auch dargestellt, wie Sanktionen funktionieren können und welche Auswirkungen sie haben: bereits 1935 wurde italienischen Konzernen durch die Bank of England die Möglichkeit genommen, ihre Importe zu finanzieren. Das Ergebnis war allerdings auch das Bündnis zwischen Rom und Berlin. Im August 1941 war Japan weitgehend vom Welthandel abgeschnitten, womit es 90 % seiner Ölversorgung und 70 % seiner Exporteinnahmen verloren hatte. Diese Sanktionen haben dann aber auch wesentlich dazu beigetragen, dass sich die japanischen Generäle entschlossen haben, Pearl Harbor anzugreifen.

Tatsächlich hatten die Russland-Sanktionen gravierende wirtschaftliche Auswirkungen, allerdings auch im Westen. Die günstigen Energieimporte aus Russland wurden abgeschnitten, die Preise für Öl und Gas stiegen dramatisch, eine Inflation war die Folge. Und es kam zu Schlagzeilen wie „Stockende Exporte belasten Deutschland“, wobei ausgeführt wurde, dass die deutschen Exporte 2023 nach Russland um 40 % und nach China um 8,7 % zurückgegangen waren.

Gleichzeitig gibt es Unmengen von Berichten darüber, wie Russland-Sanktionen umgangen werden. Da kann man lesen, wie Waren über die Vereinigten Arabischen Emirate ungehindert nach Russland gelangen (14) oder wie russisches Öl über „getarnte Schiffe“ exportiert wird (15). Dass Russland Produkte westlicher Firmen, die das Land verlassen, nachahmen wird, war anzunehmen. Außerdem haben die Einfuhren westlicher Waren aus Nachbarländern massiv zugenommen (16). So sind im Jahre 2022 die Exporte aus der

Europäischen Union in die Türkei um 222 % gestiegen, jene nach Kirgistan um 345 % und die nach Armenien um 165 %.

Bei all den Schwierigkeiten, Auswirkungen von Sanktionen zu beurteilen, kann man wohl eines sagen: Der vom Westen gewünschte Erfolg ist nicht eingetreten. Zunächst wurde doch der Eindruck erweckt, durch harte Wirtschaftssanktionen könnte ein größerer Krieg verhindert werden. Nun hat aber die Schweizerische Bank UBS im Dezember 2023 festgestellt, „Russland ist im vergangenen Jahr trotz des Ukraine-Krieges reicher geworden- der Westen hingegen verlor Billionen von Dollar“ (17).

Waren also die Sanktionen gegen Russland umsonst? In einem Artikel dazu in der „Neuen Zürcher Zeitung“ wird festgestellt, dass sich die Auswirkungen der Sanktionen auf den Alltag in Moskau in Grenzen halten (18). Aber die Auswirkungen auf das tägliche Leben in Russland sowie auf die Möglichkeiten, den Krieg überhaupt zu führen, ist die eine Seite. Die andere Seite sind die geopolitischen Auswirkungen. Diese waren gewaltig. Russland wurde in die Arme Chinas geworfen, die BRICS-Staaten konnten ihr politisches Gewicht demonstrieren und Europa wurde massiv geschwächt.

Da trotz des Krieges in der Ukraine von Entscheidungsträgern in Washington China immer noch als der Hauptfeind der USA bezeichnet wird, ist es kein Wunder, dass Moskau und Peking zusammenrücken. Gleichzeitig ist Präsident Biden von der langjährigen Taiwan-Politik der USA abgerückt, wonach die Insel, bei allen Besonderheiten, als integraler Teil Chinas angesehen wird. Die Biden- Administration in Washington hat immer wieder Schritte gesetzt, die Peking als Provokation betrachtete. Die Vorrangigkeit Asiens für die amerikanische Außenpolitik kann jedenfalls auch so interpretiert werden, dass die Konfrontation mit China im Vordergrund steht. Warum sollten dann Moskau und Peking nicht näher zusammenrücken?

Die neuen Bindungen zwischen China und Russland umfassen sowohl die offizielle Politik, aber auch den bilateralen Handel und Kontakte zwischen den Bürgern beider Länder. Chinas Präsident Xi Jinping und Präsident Wladimir Putin bezeichneten die Beziehungen beider Länder wiederholt als eine „strategische Entscheidung“, die auf „grundlegenden Interessen beider Völker“ beruht. Der Handel zwischen beiden Ländern hat 2024 bereits \$230 Milliarden überschritten, chinesische Autohersteller haben Mercedes und BMW abgelöst, die sich zurückziehen mussten. Wenn russisches Erdöl und Erdgas nunmehr wegen der Sanktionen begünstigt an China verkauft werden müssen, ergibt sich daraus für die chinesische Wirtschaft ein weiterer Wettbewerbsvorteil.

Offensichtlich begünstigt durch die Berichterstattung in den staatlichen Medien hat Russland bei vielen Chinesen an Attraktivität gewonnen. Junge Leute, so die New York Times, pilgern in Scharen in die chinesische Grenzstadt Harbin, um dort in russischer Kleidung vor einer ehemaligen russischen Kathedrale zu posieren. China wurde jedenfalls ein großer Gewinner der gegen den großen Nachbarn verhängten Sanktionen (19).

Durch die politische und wirtschaftliche Ausgrenzung Russlands haben auch die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China; Südafrika) eine wichtige Rolle gefunden. Anlässlich des Gipfeltreffens im August 2023 in Johannesburg wurde diese Staatengruppe dahingehend stark kritisiert, dass sie zu inkohärent und orientierungslos wäre. Mag sein.

Aber durch die politische und wirtschaftliche Unterstützung Russlands im Konflikt mit dem Westen haben die BRICS einen ganz entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass Moskau standhalten konnte. Dadurch haben sie auch entscheidend an Profil gewonnen und bewirkt, dass der „Globale Süden“ als neuer Faktor in den internationalen Beziehungen gesehen werden muss.

Die BRICS bilden keine klassische internationale Organisation, es gibt kein Präsidium oder ständiges Sekretariat. Jedes Jahr führt ein anderes Land den Vorsitz und organisiert das jährliche Gipfeltreffen. Beschlüsse werden einstimmig gefasst, das gilt auch für die Aufnahme neuer Mitglieder, zu denen Saudi-Arabien, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Äthiopien und der Iran gehören. Damit werden die BRICS im Energiesektor eine wirtschaftliche Macht darstellen und 54 % der weltweiten Erdölförderung kontrollieren (20). Auch die größten Vorkommen an „seltene Erden“ befinden sich in Brasilien, Russland, China und Südafrika.

Aber nicht nur die Mitwirkung bei der Überwindung der westlichen Sanktionen gegen Russland zeigt, dass die BRICS eine äußerst wichtige Rolle in der neu entstehenden internationalen Ordnung spielen. So unterhält China enge Beziehungen mit Äthiopien, das ein wichtiges Glied der Neuen Seidenstraße in Afrika ist. Peking hat auch entscheidend daran mitgewirkt, den jahrelangen Konflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien beizulegen. Damit will sich China als Friedensstifter profilieren, im Gegensatz zu den USA, denen es vorwirft, über seine 800 Militärstützpunkte in der Welt seine Macht einsetzen zu wollen.

Ein klares Ziel der BRICS besteht darin, die Macht des US-Dollar zurückzudrängen. Da die amerikanische Währung immer wieder als Waffe eingesetzt wird, sind die BRICS bestrebt, ihren Handel in einer nationalen Währung durchzuführen. Das ist sicherlich kein leichtes Unterfangen. Den US-Dollar durch eine andere Währung zu ersetzen wurde einmal mit dem Versuch verglichen, Englisch als internationale Umgangssprache abzulösen. Selbst eingefleischten Nationalisten fällt es wohl leichter „Guten Morgen“ auf Englisch zu sagen, als auf Mandarin oder Hindu.

Immerhin haben die BRICS seit 2010 gewaltige Goldreserven angehäuft, wobei Russland, China und Südafrika zu den größten Goldproduzenten zählen. Der massive Einsatz der Dollar-Waffe bei den Russland-Sanktionen und der Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-System hat wesentlich dazu beigetragen, dass Staaten Anstrengungen unternehmen, um bei den eigenen Handelsbeziehungen auf ihre nationale Währung umsteigen zu können. Bisher haben China, Russland, Brasilien, der Iran, ja selbst Australien und Japan in Handelsverträgen mit diesen Ländern festgelegt, ihren Warenaustausch in nationaler Währung durchzuführen.

Somit bleibt nicht nur die Frage, was mit Sanktionen erreicht wird, sondern auch, wer isoliert eigentlich wen? Gerade der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, dass durch einen Krieg neue Allianzen entstehen können. Durch die Sanktionen des Westens konnte Russland weder wirtschaftlich noch politisch vom Rest der Welt abgeschnitten werden. Wenn die USA und die Europäische Union von sich immer wieder als „internationale Gemeinschaft“ sprechen, dann vertreten sie gerade 10 % der Weltbevölkerung. Die restlichen 90 % denken oft anders.

7. Was hat sich verändert, was nicht?

Bleibt die Frage, warum der Wunsch nach einer besseren Welt, von dem viele zu Beginn der neuen Globalisierungsphase gesprochen haben, nicht in Erfüllung gegangen ist? Wenn sich der Kapitalismus, zweifellos in verschiedenen Formen, weltweit durchaus durchgesetzt hat, so kann man das von Frieden und Demokratie bei weitem nicht behaupten. Hatte also Francis Fukuyama zumindest teilweise Recht, so ist es nicht zu der „einen Welt“ gekommen, an die Thomas L. Friedman gedacht hat, als er schrieb „The World is flat“. Er war aufgrund seiner Reisen nach Indien, China und in den Nahen Osten davon überzeugt, dass die neuen Technologien, die sich über die ganze Welt ausgedehnt hatten, die Menschheit wie nie zuvor miteinander verbinden würden. Diese „eine Welt“ würde eine „Force for good“ für die Wirtschaft, für die Umwelt, ja für alle Menschen sein (21).

Warum ist es nicht dazu gekommen? Ein Grund liegt wohl darin, dass eine Entwicklung, die Vorteile für den einen bringt, für andere mit Nachteilen verbunden sein kann. Eine Fabrik, die nach China ausgelagert wird, kann Arbeitsplätze im „Reich der Mitte“ schaffen, aber Arbeitslose in Europa und in den USA. Auch in einer „globalen Welt“ kann die wirtschaftliche Entwicklung sehr unterschiedlich verlaufen und neue Ungleichheiten schaffen, sowohl innerhalb der einzelnen Staaten als auch zwischen ihnen.

Obwohl die USA auch in den letzten Jahren mit einem Anteil von über 20 % der Weltproduktion die stärkste Volkswirtschaft geblieben sind, konnten Länder wie China und Indien ihre Anteile wesentlich vergrößern. Das gesamte BIP der BRICS hat, nach neuen Berechnungen, mit einem Anteil von 33 % an der Weltproduktion jenen der G7 bereits überholt. Ähnlich dramatisch ist die Entwicklung der Weltbevölkerung. Betrug der Anteil Europas und Nordamerikas an der Weltbevölkerung 1950 noch 28,5 %, so wird dieser bis 2050 auf 11,8 % zurückgehen. Gleichzeitig steigt jener von Afrika von 9,1 % auf 25,5 %; während jener Asiens mit 55 % ziemlich gleich bleibt. Die Veränderungen der Wirtschaftskraft oder der Bevölkerungsstruktur können die Grundlage für Machtverschiebungen im politischen oder militärischen Bereich sein. Durch neue Allianzen ergeben sich neue Möglichkeiten, ein neues Selbstbewusstsein kann dazu verleiten, vergangene Größe in einer neuen Zeit wieder finden zu wollen.

Entscheidend ist aber wohl auch folgendes: Trotz stark veränderter Rahmenbedingungen behalten Menschen ihre gewohnten Verhaltensweisen bei. Das gilt sowohl im Bereich der Gesellschaftspolitik, der politischen Systeme, als auch hinsichtlich der internationalen Beziehungen. In Ländern, die Jahrhunderte hindurch durch eine Stammesgesellschaft geprägt waren, wird es schwer sein, in kurzer Zeit das Modell einer Westminster-Demokratie zu verwirklichen. In Europa hatten wir eine politische Entwicklung, die vielleicht mit der Magna Charta im Jahre 1215 begann und sich über Aufklärung, Liberalismus und zahlreiche Revolutionen hinzog, bis wir zu einem System gefunden haben, das wir Demokratie nennen. Länder mit einer anderen Geschichte sind gewohnt, in anderen politischen Systemen zu leben, was „Democracy building“ äußerst schwer macht.

„Wandel durch Handel“ kann die materiellen Lebensbedingungen verändern, gleichzeitig aber persönliche Charaktereigenschaften unberührt lassen. Vor dem Ersten Weltkrieg gab es bereits eine Periode einer starken wirtschaftlichen Verflechtung. Gleichzeitig waren aber viele Entscheidungsträger der Überzeugung, ein Krieg wäre die Lösung der Probleme und

haben dieser Überzeugung alle anderen untergeordnet. Damit konnten auch verstärkte Handelsbeziehungen den Frieden nicht retten. Obwohl die Kriege der letzten Jahrzehnte jeweils in einem Desaster geendet haben, hat sich in letzter Zeit auch in Europa die Meinung durchgesetzt, man müsse das seit dem Zweiten Weltkrieg erfolgreiche Friedensprojekt aufgeben und neu aufrüsten. Dabei sollte ein Faktor nicht übersehen werden, der den Ausgang der Kriege während der letzten Jahrzehnte wesentlich beeinflusst hat: In den säkularisierten Staaten des Westens ist die Haltung zum „Tod auf dem Feld der Ehre“ eine ganz andere als in jenen Ländern, wo die Religion, der Glaube an ein „besseres Jenseits“, noch eine Rolle spielt. Suchen die einen vor allem das „Glück auf Erden“, so sind die anderen viel eher bereit, für ihre Ideale zu sterben. Das sollten auch jene bedenken, die glauben, die Lösung liegt bei immer größeren Waffenlieferungen an die Ukraine. Es ist Zeit, der Diplomatie wieder eine Chance zu geben. Dabei können jene Rahmenbedingungen, die die Globalisierung geschaffen hat, sehr wohl genützt werden.

Nun stellt sich die Frage, wie Donald Trump den weiteren Verlauf der Globalisierung bzw. der Ent-Globalisierung gestalten will. Immerhin hat er geschworen, die USA wieder als führende Macht in der Welt zu etablieren und den Niedergang der letzten Jahre, der wohl nur relativ war, aufzuhalten. Dabei sollen die Förderung der eigenen Schlüsselindustrien und Zölle zum Schutz gegen unlauteren Wettbewerb von außen eine besondere Rolle spielen. Ohne in die Zukunft blicken zu können, kann man doch sagen, dass Donald Trump folgende Rahmenbedingungen für seine Politik vorfindet:

„The Business of America is Business“. Das sagte schon vor 100 Jahren der damalige Präsident Calvin Coolidge. Amerika muss immer bestrebt sein, Geschäfte zu machen. In diesem Sinne sagte auch Senator Lindsey Graham über den Ukraine- Krieg : „The Russians are dying. It's the best money we ever spent“.

Wenn die Bosse der Tech- Giganten bei der Amtseinführung von Trump alle dabei waren, so hat auch das Tradition. Die großen Konzerne haben immer ihre Vertreter in die Regierung nach Washington geschickt. Gerade darin zeigt sich der wesentliche Unterschied im Aufbau der staatlichen Strukturen zwischen den Vereinigten Staaten und mitteleuropäischen Ländern: Bei uns bildet die Verwaltung, der Staatsapparat, das Rückgrat des Staates. Unsere „Hohenpriester“ waren traditionell die Sektionschefs und die Hofräte; in den USA hingegen die Manager und die Großaktionäre. Der Kern der USA sind die großen Konzerne. Diese leisten es sich, Vertreter in die Bundeshauptstadt zu schicken.

Auch was die Wirtschaftspolitik von Donald Trump und die Zoll- Politik betrifft, gibt es zahlreiche Vorbilder: Schon der Wirtschaftswissenschaftler Henry Carey (1793- 1879) ist massiv für hohe Zölle und Protektionismus in der Wirtschaft eingetreten. Damals gelang es auch, die Industrialisierung der USA, etwa in den Bereichen Eisen und Stahl, massiv zu fördern.

Die Frage ist nun, welche Herausforderung diese Politik für uns bringt? Dabei könnten wir vielleicht eine Anleihe bei den Chinesen nehmen. In der New York Times vom 23. Dezember 2024 war nämlich folgendes zu lesen: Der chinesische Name für Donald Trump ist „Chuan Jian guo“ d.h. so viel wie „Nation Builder“. Je mehr nämlich von amerikanischer Seite versucht wurde und versucht wird, China einzuschränken, desto größer wurden die eigenen

Anstrengungen. Tatsächlich hat China trotz all der von Washington verhängten Maßnahmen auch in den letzten Jahren durch eigene Anstrengungen an wirtschaftlicher Kraft gewonnen.

Dies könnte auch ein Leitfaden für die Europäer sein. Denn selbst wenn die USA versuchen, das eigene Interesse dadurch stärker zu fördern, dass Handelsbeziehungen mit anderen Ländern erschwert oder Sanktionen verhängt werden, die Modernisierung der Welt und damit verbunden auch die Globalisierung werden weitergehen. Dies würde dann allerdings nicht mehr unter westlicher Führung geschehen, sondern durch jene Länder, die die Dynamik der Entwicklung bestimmen.

ANMERKUNGEN

- (1) Wendelin Ettmayer; Globalisierung von Wirtschaft-Politik-Recht; Favorita Papers 01/2016
- (2) New York Times; June 30th 2016
- (3) Michael J. Sandel; The Tyranny of Merit-What's Become of the Common Good?; Penguin Bokks 2021
- (4) The Economist July 17th 2021 Biden's new China doctrine
- (5) The CIA World Factbook 2023, Seite 12
- (6) Wendelin Ettmayer; Von der Welt der Staaten zum Weltstaat-und zurück; Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 17/ 2007
- (7) Ian Bremmer; The Power of Crisis-How three Threats and our Response will change the World; New York 2022
- (8) Alexandre Del Valle/Jacques Soppelsa ; Vers un choc global ? La Mondialisation dangereuse ; Paris 2023
- (9) The Economist, January 14th 2021
- (10) Alexandre Del Valle u.a. Seite 147
- (11) New York Times, March 18th 2022
- (12) The Economist, Feb. 19th 2022
- (13) Die Welt, 6. November 2023
- (14) New York Times, Goods flow unhindered to Russia via brokers, May 12th, 2023
- (15) Financial Times , 24. December 2023,Russian copycat start-ups rush to fill gaps left by exodus of western brands
- (16) Alexandre Del Valle u.a.
- (17) Business International 25. Juli 2023
- (18) Neue Zürcher Zeitung, 12. Juli 2023, Waren die Sanktionen gegen Russland umsonst?
- (19) New York Times, December28th 2023, How China cashes in on Russia's Isolation
- (20) Le Monde diplomatique, Oktober 2023
- (21) Thomas L. Frieman, The World is flat; Pinguin Books 2006

VI. DIE NEUE WELTORDNUNG GIBT ES SCHON

Immer wieder heißt es „Putin will eine neue Weltordnung“ oder dass der chinesische Staatspräsident Xi die seit dem Zweiten Weltkrieg bestehende „auf Regeln aufgebaute internationale Ordnung“ durch ein neues Machtsystem ersetzen will. Nun ist es durchaus wahrscheinlich, dass sowohl Russland als auch China ein internationales System anstreben, in dem die Gegebenheiten eher den tatsächlichen Machtverhältnissen entsprechen, als das heute der Fall ist. Aber, ob diese und andere Länder es wollen oder nicht, die neue Weltordnung gibt es bereits. Die politischen, wirtschaftlichen und strategischen Verhältnisse haben sich im Vergleich zu den Verhältnissen nach dem Zweiten Weltkrieg derart entscheidend geändert, dass in der Praxis diesen neuen Gegebenheiten Rechnung getragen werden muss.

Dabei steht außer Zweifel, dass die nach 1945 unter Führung der USA geschaffene Weltordnung durchdacht und gerade für uns in Österreich auch wertvoll war. Schon 1944 hatten sich in Dumbarton Oaks, einem Vorort von Washington, Persönlichkeiten getroffen, die Konzepte über eine neue Nachkriegsordnung entworfen haben. Das Ergebnis war im politischen Bereich das System der Vereinten Nationen, denen die Verantwortung für Frieden und Sicherheit übertragen wurde. Der wirtschaftliche Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung sollten durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds gewährleistet werden. Die militärische Sicherheit wurde, nach dem Beginn des Kalten Krieges, der NATO übertragen.

Besonders erfolgreich war das mit dem Europarat 1949 gestartete Projekt der europäischen Integration. Alte Erbfeindschaften, wie jene zwischen Deutschland und Frankreich, wurden beigelegt, aus „Warfare“ wurde „Welfare“, aus Konfrontation wurde Kooperation. War Außenpolitik 1000 Jahre lang Machtpolitik, so sollte diese nunmehr auch in der Außenpolitik der europäischen Länder auf die Förderung der Wohlfahrt der Bürger ausgerichtet werden. Wie zu zeigen sein wird, sind die Amerikaner und die Europäer in den letzten Jahren von diesem Ordnungskonzept abgegangen. Die USA haben Völkerrecht und UNO-Charta durch eine „Regel- basierte Ordnung“ ersetzt, wonach sie alleine die Regeln aufstellen konnten. Die Europäer haben, insbesondere durch den Ukraine- Krieg, ihr Friedensprojekt in eine Kriegsallianz verwandelt.

Tatsächlich wurden entscheidende Weichen für eine neue Weltordnung schon mit dem Sieg des Westens im Kalten Krieg gestellt. In den USA setzten sich die Neokonservativen durch, die vom „American Exceptionalism“, also davon, dass die USA eine auserwählte Nation sind, überzeugt waren. Nach dem Sieg über den Kommunismus glaubte man an das „Ende der Geschichte“. Demnach hätten sich Demokratie und Kapitalismus weltweit durchgesetzt und das sollte, unter amerikanischer Führung, auch so bleiben. Dafür wurden auch neue Regeln erfunden, die nunmehr die Grundlage der amerikanischen Außenpolitik und der auf „Regeln aufgebauten internationalen Ordnung“ bilden sollten: Ein Interventionsrecht unter dem Motto „Democracy building“ oder „Nation building“; sowie das Recht der USA, gegen Feind und Freund Sanktionen verhängen zu können. Ging es bisher bei den „auswärtigen Angelegenheiten“ darum, dass Länder danach beurteilt wurden, wie weit sie bereit waren, einen Beitrag zum internationalen Frieden und zur internationalen Sicherheit zu leisten, so konnten nunmehr auch die inneren Angelegenheiten eines Staates ein Grund für Intervention bzw. für einen Krieg werden. Der Krieg in Afghanistan und die Invasion im Irak waren die Folge.

John Vinocur hat diese politische Grundeinstellung in einem Artikel in der New York Times vom 2. Jänner 2008 sehr gut zusammengefasst, wenn er schrieb: „The United States must remain the world's sheriff. It has the right to take unilateral military action. The United Nations Security Council should not have veto power over American options“.

Im Gegensatz dazu hielten Länder wie China und der „Globale Süden“ an den in der Satzung der Vereinten Nationen festgelegten Grundsätzen von nationaler Souveränität und der territorialen Integrität eines Landes fest. Und während Hillary Clinton erklärte, „die Zeit der Interessenssphären ist vorbei“-eine etwas eigenartige Feststellung für die Außenministerin eines Landes, das 800 Militärbasen auf der ganzen Welt unterhält- bestehen Russland und China darauf, dass jedes Land legitime Sicherheitsinteressen haben kann.

Aber nach dem Kalten Krieg kam es zu einer weiteren, gewaltigen Umwälzung, die die neue Weltordnung prägen sollte, die Globalisierung. Schon unter der Politik von Ronald Reagan und Margaret Thatcher wurden, nach dem Fall der Berliner Mauer, internationale Handelsschranken niedergerissen, China öffnete sich und wurde in das kapitalistische Wirtschaftssystem einbezogen. Das Ergebnis: Während China bei der Entstehung der heutigen internationalen Ordnung, also nach dem Zweiten Weltkrieg, nicht einmal für ein Prozent der Welt- Wirtschaftsproduktion aufkam, sind es heute fast 20 %. Und die USA erzeugten damals 60 % des Welt-BIP, heute noch 22 %.

Auch in anderen Bereichen gab es gewaltige Umwälzungen. So war Indien in der Zeit, als England und Frankreich einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erhielten, noch eine britische Kolonie; genauso wie fast alle afrikanischen Staaten. Heute hat Afrika mehr als doppelt so viele Einwohner wie Europa; Indien ist das bevölkerungsreichste Land der Welt; und der „Globale Süden“ hat bereits eine größere Wirtschaftskraft als die G7, also die westlichen Industriestaaten.

Selbst was das strategische Denken betrifft, hat eine entscheidende Veränderung stattgefunden. Waren es ursprünglich die USA, die als Wesenselement der von ihnen etablierten Ordnung den freien Welthandel vorangetrieben haben, so hat nunmehr China die Initiative dafür übernommen. Wenn Donald Trump zwischenzeitig die Zölle für Waren aus China auf 145 % angehoben hat, dann ist dies ein Höhepunkt in einem Handelskrieg, der seit Jahren geführt wird. Allerdings hat sich Peking auch darauf vorbereitet. Betrug der chinesische Exporte 2005 noch 33 % des chinesischen BIP, so waren es 2020 nur mehr 20 %. Der Anteil der chinesischen Exporte in die USA an den Gesamtexporten des Landes ist im selben Zeitraum von 19 % auf 14,7 % zurückgegangen. Gleichzeitig sind die chinesischen Exporte sowohl in die ASEAN- Länder als auch in jene an der „neuen Seidenstraße“ gewaltig gestiegen. Damit ist dort auch der amerikanische Einfluss nicht unerheblich zurückgegangen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Welt zeigt also sehr deutlich, dass sich die Verhältnisse seit der Schaffung der Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg gewaltig geändert haben. Somit musste der Wunsch der USA, nach dem Sieg über die Sowjetunion eine unipolare Ordnung anzuführen, den Realitäten einer multipolaren Welt weichen.

Neue Fronten und damit eine neue Konstellation für eine neue Weltordnung haben der Stellvertreterkrieg in der Ukraine und die Kriege im Nahen Osten geschaffen. Hat die Biden-

Administration zunächst geglaubt, mithilfe der Ukraine Russland massiv schwächen und isolieren zu können, so hat sich dieser Krieg geopolitisch ganz anders ausgewirkt. Russland wurde in die Arme von China getrieben; und während die EU- Eliten gehofft haben, Putin würde weltweit zu einem Außenseiter gestempelt, muss man heute feststellen, dass Europa wirtschaftlich, politisch und diplomatisch isoliert ist. Ohne die massive Hilfe des „Globalen Süden“ hätte Russland die massiven westlichen Wirtschaftssanktionen nie überstanden. Und was die Kriege im Nahen Osten betrifft, so stellte selbst der äußerst pro- westliche Economist aufgrund von UNO- Abstimmungen fest, die Trennungslinie in der Welt ist heute „The West against the Rest“.

Auch wenn Brüssel und Großbritannien heute versuchen, durch permanente Gipfeltreffen und andere Schein- Aktivitäten den Lauf der Geschichte aufzuhalten, so kommt man nicht umhin, die gegebenen Realitäten anzuerkennen. Diese sind darin begründet, dass die Welt heute politisch, wirtschaftlich und strategisch weder den Gegebenheiten von 1990 und schon gar nicht jenen von 1945 entspricht. Wir leben heute in einer multipolaren Welt mit mehreren Entscheidungszentren, die bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen eine Mitsprache haben wollen und auch haben müssen.

() Dr. Wendelin Ettmayer; geb.1943, aufgewachsen in Neukirchen am Walde; 1960/61 Pacelli High School in Austin, Minn. 1962 Matura am Humanistischen Gymnasium in Linz; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Wien mit Promotion 1966; 1966/67 Sciences Politiques in Paris; 1969, nach Abschluss der Diplomatischen Akademie in Wien, Eintritt in den diplomatischen Dienst; ehemaliger österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/ Jamaika und beim Europarat ; Abgeordneter zum Nationalrat; Autor. www.wendelinettmayer.at*